





Seit 125 Jahren

stehen wir für zuverlässige Kontinuität und wir stehen auch in Zukunft dafür, dass Sie sich bei uns gut aufgehoben fühlen.

Wir garantieren Ihre Versorgung mit Energie.

365 Tage im Jahr, rund um die Uhr. **Sicher!**

Wir pflegen den **persönlich**en Kontakt.

Uns erreichen Sie nicht ausschließlich

über das Internet oder den Anrufbeantworter.

Wir arbeiten **zuverlässig**, bieten

aktuelle Technologien

und immer neue Ideen für schnellen, kompetenten

Service.



Inhalt



Brief des Vorstands	4
Vorstand und Aufsichtsrat	6
Bericht des Aufsichtsrats	8
SONDERTHEMA Energie für eine neue Zeit: Die Geschichte der Stromversorgung	14
Zusammengefasster Lagebericht des ZEAG-Konzerns und der ZEAG Energie AG	30
Einführung und Zusammenfassung der Geschäftsentwicklung	30
Geschäftsmodell und Unternehmenssteuerung	32
Rahmenbedingungen und Marktentwicklung	34
Unternehmenssituation des ZEAG-Konzerns: Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	37
Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG: Finanzlage, Vermögenslage, Ergebnis und Dividendenvorschlag	41
Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	43
Nachtragsbericht	43
Risiko- und Chancenbericht	44
Prognosebericht	47
Vergütungsbericht	50
Erläuternder Bericht des Vorstands zu den Angaben nach §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB	51
Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands	52
Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 a HGB	53
Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate Governance Bericht	56
Konzernabschluss	66
Bestätigungsvermerk	66
Gewinn- und Verlustrechnung	68
Gesamtergebnis	68
Bilanz	69
Eigenkapitalveränderungsrechnung	70
Kapitalflussrechnung	71
Anhang	72
Erklärung des gesetzlichen Vertreters	119
Sonstige Angaben	122
Mandate von Vorstand und Aufsichtsrat	122
Zusätzliche Angaben zum Jahresabschluss der ZEAG Energie AG (Auszug)	126
Mehrjahresübersicht	128



Brief des Vorstands

Sehr geehrte Aktionärinnen,
sehr geehrte Aktionäre,

gerne informiere ich Sie über das abgelaufene 124. Geschäftsjahr unserer ZEAG Energie AG. Zum Zeitpunkt dieses Briefes ist unser 125. Jubiläumsjahr bereits angebrochen. Wir blicken auf eine erfolgreiche Geschichte zurück, in der wir die Energiezukunft in unserer Region gestaltet haben: Mit der ersten Drehstromübertragung und der weltweit ersten Drehstromversorgung der Stadt Heilbronn zu Beginn, dem Wiederaufbau nach der Zerstörung Heilbronn im Zweiten Weltkrieg und bis heute bei der Gestaltung der Energiewende. Dem ersten Meilenstein in unserer Geschichte haben wir das Sonderthema dieses Geschäftsberichts gewidmet und die „Lauffen-Frankfurter Kraftübertragung“ für Sie auf den ersten Seiten aufbereitet. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Entdecken von neuen Details aus unserer Geschichte.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 hat sich der Geschäftsverlauf des ZEAG-Konzerns im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. Mit dem Ergebnis sind wir zufrieden. Die Branche ist derzeit in allen Wertschöpfungsstufen, insbesondere im Bereich Erzeugung und Stromverteilung, im Umbruch. Dabei sehen wir uns gut aufgestellt.

Ein wesentlicher Teil unserer mittelfristigen Strategie ist es, die wegfallenden bzw. die noch wegfallenden Erzeugungskapazitäten des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckarwestheim sukzessive, vorrangig durch regenerative Energien zu ersetzen. Wir wollen damit die Energiewende aktiv mitgestalten und unseren traditionell hohen Anteil der CO₂-freien Stromerzeugung erhalten bzw. weiter steigern. Uns ist bewusst, dass auch die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien Eingriffe in die natürliche Umgebung erfordert und arbeiten deshalb eng mit allen Beteiligten vor Ort zusammen. Durch projektbezogen gegründete bzw. zu gründende Genossenschaften geben wir den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort die Möglichkeit, sich an den Betreibergesellschaften für die Erneuerbare-Energien-Anlagen zu beteiligen und davon zu profitieren.

Im Rahmen des Ausbaus der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien stand die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in den vergangenen Monaten besonders im Fokus. Mit dem Engagement der Energieversorgungsunternehmen und der gleichzeitigen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien auf Basis des am 1. April 2000 eingeführten EEG hat Deutschland viel erreicht: Der Anteil

der erneuerbaren Energien am Bruttoinlandsstromverbrauch ist in den vergangenen zehn Jahren um 15 Prozentpunkte von acht Prozent auf 23 Prozent (Stand 2012) angestiegen. Im ZEAG-Versorgungsgebiet in Heilbronn, Lauffen, Kirchheim am Neckar und Neckarwestheim stieg allein im Jahr 2012 die installierte Leistung an EEG-Anlagen um ca. sieben Prozent an. Wenn diese Entwicklung so beibehalten wird, ist das im Rahmen des Energiekonzepts von der Bundesregierung formulierte Zwischenziel eines Erzeugungsanteils der regenerativen Energien von mindestens 35 Prozent am Brutto-Inlandsstromverbrauch durchaus realistisch.

Dieser Ausbau hat u. a. dazu geführt, dass die EEG-Umlage von 3,59 auf 5,28 Cent pro Kilowattstunde im Geschäftsjahr 2013 gestiegen ist. Deshalb sowie aufgrund weiterer staatlich festgelegter bzw. regulierter Umlagen und Kosten mussten auch wir den Strompreis in der Grund- und Ersatzversorgung zum 1. Januar 2013 erhöhen. Der Anstieg der EEG-Umlage hat zu einer intensiven Kostendebatte geführt. Es wird debattiert, wie die Förderung der Stromerzeugung aus



erneuerbaren Energien wirtschaftlich und gleichzeitig sozial verträglich realisiert und so ausgestaltet werden kann, dass sie weiterhin zur Realisierung der Energiewende beiträgt. Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Förderung der erneuerbaren Energien reformiert werden muss. Aber über die Umsetzung gehen die Vorstellungen noch weit auseinander. Die Energiewende ist nicht ohne Mehrkosten zu tragen, aber die Lasten müssen fair verteilt werden.

Das Miteinander von konventionellen, grundlastfähigen Kraftwerken und die Erzeugung aus erneuerbaren Energien, die überwiegend von hoher Volatilität gekennzeichnet ist, stellt hohe Ansprüche an beide Formen der Energieerzeugung, aber auch an das Stromnetz. Seit die ZEAG Energie AG im Jahr 1892 Heilbronn als weltweit erste Stadt mit Drehstrom versorgte, hat sich bis heute viel getan: Alleine das europäische Transportnetz verbindet ungefähr 400 Millionen Verbraucher. Deutschland ist mit rund 16 Minuten Ausfallzeit pro Stromkunde und Jahr Spitzenreiter in Sachen Versorgungssicherheit in Europa – dieser Wert lag im ZEAG-Netz im Jahr 2012 bei ca. einer Minute. Eine der größten Herausforderungen

der Energiezukunft ist es, die Versorgungssicherheit weiterhin zu gewährleisten und den Verbrauch, die Erzeugung sowie die Speicherung zu koordinieren. In den meisten Fällen sind erneuerbare Energien vom Wetter oder der Tageszeit abhängig. Zudem wird der Strom dezentral in einer Vielzahl kleinerer Anlagen erzeugt. Je besser Erzeugung und Last aneinander angepasst werden, umso weniger Energie muss kostenintensiv gespeichert werden. So genannte Smart Grids („intelligente Netze“) werden an Bedeutung gewinnen. Diese intelligenten Stromnetze kombinieren alle notwendigen Faktoren miteinander, um die Stromversorgung effizienter zu gestalten. Mit intelligenten Stromzählern und Endgeräten im Haushalt, die über ein intelligentes Stromnetz versorgt werden, soll der Stromverbrauch zukünftig zudem in besonders nachfragearme Zeiten verlagert werden können.

Die aktuelle Situation lässt erkennen, dass es in der Energiebranche noch weitgehende Veränderungen geben wird. Wir gestalten die Energiezukunft in unserer Region mit. Um diese Herausforderungen zu meistern, bedarf es einer soliden Unternehmensbasis und einer möglichst breiten Abdeckung der Wertschöpfungsstufen des Energie-

markts, d. h. der Erzeugung, der Verteilung und dem Vertrieb. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen, dass wir hier gut aufgestellt und auf dem richtigen Weg sind. Daher sehen wir positiv in die Zukunft.

Wir danken Ihnen herzlich für das bisher entgegengebrachte Vertrauen und bitten Sie auch weiterhin um Ihre Unterstützung, um die Energiezukunft gemeinsam angehen zu können.

Heilbronn, im März 2013

Eckard Veil

Vorstand und Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

Dr. Dirk Mausbeck

Karlsruhe
Mitglied des Vorstands
der EnBW Energie Baden-
Württemberg AG
Vorsitzender
(seit 08.05.2012)

Dr. Thomas Gößmann

Esslingen
Sprecher der Geschäftsführung
der terranets bw GmbH
Vorsitzender
(bis 02.03.2012)

Walter Böhmerle

Esslingen
Mitglied des Vorstands
der EnBW Regional AG
1. stellv. Vorsitzender

Helmut Engelhardt

Lauffen a. N.
Elektromeister
2. stellv. Vorsitzender

Tomislav Boras

Heilbronn
Elektromeister

Klaus Brändle

Steinenbronn
Leiter kaufm. Angelegenheiten
der EnBW Regional AG

Helmut Himmelsbach

Heilbronn
Oberbürgermeister
der Stadt Heilbronn

Gerhard Kleih

Waiblingen
Mitglied der Geschäftsführung
der EnBW Vertrieb GmbH

Hans-Günther Meier

Karlsruhe
Mitglied der Geschäftsführung
der EnBW Systeme Infrastruktur
Support GmbH

Steffen Pfisterer

Bretzfeld
Elektrotechnikermeister

Vorstand

Eckard Veil

Zirndorf



*Vorstand im WPCW
Dr. Martin Arendt
1888-1895*

Bericht des Aufsichtsrats



Beratung und Überwachung des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2012 nahm der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben pflichtgemäß und umfassend wahr. Er überwachte die Geschäftsführung und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Dabei war der Aufsichtsrat in sämtliche Entscheidungen, die für die Gesellschaft und den Konzern von grundlegender Bedeutung waren, eingebunden. Der Aufsichtsrat wurde durch den Vorstand durch mündliche und schriftliche Berichte regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung und -politik, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und des Konzerns, die Unternehmensstrategie und -planung, die Risikosituation, das Risikomanagement, das Interne Kontrollsystem und die Compliance informiert. Ferner erläuterte und begründete der Vorstand Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Aufsichtsrat befasste sich im Rahmen von vier ordentlichen Sitzungen am 12. März, 8. Mai, 18. Juli und 19. November 2012 sowie vier schriftlichen Beschlussverfahren eingehend mit mündlichen und schriftlichen Berichten sowie Beschlussvorlagen des Vorstands. Die Geschäfte, zu denen die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurden vor der Genehmigung vom Aufsichtsrat geprüft und mit dem Vorstand ausführlich beraten.

Besondere Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsrats waren:

- Regelmäßige und ausführliche Berichte des Vorstands über den Gang der Geschäfte sowie die Rentabilität der Gesellschaft und des Konzerns, insbesondere über die aktuelle Umsatz- und Ergebnisentwicklung sowie Vermögens- und Finanzlage, sowie Berichte über die Personalentwicklung und wesentliche Risiken des Konzerns und einzelner Konzernbereiche;
- Regelmäßige Berichte des Vorstands über die Finanzanlagen und die Beschlussfassung zur weiteren Umsetzung der Neuausrichtung des Portfoliomanagements;
- Vorschläge, die der Hauptversammlung am 8. Mai 2012 insbesondere zur Ersatzwahl eines Anteilseigner-

vertreters im Aufsichtsrat der Gesellschaft unterbreitet wurden;

- Befassung mit den Ergebnissen einer Sonderuntersuchung aufgrund staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gegen ein ehemaliges Vorstandsmitglied und einen Mitarbeiter;
- Zustimmung zu Preismaßnahmen im Privatkundensegment (Strom) zum 1. August 2012 und zum 1. Januar 2013;
- Zustimmung zum Abschluss eines Konzessionsvertrags (Strom) mit der Gemeinde Leingarten;
- Beschlussfassungen über die Abgabe eines verbindlichen Angebots im Verfahren zur Konzessionsneuvergabe für Strom durch die Stadt Heilbronn;
- Zustimmung zum Budget 2013 und Kenntnisnahme der Mittelfristplanung 2014 – 2015, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz sowie Investitionsplan;
- Befassung und Diskussion mit dem Vorstand über die strategische Ausrichtung der ZEAG Energie AG nach der Energiewende;
- Zustimmung zur Ausgliederung von weiteren Funktionen zur NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH und einer damit verbundenen Personalüberleitung zur Umsetzung einer verstärkten operationellen Entflechtung.

Außerhalb der Sitzungen informierte der Vorstand den Aufsichtsrat schriftlich über sämtliche Geschäftsvorgänge, die für die Gesellschaft oder den Konzern besonders bedeutsam waren. Darüber hinaus fand zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand ein ständiger Austausch zu Fragen der strategischen Ausrichtung, der Geschäftsentwicklung, der Planung, des Risikomanagements, der Compliance sowie zu bedeutenden Einzelmaßnahmen und aktuell anstehenden Entscheidungen statt.

Bei den einzelnen Aufsichtsratssitzungen war die Anwesenheitsquote durchgängig hoch. Im Geschäftsjahr 2012 hat kein Mitglied des Aufsichtsrats an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Im Berichtszeitraum hat der Aufsichtsrat über die Abgabe eines verbindlichen Angebots im Verfahren zur Konzessionsneuvergabe für Strom durch die Stadt Heilbronn Beschluss gefasst. Vor dem Hintergrund, dass das Aufsichtsratsmitglied Helmut Himmelsbach Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn ist, hat dieser sich im Rahmen der Beschlussfassung zur Vermeidung eines Interessenkonflikts der Stimme enthalten. Andere mögliche Interessenkonflikte von Mitgliedern des Aufsichtsrats sind im Berichtszeitraum nicht aufgetreten.

Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die vom Aufsichtsrat eingerichteten Ausschüsse, die zur effizienten Wahrnehmung der Aufgaben des Aufsichtsrats beitragen sollen, haben im Geschäftsjahr 2012 regelmäßig getagt. Die Mitglieder der Ausschüsse sind auf Seite 123 des Geschäftsberichts dargestellt. Über die Beratungen und Beschlussfassungen der Ausschüsse wurde in den jeweils folgenden Sitzungen des Aufsichtsrats ausführlich berichtet.

Der Personalausschuss tagte im abgelaufenen Geschäftsjahr in zwei Sitzungen. Dabei erarbeitete der Personalausschuss Vorschläge für die Festlegung der variablen Vergütung des Vorstands und der für die variable Vergütung des Vorstands maßgeblichen Ziele sowie die Vergütung des Vorstands und bereitete insbesondere die diesbezüglichen Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vor.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr befasste sich der Prüfungsausschuss in zwei ordentlichen Sitzungen eingehend mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, der Compliance, der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Abschlussprüfung, der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen, der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des internen Risikomanagements

und des internen Revisonssystems. Nach Einholung der nach Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex geforderten Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers erteilte er dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag, traf mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung und legte die Prüfungsschwerpunkte fest. Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats befasste sich der Prüfungsausschuss am 14. Februar 2013 in Gegenwart des Abschlussprüfers ausführlich mit dem Jahres- und dem Konzernabschluss sowie dem zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2012, die er jeweils intensiv prüfte. Ferner erörterte der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand eingehend den Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2012.

Der Nominierungsausschuss tagte im Berichtszeitraum einmal und bereitete dabei im Hinblick auf die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft am 8. Mai 2012 den Wahlvorschlag des Aufsichtsrats zur Ersatzwahl eines Anteilseignervertreeters im Aufsichtsrat vor.

Corporate Governance

Auch im Geschäftsjahr 2012 befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit Fragen der Corporate Governance. Im Corporate Governance Bericht wird hierüber ausführlich informiert. Der Corporate Governance Bericht ist Teil der Erklärung zur Unternehmensführung, die die Gesellschaft gemäß § 289 a Abs. 1 S. 2 HGB auf ihrer Internetseite (www.zeag-energie.de) im Bereich „Unternehmen“ unter der Rubrik „Investor Relations“, unter dem Schlagwort „Corporate Governance“, öffentlich zugänglich gemacht hat.

Im Rahmen der regelmäßigen Effizienzprüfung des Aufsichtsrats wurden alle amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats schriftlich zu allen wichtigen Aspekten der Aufsichtsrats Tätigkeit befragt. Die Ergebnisse der Befragung wurden anschließend ausgewertet und hierüber in der Sitzung des Aufsichtsrats am 18. Juli 2012 berichtet. Im Rahmen dieser Prüfung wurden Ansatzpunkte für eine weitere Optimierung der Arbeit des Gremiums identifiziert und deren Umsetzung begonnen.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich ausführlich mit den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 15. Mai 2012 und der Umsetzung der Kodexregelungen für die Gesellschaft.

Der Aufsichtsrat verabschiedete in seiner Sitzung am 4. März 2013 die jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG. Gleichzeitig hat der Vorstand eine wortgleiche Erklärung abgegeben. Die ZEAG Energie AG hat den Empfehlungen des Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 seit der letzten Entsprechenserklärung vom 12. März 2012 mit Ausnahme von drei Empfehlungen entsprochen, die in der Entsprechenserklärung genannt und näher begründet sind. Den Empfehlungen des Kodex in der am 15. Mai 2012 geänderten Fassung entspricht die ZEAG Energie AG mit Ausnahme von vier Empfehlungen, die in der Entsprechenserklärung genannt und näher begründet sind. Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG haben die Absicht, den Empfehlungen des Kodex auch künftig, von diesen in der Entsprechenserklärung offen gelegten unternehmensspezifischen Ausnahmen abgesehen, vollständig zu entsprechen.

Die aktuelle Entsprechenserklärung steht den Aktionären zusammen mit den Erklärungen der Vorjahre auf den Internetseiten der ZEAG Energie AG dauerhaft zur Verfügung. Die aktuelle Erklärung ist im Corporate Governance Bericht vollständig wiedergegeben.

Jahres- und Konzernabschluss

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), Berlin, wurde von der Hauptversammlung am 8. Mai 2012 zum Jahres- und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 gewählt. Der Prüfungsausschuss erteilte der KPMG den Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses. Der Prüfungsausschussvorsitzende legte vorab die Prüfungsschwerpunkte fest, welche durch den Prüfungsausschuss bestätigt wurden. Auf der Grundlage des erteilten Prüfungsauftrags und unter Einbeziehung der Buchführung hat der Abschlussprüfer den vom Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der ZEAG Energie AG sowie den auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) aufgestellten Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2012 und den zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2012 geprüft. Die Prüfungen ergaben keine Einwendungen, so dass jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Abschlussprüfer prüfte ferner das vom Vorstand gemäß § 91 Abs. 2 AktG eingerichtete Informations- und Überwachungssystem zur Risikofrüherkennung und bestätigte, dass

dieses nach dessen Konzeption und tatsächlicher Handhabung geeignet erscheint, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Die Entwürfe der Berichte des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts) wurden den Mitgliedern des Prüfungsausschusses einschließlich der Entwürfe der Abschlüsse und des Gewinnverwendungsvorschlags des Vorstands rechtzeitig vor dessen Sitzung am 14. Februar 2013 übermittelt. In dieser Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Der Abschlussprüfer berichtete dem Prüfungsausschuss ferner, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess festgestellt wurden. Er informierte die Ausschussmitglieder ferner über von ihm zusätzlich erbrachte Leistungen und erklärte, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen lassen. Der Prüfungsausschuss befasste sich eingehend mit den übersandten Abschlussunterlagen und den Entwürfen der Prüfungsberichte. Nach Abschluss seiner Prüfungen erhob der Prüfungsausschuss

gegen den Jahres- und Konzernabschluss nebst dem zusammengefassten Lagebericht keine Einwendungen und empfahl dem Aufsichtsrat, die vom Vorstand aufgestellten Abschlüsse einschließlich des zusammengefassten Lageberichts zu billigen. In der Sitzung am 14. Februar 2013 schloss sich der Prüfungsausschuss nach eingehender Prüfung dem Vorschlag des Vorstands an, der Hauptversammlung die Ausschüttung einer gegenüber dem Vorjahr auf 3,00 € je Stückaktie erhöhten Dividende für das Geschäftsjahr 2012 vorzuschlagen und empfahl dem Aufsichtsrat, der Hauptversammlung ebenfalls die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 3,00 € je Stückaktie vorzuschlagen.

Nach der ausführlichen Vorprüfung durch den Prüfungsausschuss wurden die ausgefertigten Prüfungsberichte nebst Jahres- und Konzernabschluss und dem zusammengefassten Lagebericht sowie dem Gewinnverwendungsvorschlag sämtlichen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 4. März 2013 übersandt. Der Abschlussprüfer berichtete in dieser Sitzung über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Gremienmitglieder

zur Verfügung. Er berichtete ferner darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess festgestellt wurden und informierte über von ihm zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachte Leistungen. Er erläuterte ferner, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen ließen. Ergänzend berichtete der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ausführlich über die Beratungen und Ergebnisse der Sitzung des Prüfungsausschusses und stand für Fragen der übrigen Aufsichtsratsmitglieder zur Verfügung. Der Aufsichtsrat bezog die Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses in seine weiteren Beratungen ein.

Der Aufsichtsrat prüfte anschließend eingehend den Jahresabschluss und den Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2012, den zusammengefassten Lagebericht über das Geschäftsjahr 2012 sowie den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahrs 2012. Danach ergaben sich für den Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen keinerlei Einwendungen. Er schloss sich den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers an und billigte in seiner Bilanzsitzung am 4. März 2013 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss

der Gesellschaft zum 31. Dezember 2012, der damit festgestellt ist. Gleichzeitig billigte der Aufsichtsrat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahrs 2012 an.

Der vom Vorstand aufgestellte Bericht gemäß § 312 AktG über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) für das Geschäftsjahr 2012 wurde durch den Abschlussprüfer geprüft. Der Abschlussprüfer erteilte hierzu nach dessen sorgfältiger Prüfung am 14. Februar 2013 folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung

und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Auch der Entwurf des Abhängigkeitsberichts wurde den Mitgliedern des Prüfungsausschusses gemeinsam mit den übrigen zur Prüfung übermittelten Abschlussunterlagen und den Entwürfen der Prüfungsberichte rechtzeitig vor deren Sitzung am 14. Februar 2013 zugesandt. Der Prüfungsausschuss befasste sich in dieser Sitzung eingehend mit dem übersandten Entwurf des Abhängigkeitsberichts und nahm den Bericht des Abschlussprüfers entgegen. Dieser informierte über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und stand den Ausschussmitgliedern für Fragen zur Verfügung. Nach Abschluss seiner eingehenden eigenen Prüfungen erhob der Prüfungsausschuss keine Einwendungen gegen den Abhängigkeitsbericht.

Im Anschluss an die Sitzung des Prüfungsausschusses wurde der vom Vorstand ausgefertigte Abhängigkeitsbericht den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig zur Prüfung übersandt. An den Beratungen des Aufsichtsrats über diesen Bericht in der Bilanzsitzung am 4. März 2013 nahm der Abschlussprüfer ebenfalls teil und berichtete über seine wesentlichen Prüfungsergebnisse. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses informierte darüber hinaus über die Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Prüfungsausschuss.

Nach seiner eingehenden eigenen Prüfung im Hinblick auf seine Vollständigkeit und Richtigkeit und unter Einbeziehung der Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses billigte der Aufsichtsrat das Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers und kam zu dem Ergebnis, dass keine Einwendungen gegen die vom Vorstand am Schluss des Berichts abgegebene Erklärung über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat

Herr Dr. Thomas Gößmann, der dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft über sechs Jahre angehörte und seit 2008 den Vorsitz im Aufsichtsrat führte, hat sein Mandat am 2. März 2012 niedergelegt und ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Der Aufsichtsrat bedankt sich bei Herrn Dr. Gößmann für die vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie das erfolgreiche Engagement im Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG.

Zur Vervollständigung der durch die Satzung festgelegten Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wählte die Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats am 8. Mai 2012 Herrn Dr. Dirk Mausbeck für die restliche Amtszeit seines Vorgängers zum Mitglied des Aufsichtsrats. In der Sitzung des Aufsichtsrats am gleichen Tage wurde Herr Dr. Dirk Mausbeck zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZEAG Energie AG für die erbrachten Leistungen, ihren engagierten Einsatz und die geleistete Arbeit zur Erreichung der für das Geschäftsjahr 2012 gesetzten Ziele.

Heilbronn, 4. März 2013

Der Aufsichtsrat



Dr. Dirk Mausbeck
Vorsitzender

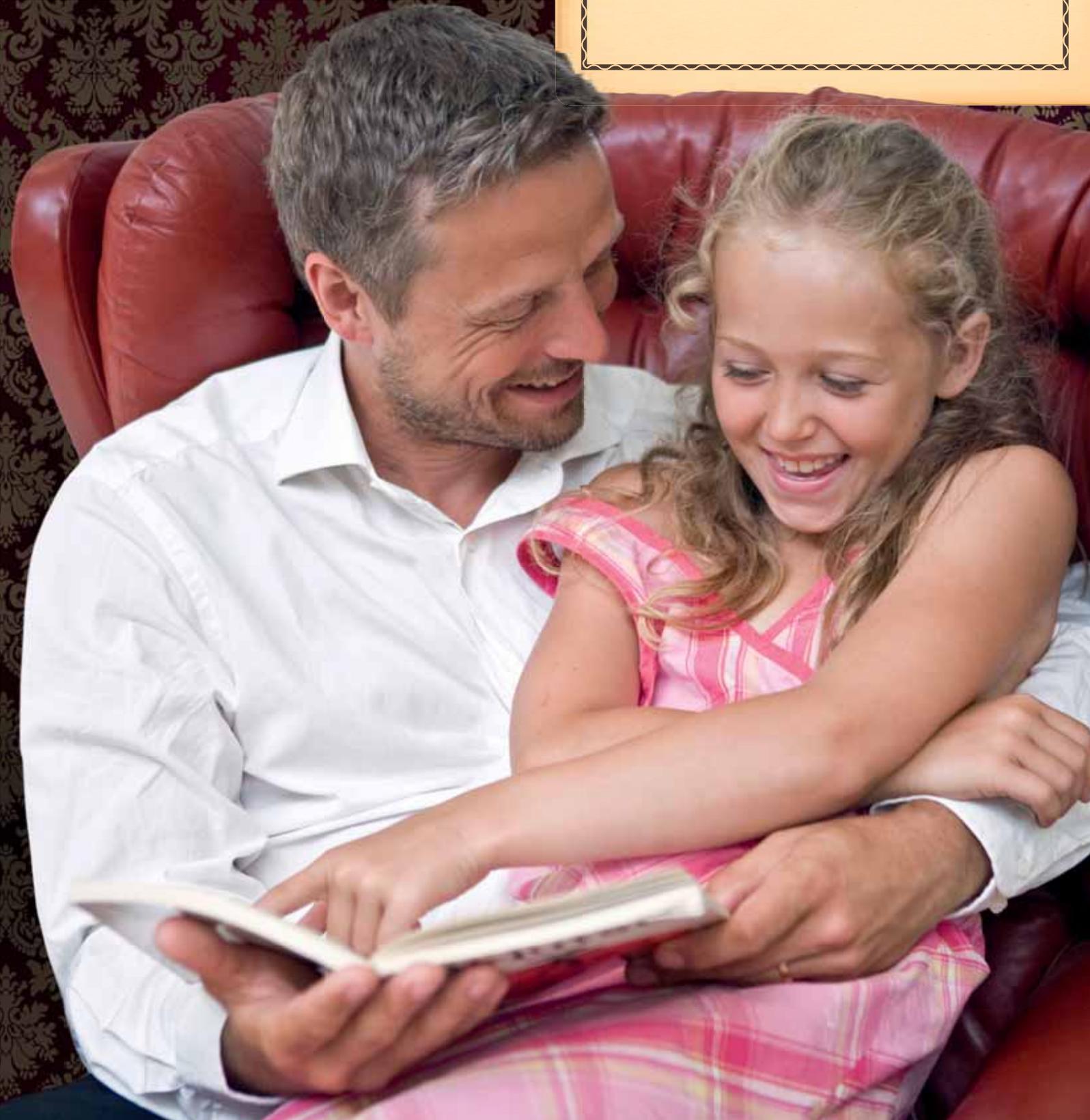
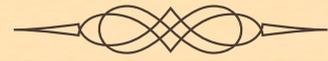




Die Ausstellung „Er fließt! Es leuchtet!“ vom Lauffener Museum im Klosterhof zur „Lauffener-Frankfurter-Kraftübertragung“ befindet sich als Leihgabe vom 14. März bis 1. Juni 2013 am Energiestandort Heilbronn in der Weipertstraße 41 und kann dort von Montag bis Freitag von 8:00 bis 16:00 Uhr besichtigt werden.

Es war einmal ...

Die Geschichte der Stromversorgung.



Elektrotechnische Zeitschrift

September 1891



Foto Deutsches Museum, München

„Wenn man die tausend Glühlampen an dem Schild mit der Aufschrift „Lauffener Kraftübertragung“ so ruhig brennen sieht, fällt es schwer, sich zu vergegenwärtigen, daß sie dem fernen Neckarfall ihre Leuchtkraft verdanken, und daß durch die drei dünnen Leitungen auf den hohen Stangen eine Arbeitsmenge fließt, die einem stündlichen

Verbrauch von 100 Kilogramm Kohle entspricht. Aber wie kurz wird es dauern, bis die Menschheit sich auch darüber nicht mehr wundert und die Wohlthaten des neuen ungeheuren Fortschrittes als ebenso selbstverständlich hinnimmt, wie sie sich in so unglaublich kurzer Zeit an die Zauberkünste des Telephons gewöhnt hat.“

Energie für eine neue Zeit



Die Geschichte der Stromversorgung



Entdeckung der Elektrizität

Viele Jahrhunderte lang prägte der natürliche Tagesverlauf das Leben der Bevölkerung. Der Arbeitstag begann mit dem Sonnenaufgang, mit Beginn der Dunkelheit legte man sich schlafen. Herdlicht oder Kerzen spendeten ein schummriges, eng umgrenztes Licht. Tiere wurden zur Arbeit herangezogen. Noch heute ist die Pferdestärke (PS) im kulturellen Gedächtnis verankert. James Watt definierte sie als Größe, bei der ein Arbeitspferd etwa 55 Meter pro Minute läuft und 90 Kilogramm zieht.

Der Namensvater für das moderne Wort „Elektrizität“ ist der Bernstein, griechisch „elektron“. Er ist statisch leicht aufladbar durch Reibung. In vornehmen antiken Haushalten diente ein größerer Bernstein als Kleiderbürste; durch das Gleiten am Stoff lud er sich auf und zog die Staubteilchen an sich. Der Begriff wurde von William Gilbert um 1600 als Wort für die Aufladung verschiedener Materialien eingeführt. Als Träger von Energie wurde Elektrizität aber erst nach Erfindung der Batterie durch Ales-

sandro Volta 1800 und der Verwendungsreife des wieder aufladbaren Akkumulators zwischen 1850 und 1880 wissenschaftlich und wirtschaftlich interessant.

Alessandro Volta (1745–1827) war ein italienischer Physiker und gilt als der Begründer des Zeitalters der Elektrizität. Um 1800 konstruierte er die „Voltasche Säule“, die erste funktionierende Batterie. Ihm zu Ehren wurde die Maßeinheit für die elektrische Spannung „Volt“ genannt.

Luxusgut Strom



Die Erkenntnis, dass die Natur ungenutzte Ressourcen barg, führte zu einer verstärkten technologischen Verwertung von Wasserkraft. Die Erfindung des Generators 1832, auch Dynamo genannt, der mechanische Energie in elektrische Energie umwandelt, war ein wichtiger Schritt zur Nutzung dieser Naturkräfte. Wissenschaft, Technik und Markt waren bei den Entwicklungen der Elektrotechnik von Anfang an miteinander verknüpft.

Ein Hauptproblem war, dass Strom nicht gespeichert werden konnte. Das ist bis heute eine Herausforderung für die Stromwirtschaft. Strom muss zur Verfügung stehen, wenn er verbraucht wird, er kann nicht gelagert werden. Zunächst

wurde das versucht: Über Batterien und Akkumulatoren konnten einzelne elektrische Einrichtungen betrieben werden, aber für eine flächendeckende Versorgung mit elektrischer Energie war dies kein gangbarer Weg.

Ab 1883 wurden Zentralstationen eingerichtet, die Gebäude im Umkreis von etwa 500 Metern versorgen konnten. Zahlreiche technische Probleme erschwerten die Installation. Die Generatoren überhitzten sich, sodass mit nassen Lappen und sogar Eis aus dem Champagnerkeller gekühlt werden musste. Der Aufwand war hoch – jede Dampfmaschine musste mit dem Dynamo einzeln abgestimmt werden. Große Mengen an Kohle waren nötig.

Elektrizität war teuer. Eine Kilowattstunde kostete 80 Pfennig, ein Arbeiter verdiente durchschnittlich vier Mark am Tag, sodass diese Technik für die breite Bevölkerung nicht erschwinglich war. Elektrische Beleuchtung galt als Luxus für die Reichen; dementsprechend waren die ersten Stromkunden große Kaufhäuser, Theater, vornehme Restaurants und Cafés.

Die elektrische Energie galt aber als sauber und hygienisch und wurde ähnlich euphorisch begrüßt wie Jahrzehnte zuvor das Gas. Die Möglichkeiten, die in diesem neuen Energielieferanten steckten, wurden mit Begeisterung in der Presse ausgemalt.

Gleichstrom oder Wechselstrom?

— Der „Stromkrieg“ —

Die Stromindustrie versprach ein lukrativer Wirtschaftszweig zu werden. Thomas Alva Edison war 1890 einer der Ersten, der konsequent die Vermarktung der neuen Technologie verfolgte. Flächendeckend sollten Gleichstromverteiler eingerichtet werden, um öffentliche Einrichtungen und Privathaushalte mit Strom zu versorgen. Sein Konkurrent Westinghouse befürwortete den zweiphasigen

Wechselstrom, der unter höherer Spannung über Entfernungen mit geringerem Energieverlust transportiert werden kann. Sein Ingenieur Dolivo-Dobrovolsky brachte diese Technik zur Marktreife. Transformatoren sollen die ankommende Spannung in gebrauchstaugliche 110 Volt verwandeln.

Der Kampf um den Verbrauchermarkt wurde teilweise mit fragwürdigen Methoden geführt

und ging als „Stromkrieg“ in die Geschichte ein.

Die Vermischung von Fortschritt und Markteroberung in der von Edison praktizierten Weise war ein bisher nicht gekanntes Phänomen. Die direkte Verwertung von neuen Erkenntnissen aus Wissenschaft und Technik für den konkurrierenden Verkauf von Produkten war neu.



Foto Deutsches Museum, München



Foto Deutsches Museum, München





Foto Deutsches Museum, München

Elektrotechnische Ausstellung in Frankfurt a. M.



1889 sollte in Frankfurt am Main über den Bau eines Elektrizitätswerks entschieden werden. Unklar war, ob Gleichstrom oder Wechselstrom die zukunftsfähigere Stromvariante war. Ein weiteres wichtiges Kriterium für die Einrichtung einer Stromversorgung war die Erhaltung des Stadtbildes. Gegen die Verschandelung durch Oberleitungen bei elektrischen Straßenbahnen hatte es bereits wütende Proteste gegeben. Versorgungseinrichtungen wünschte man sich an den Rand der Stadt.

Leopold Sonnemann, selbst Stadtrat und Gründer der Frankfurter Zeitung, schlug vor, eine elektrotechnische Ausstellung durchzuführen, bei der die weltweit agierenden Firmen ihre neuesten Entwicklungen präsentieren sollten. Davon erhoffte man sich eine Klärung, welche Stromart die großen Investitionssummen am besten umsetzen konnte. Sonnemann ging es als Sozialdemokrat darüber hinaus auch um eine sozial gerechte Verteilung von Energie an alle Bevölkerungsschichten. In Oskar von Miller hoffte er den richtigen Fachmann dafür zu finden.

1889 hatte Oskar von Miller sein „Ingenieurbüro Miller“ in München gegründet. Er galt inzwischen als Experte im Bereich der Stromtechnologie. 1882 hatte er eine Ausstellung in München organisiert, die große Beachtung fand. Ein damals durchgeführter Leitungsversuch mit Gleichstrom über 57 Kilometer von Miesbach nach München war aber wenig erfolgreich. Nur etwa 25 Prozent der Strommenge kam an. Dass Wechselstrom geeigneter war für den Transport über größere Entfernungen, war bereits bekannt. Aber noch fehlte es an den Geräten, die dafür eingesetzt werden konnten.

1888 wurde das Württembergische Portland-Cement-Werk zu Lauffen am Neckar (die heutige ZEAG Energie AG) in Heilbronn als Aktiengesellschaft gegründet. Standort des Werks wurde Lauffen am Neckar. Dort flossen im so genannten Mühlgraben bei einem Gefälle von 3,8 Metern zwischen 40.000 und 44.000 Litern Wasser pro Sekunde. Die darin enthaltene Energie sollte für das Zementwerk verwendet werden, überstieg den Bedarf aber um 60 Prozent. Der junge Direktor

Martin Arendt erkannte früh, dass diese überschüssige Energie auch anders verwertet werden konnte. Sie sollte zur Elektrifizierung Heilbronn beitragen. Auf eine Ausschreibung dieses Projektes bewarben sich sechs Firmen. Das Büro Oskar von Miller schlug eine elektrische Stromübertragung in Form von Drehstrom vor.

Eine Drehstromübertragung hatte es noch nie davor gegeben. Neueste Entwicklungen hatten diese Stromform erstmals publik gemacht. Der AEG-Ingenieur Dolivo-Dobrowolski hatte den ersten Drehstromgenerator 1889 öffentlich vorgestellt.



Die „Lauffen-Frankfurter-Kraftübertragung“ 1891

6. Oktober 1890: Nach einer sechzehneinhalbstündigen Besprechung in München wurden um 0 Uhr 30 die Verträge unterzeichnet und damit die Durchführung einer Fernstromübertragung mit den beteiligten Firmen AEG, Oerlikon und WPCW (ZEAG) beschlossen.

Die vier von der Stromübertragung betroffenen Länder Württemberg, Baden, Hessen und Preußen erteilten ihre Genehmigung nach einer von Charles Brown bei der Schweizer Firma Oerlikon durchgeführten Anwendung von Hochspannungsstrom. Zahlreiche Sponsoren und Unterstützer wurden geworben. Als positives Signal gilt, dass Kaiser Wilhelm 10.000 Mark zur Verfügung stellt. Die Reichspost ließ sich davon überzeugen, die Übertragungsdrähte auf eigene Kosten einzurichten. Der vier Millimeter starke Kupferdraht wurde von der Firma F.A. Hesse Söhne aus Frankfurt leihweise zur Verfügung gestellt. Der Beginn des Übertragungsexperiments wurde für den 15. August geplant.

Ein Sicherheitskonzept wurde ausgearbeitet. Jeder einzelne der Isolatoren wurde mit 30.000 Volt auf seine Durchhaltefähigkeit getestet. Über der Leitung wurden mehrere Kurzschlusseinrichtungen angebracht, die bei wetterbedingten Störungen, Reißen eines Drahtes oder Unfällen sofort die Stromzufuhr unterbrechen. In Leserbriefen forderten besorgte Bürger, die

Übertragungsmasten mit Stacheldraht abzusichern, weil schon die Berührung des Holzes tödlich sein könnte. Die Bevölkerung wurde ausführlich über die Gefährlichkeit der Drähte informiert. Jeder Strommast wurde zur Warnung mit einem Totenkopf bemalt.

Zeitprobleme der beteiligten Firmen machten eine Verschiebung des geplanten Übertragungstermins nötig. Letzte Bedenken der

der Wasserfall für ein paar Stunden in Betrieb genommen, ab dem 12. September arbeiteten beide Einrichtungen störungsfrei bis zum Ende der Ausstellung am 19. Oktober. Untersuchungen zum Wirkungsgrad ergaben das höchst zufrieden stellende Ergebnis von 75 Prozent erfolgreicher Energieübertragung. Berichte erschienen weltweit. In den USA, Japan, China, Brasilien, Indien, Mexiko wurde berichtet.

Das Experiment in Zahlen:

Die genaue Entfernung betrug 169,93 km.

- Benötigt wurden: 3.182 Telegrafentangen, jeweils 8 Meter hoch, 60 Tonnen Kupferdraht, 9.546 Porzellanisolatoren, 750 kg Öl für die Isolatoren.
- 8 Arbeitskolonnen arbeiteten gleichzeitig und stellten die Stromleitung innerhalb von sechs Wochen fertig.
- Die Gesamtkosten für Material und Einrichtung beliefen sich auf 700.000 Mark. Nicht eingerechnet sind hier die Entwicklungsinvestitionen der Firmen Oerlikon und AEG.

badischen Landesregierung konnten beigelegt werden. Am 24. August 1891, abends um 20 Uhr, erfolgte der Zusammenschluss der Leitung mit der sofortigen Erfolgsmeldung „Der Strom ist in Frankfurt!“. Zunächst wurden die Spannungen überprüft und Messungen vorgenommen. Am 25. August leuchteten erstmals die 1.000 Glühlampen um das Präsentationschild „Kraftübertragung Lauffen-Frankfurt“, am 8. September wurde

Drei Viertel der 436 angemeldeten Journalisten kamen aus dem Ausland. Ein Korrespondent der London Times schrieb über die Frankfurter Ausstellung: *„Ich meine mich keiner Übertreibung schuldig zu machen, wenn ich die Ansicht ausdrücke, daß die Lauffen-Frankfurter-Kraftübertragung das schwerste und wichtigste Experiment in der technischen Elektrizität ist, seitdem diese geheimnisvolle Naturkraft (...) der Menschheit dienstbar gemacht ist.“*





Foto Deutsches Museum, München

Vom Luxusgut zur Alltagsenergie



Die Stadt Heilbronn wurde die erste Stadt der Welt, die über eine Fernleitung mit Elektrizität versorgt wurde. Bereits 1890, vor der ersten Drehstromübertragung, war der Vertrag zwischen dem Portland-Cement-Werk, der Stadt Heilbronn und dem Büro Miller über die Errichtung eines Elektrizitätswerks aus Wasserkraft geschlossen worden. Mit dem Erfolg der ersten Fernübertragung wurden die Arbeiten am 15. September 1891 begonnen. Am 10. Januar 1892 floss erstmals Strom von Lauffen nach Heilbronn. Die 30.000 Einwohner begrüßten die neue Energie begeistert.

Die Kosten für das Elektrizitätswerk und die Leitung beliefen sich auf 260.000 Mark. Der Aufbau war ähnlich wie bei der Fernstromübertragung. Drei Kupferdrähte, diesmal mit einem Durchmesser von sechs Millimetern, und ein Stacheldraht, der an den Masten herunter bis in die Erde geführt wurde, wurden ergänzt. Der Stacheldraht diente als Blitzableiter und sollte gleichzeitig von unerlaubtem Beklettern abhalten. In Heilbronn wurde der auf 5.000 Volt hochgespannte Strom in runden Transformatorenhäuschen aus Eisenblech wieder herunter transformiert. Die Häuschen waren wartungs-

freundlich und wurden gleichzeitig als Litfasssäulen genutzt. Die zu den Verbrauchern geführte Gebrauchsspannung betrug 100 Volt.

Am 1. März 1892 waren 1.100 Glühlampen, acht in der Bahnhofstraße aufgestellte Bogenlampen und drei Elektromotoren mit zusammen 8 PS gemeldet. Im November desselben Jahres waren es bereits 1.700 Glühlampen, 20 Bogenlampen und 11 Motoren mit zusammen 32 PS.

Im Vergleich zu der seit 40 Jahren etablierten Nutzung von Gas war Elektrizität aber nach wie vor ein kleiner Markt. Mit Gas betrieben wurden 497 Straßenlaternen, 16.949 Lampen und 44 Motoren. Aber die Vorteile des elektrischen Stroms begannen Wirkung zu zeigen. 1896 wurde aufgrund der gestiegenen Nachfrage ein Dampfkraftwerk in der Heilbronner Badstraße in Betrieb genommen, 1942 schließlich endete mit dem Ausbau der Lauffener Staustufe des Neckars die Produktion von Strom im Zementwerk in Lauffen.

Der Übergang vom exklusiven Luxusgut zum allgemein verwendeten Energieträger in Privathäusern vollzog sich nur langsam. Die Wirkung der neuen Beleuchtung von Wohnungen wurde kontrovers diskutiert. Zunächst waren die neu einzurichtenden Leitungen und auch der Strom oftmals zu teuer für private Abnehmer. Mit der zunehmenden Versorgung über Elektrizitätswerke wurden aber immer mehr Haushalte an das entstehende Stromnetz angeschlossen.

Gleichzeitig musste auch eine kulturelle Gewöhnung an die neue Art von Licht erfolgen. 1881 urteilte ein begeisterter Zeitungsartikel:

„Das von der Lampe ausstrahlende Licht gleicht an Farbe und Leuchtkraft dem der Gasflamme, zeichnet sich aber vor letzterer durch absolute Beständigkeit und Ruhe aus. Aber welcher Unterschied zum Gas! Das elektrische Licht hinterlässt keinen Verbrennungsrückstand in der Wohnung, es erhöht nicht die Lufttemperatur, sie macht Schluss mit der Explosions- und Feuergefahr. Sie kommen nach Hause, Sie betätigen den Schalter und ohne Feuer, ohne Streichholz, erhellt sich das ganze Haus“.

Siegeszug der Elektrizität



Mit der Jahrhundertwende begann der Siegeszug der Elektrizität. Zahlreiche Städte ließen Elektrizitätswerke bauen, erste Stromnetze entstanden. Strom galt als saubere Energie. Die Nachteile der Stromerzeugung rückten erst sehr viel später in das Bewusstsein. Mit der Erfindung der Wolfram-Glühlampe 1910 wurden Glühlampen wesentlich haltbarer und billiger. Elektrizität wurde aufgrund der größeren Nachfrage auch für die Durchschnittsbevölkerung bezahlbar. Trotzdem wurde die flächendeckende Versorgung erst in den 40er Jahren des 20. Jahrhunderts erreicht.

In den folgenden Jahrzehnten stieg der Stromverbrauch parallel zum Wirtschaftswachstum kontinuierlich an, seit den 1990er Jahren bleibt er etwa konstant. Dazu tragen Energiesparmaßnahmen bei, aber auch ein verringertes Wirtschaftswachstum. Heute versorgen mehrere Stromnetze mit unterschiedlichen Spannungen die Bundesrepublik. Das Höchstspannungsnetz hat 440 oder 230 kV (Kilovolt), das sind 400.000 bzw. 230.000 Volt. Das Hochspannungsnetz hat 110 kV, das Mittelspannungsnetz 20 kV und

das Niederspannungsnetz 400 Volt. Nach wie vor werden Porzellanisolatoren verwendet, die Leitungen sind aus Aluminium. Das deutsche Stromnetz ist etwa 1,78 Millionen Kilometer lang: Eine Herausforderung bleibt nach wie vor, dass Strom nicht gespeichert werden kann. Wenn Bedarf besteht, muss er erzeugt werden. Durch unterschiedliche Kraftwerkstypen werden die Bedarfsschwankungen ausgeglichen. Wasserkraftwerke, Kernkraftwerke und Braunkohlekraftwerke sind ständig in Betrieb für die Grundversorgung. Steinkohlekraftwerke, Pumpspeicher- und Gasturbinenkraftwerke können in kurzer Zeit bei Bedarf hochgefahren werden.

Mit der so genannten „Energiewende“ und dem Ausstieg aus der Kernenergie ergeben sich neue Fragestellungen. Erneuerbare Energien haben in den meisten Fällen die Eigenschaft, dass ihre Verfügbarkeit vom Wetter oder der Tageszeit abhängig ist. Eine der größten Herausforderungen der Energiezukunft ist es daher, die Netze, Erzeugung und den Verbrauch an die neuen Bedingungen anzupassen.







Sicher!

Jeder Arbeitsplatz im ZEAG Energie-Konzern ermöglicht durch Ausgaben, Investitionen und Abgaben weitere Arbeitsplätze in der Region.

Willkommen daheim.

Zusammengefasster Lagebericht

des ZEAG-Konzerns
und der ZEAG Energie AG

1. Einführung und Zusammenfassung der Geschäfts- entwicklung

Einführung

Wie im Vorjahr wird der Lagebericht der ZEAG Energie AG mit dem des ZEAG-Konzerns zusammengefasst, da der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des ZEAG-Konzerns nicht wesentlich vom Geschäftsverlauf, der wirtschaftlichen Lage sowie den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der ZEAG Energie AG abweichen.



Zusammenfassung der Geschäftsentwicklung 2012

Der Geschäftsverlauf des ZEAG-Konzerns im Jahr 2012 hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder verbessert. Vor dem Hintergrund der für die gesamte Branche schwierigen Rahmenbedingungen sind wir mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 zufrieden. Die Umsatzerlöse konnten gegenüber dem Vorjahr um 14,2 Mio. € auf 155,6 Mio. € gesteigert werden. Ursächlich für die Umsatzsteigerung ist die Umstellung unserer Energiebeschaffung im Segment Strom auf ein börsenorientiertes Modell, welches

es uns ermöglicht, im Rahmen des Bilanzkreismanagements zusätzliche Vertriebswege zu nutzen. Damit konnten die aufgrund des intensiven Wettbewerbs rückläufigen Umsatzerlöse im Endkundengeschäft mehr als kompensiert werden. Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit erreichte 8,4 Mio. € und überstieg damit das Vorjahresergebnis um 1,6 Mio. €. Ursächlich hierfür waren im Vorjahr Sonderbelastungen im Zusammenhang mit dem Strombezug vom Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar (GKN). Das Finanzergebnis trug mit 6,3 Mio. € zum Konzernergebnis bei, nachdem dieses im Vorjahr mit 2,5 Mio. € negativ war. Diese positive Entwicklung ist sowohl auf höhere Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren als auch auf geringere Wertberichtigungen auf Wertpapiere zurückzuführen. Der Konzernüberschuss erreichte 11,75 Mio. € und schließt damit um 8,0 Mio. € über dem des Vorjahres (3,7 Mio. €).

2. Geschäftsmodell und Unternehmens- steuerung

Der ZEAG-Konzern ist im Kerngeschäft in dem Geschäftsfeld Energie tätig. Mit der Marke „ZEAG Energie“ betreiben wir in den Städten Heilbronn und Lauffen a. N. sowie in den Gemeinden Neckarwestheim und Kirchheim a. N. sowie künftig auch in Leingarten die Stromversorgung. Über unsere Tochtergesellschaft Gasversorgung Unterland GmbH (GU) werden weitere zehn Kommunen überwiegend im nördlichen Landkreis Heilbronn durch uns mit Erdgas versorgt. Die NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF) nimmt innerhalb des ZEAG-Konzerns die Netzbetreiberfunktion wahr. Die NHF ist über die Versorgungsgebiete der ZEAG Energie AG (ZEAG) und der GU hinaus auch in der Gasverteilung in zwei Kommunen des Landkreises Schwäbisch Hall aktiv.

Ein wesentlicher, von zunehmender Bedeutung geprägter Schwerpunkt unserer Aktivitäten ist die Energieerzeugung. Unsere Eigenerzeugung, die noch deutlich von unserem Erzeugungsanteil am Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar (GKN), Neckarwestheim, geprägt ist, ist im Geschäftsjahr 2012 aufgrund der Stilllegung von GKN 1 im Vorjahr weiter zurückgegangen. Eine bezogen auf unseren Absatz an Endkunden maßgebliche Eigenerzeugung ist einer der Eckpunkte unseres Geschäftsmodells. Ein wesentlicher Teil unserer mittelfristigen Strategie

ist es daher, die weggefallenen bzw. die noch wegfallenden Erzeugungskapazitäten des GKN sukzessive insbesondere durch regenerative Energien zu substituieren. Wir wollen damit die Energiewende aktiv mitgestalten und unseren traditionell hohen Anteil der CO₂-freien Stromerzeugung erhalten bzw. weiter steigern. Diesem strategischen Ziel entsprechend setzen wir auf den Ausbau der Erzeugung unserer regenerativen Erzeugungskapazitäten. Neben den von uns genutzten und betriebenen Wasserkraftwerken am Neckar und den bereits realisierten Fotovoltaikanlagen soll hierzu insbesondere die Erzeugung aus Windkraft beitragen. Uns ist bewusst, dass auch die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien Eingriffe in die natürliche Umgebung erfordern und nur im Konsens und unter Einbindung der Bevölkerung realisiert werden kann. Als Dachgesellschaft für flexible, projektbezogene Beteiligungsmodelle haben wir 2011 die ZEAG Erneuerbare Energien GmbH gegründet. Die Realisierung erfolgt über bereits im Geschäftsjahr 2012 gegründete bzw. in Gründung befindliche Gesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG, an welchen sich neben den Kommunen auch die Bürger über Bürgerenergiegenossenschaften beteiligen können.

Da auch noch auf längerfristige Sicht eine gesicherte Energieversorgung ohne konventionelle Erzeugungseinheiten nicht möglich sein wird, haben wir uns im Jahr 2012 mittels einer virtuellen Kraftwerksscheibe ein konventionelles Strombezugsrecht gesichert.

Mit unserem Heizwerk am ehemaligen Firmensitz in der Badstraße erbringen wir für dort ansässige, benachbarte Kunden Dienstleistungen, indem wir diese mit Wärme, Prozessdampf und Kälte für deren Produktion beliefern. Auch in diesem Bereich wollen wir Wachstumsmöglichkeiten nutzen und zur ressourcenschonenden, CO₂-armen Energieerzeugung beitragen: Ende 2011 haben wir ein Blockheizkraftwerk (BHKW) in Betrieb genommen, ein weiteres befindet sich derzeit im Bau. Darüber hinaus ist beabsichtigt, das Heizwerk zu erneuern und durch ein modernes BHKW zu erweitern.

Als regionales, vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen bieten wir unseren Kunden die Lieferung von Energie und Netzdienstleistungen an. Unsere in der Region verankerte Marke „ZEAG Energie“ steht für erstklassigen Service, regionale Kompetenz und langfristig erworbenes Betreiber-Know-how. Dies spiegelt sich in einer überdurchschnittlichen Kundenbindung wider und ist Grundlage für unseren Markterfolg. Dieser Ansatz wird auch im Wettbewerb des

Vollkonsolidierte Unternehmen	Sitz	Kapitalanteil	Eigenkapital
		%	T€*
Gasversorgung Unterland GmbH	Heilbronn	100	6.468
NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH	Heilbronn	100	1.000
ZEAG Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH	Heilbronn	100	38
Bürgerenergie Widdern GmbH & Co. KG	Widdern	99	80
BürgerEnergie Königheim GmbH & Co. KG	Königheim	99	96
EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG	Braunsbach	99	89
EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG	Heilbronn	90	996
EE Bürgerenergie Hardthausen GmbH & Co. KG	Hardthausen	98	94
At equity einbezogene Unternehmen			
ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG	Heilbronn	44	5.153
Verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen			
ZEAG Erneuerbare Energien GmbH	Heilbronn	100	25

*gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs

unabhängigen Internetportals Energieverbraucherportal.de sichtbar: Sowohl der ZEAG im Bereich der Stromversorgung als auch der GU als unserem Gasversorger wurde aktuell das Siegel „Top-Lokalversorger 2013“ verliehen. Diese Auszeichnung wurde uns jeweils bereits zum vierten Mal in Folge erteilt. Um dem intensiver werdenden Wettbewerb wirkungsvoll begegnen zu können, haben wir im Jahr 2011 die Voraussetzungen geschaffen, um unsere an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete Produktpalette effizient auch außerhalb unseres Konzessionsgebiets vermarkten zu können und deren Vertrieb auch 2012 sukzessive operativ umgesetzt. Im Bereich der Verteilnetze haben wir uns im Jahr 2012 intensiv damit beschäftigt, wie dieser Bereich für die zweite Anreizregulierungsperiode optimal aufgestellt werden kann und umfangreiche Umstrukturierungen zum Jahresbeginn 2013 umgesetzt. Unsere Wettbewerbsfähigkeit wollen wir darüber hinaus durch die Fortführung und Optimierung unseres Effizienzsteigerungsprogramms „Z21“ mit dem Ziel einer nachhaltigen Ergebnisverbesserung erhöhen.

Die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren lokalen und regionalen Marktpartnern, der Heilbronner Versorgungs GmbH (HVG) und der EnBW Regional AG, haben wir im Berichtsjahr weiter ausgebaut und werden wir auch weiterhin konsequent fortsetzen.

Wirtschaftlicher Erfolg ist das Ergebnis von zielorientiertem, unternehmerischem Handeln. Die Planung und Steuerung des Geschäfts sowie die Kontrolle und das Reporting folgen dem Ansatz der wertorientierten Unternehmensführung. Die auf eine nachhaltige Wertsteigerung des Unternehmens ausgerichtete Unternehmenssteuerung orientiert sich am erwirtschafteten Wertbeitrag. Dieser ergibt sich nach Abzug der Kosten des eingesetzten Kapitals aus der erzielten Rendite. Unseren Investitionsentscheidungen liegen dabei differenzierte, risikoadjustierte Kapitalkostensätze zugrunde. Für die kurzfristige Steuerung der Unternehmenseinheiten wird insbesondere das gegebenenfalls um außergewöhnliche Effekte bereinigte EBIT (Ergebnis vor Beteiligungs- und Finanzergebnis sowie Steuern) verwendet.

Die ZEAG Energie AG ist die börsennotierte Muttergesellschaft des ZEAG-Konzerns und übt unmittelbar oder mittelbar die Leitungsfunktion im ZEAG-Konzern aus. Mit der 100%-igen Tochtergesellschaft NHF Netzgesell-

schaft Heilbronn-Franken mbH (NHF) besteht dabei ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Zusätzlich ist die ZEAG Energie AG operativ im Geschäftsfeld Energie tätig. Schwerpunkte dieser Tätigkeiten betreffen die Stromerzeugung, die Belieferung von Endkunden mit Strom, Wärme und Prozesskälte sowie die Erbringung von netznahen Dienstleistungen. Als Eigentümerin des Stromverteilernetzes, welches an die NHF verpachtet wird, ist die ZEAG Energie AG zudem in der Elektrizitätsverteilung tätig.

3. Rahmenbedingungen und Marktentwicklung

Gesamtwirtschaftliche Situation

Die Weltkonjunktur verlor 2012 weiter an Schwung. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) liegt das globale Wirtschaftswachstum im Jahr 2012 (+ 3,3 %, Vorjahr + 3,8 %) bereits zum dritten Mal in Folge unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone ist dabei wesentlich schwächer verlaufen. Nach Schätzungen von Eurostat ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in 2012 um 0,4 % gesunken, nachdem im Vorjahr noch ein Wachstum von 1,4 % zu verzeichnen war. Auch die deutsche Wirtschaft konnte sich diesen Entwicklungen nicht entziehen. Nach Angaben der Bundesregierung ließ die konjunkturelle Dynamik im Jahresverlauf 2012 kontinuierlich nach. Trotz der ungünstigeren Rahmenbedingungen erhöhte sich das BIP 2012 noch um schätzungsweise 0,7 % und lag damit deutlich unter der Wachstumsrate des Vorjahres von + 3,0 %.

Versorgungsgebiet ZEAG

Die IHK Heilbronn-Franken berichtete in ihrem Wirtschafts Lagebericht für das 3. Quartal 2012 von einem robusten Zustand der heimischen Wirtschaft. Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage durch die regionalen Unternehmen hat sich gegenüber dem 2. Quartal sogar verbessert. Im Abnahmeverhalten unserer Industrie- und Gewerbetunden schlug sich diese

positive Einschätzung jedoch nicht verbrauchssteigernd nieder. Per Saldo war gegenüber dem Vorjahr eine rückläufige Stromnachfrage zu verzeichnen.

Europäische Energiepolitik

Energieeffizienz

Im September 2012 verabschiedete die Europäische Union eine Richtlinie zur Energieeffizienz, die nun von den Mitgliedsstaaten umzusetzen ist. Gemäß der Richtlinie müssen alle Mitgliedsstaaten ab 2014 unter anderem sicherstellen, dass jährlich 1,5 % des Endkunden-Energieverbrauchs eingespart werden.

Erneuerbare Energien

Die Kommission veröffentlichte im Juni 2012 eine Mitteilung zur weiteren Strategie in diesem Bereich. Darin werden vor allem Leitlinien zu größerer Konvergenz der nationalen Förder-systeme sowie zur stärkeren Nutzung der in der Erneuerbaren-Richtlinie angelegten Kooperationsmechanismen für das kommende Jahr angekündigt. Hinsichtlich der Fortschreibung der Erneuerbaren-Strategie über das Jahr 2020 hinaus wird insbesondere die Frage nach der Notwendigkeit einer Zielvorgabe für 2030 gestellt.

Nukleare Sicherheit

Am 4. Oktober 2012 stellte die Kommission ihren Abschlussbericht zu den Stresstests vor, die in der Folge des Unfalls im Kernkraftwerk Fukushima durchgeführt wurden. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Sicherheitsstandards in Europa im Allgemeinen hoch sind, allerdings werden weitere Verbesserungen bei den sicherheitstechnischen Merkmalen empfohlen. Im Nachgang stellen nun die nationalen Aufsichtsbehörden der Mitgliedsstaaten nationale Aktionspläne mit Zeitplänen für die Umsetzung der Empfehlungen auf. Die Kommission beabsichtigt, im Juni 2014 über die Umsetzung der Stresstestempfehlungen zu berichten.

Energiepolitik in Deutschland

Energiekonzept der Bundesregierung

Auch 2012 blieb die Umsetzung der Energiewende ein Schwerpunktthema der Bundesregierung. Der Bundesumweltminister legte beispielsweise im August 2012 ein 10-Punkte-Papier vor, in dem er einen Fahrplan bis zur Bundestagswahl 2013 skizzierte. Die Vergütungssätze für Neuanlagen im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz wurden um 0,3 ct/kWh für alle Anlagen und um weitere 0,3 ct/kWh für diejenigen Anlagen, die ab 2013 dem Emissionshandel unterliegen, angehoben. Um die Kostensteigerungen im Erneuerbare-

Energien-Gesetz (EEG) zu begrenzen, hat der Gesetzgeber einmalige Kürzungen sowie künftig eine monatliche Absenkung der Fotovoltaik-Vergütung beschlossen. Übersteigt der Zubau in einem Jahr die Schwelle von 3,5 Gigawatt (GW), erhöht sich die monatliche Degression des Folgejahres. Die Förderung der Fotovoltaik über das EEG läuft nach Erreichen der Schwelle von 52 GW aus.

Systemstabilitätsverordnung

Um die technische Einbindung der Fotovoltaik in das Gesamtsystem zu erleichtern, wurde eine Systemstabilitätsverordnung verabschiedet. Diese sieht eine Nachrüstung der Wechselrichter größerer Anlagen durch den Netzbetreiber vor, um das Abschalten der Anlagen bei Überschreiten von Spannungswerten zu flexibilisieren („50,2-Hertz-Problem“).

Energiewirtschaftsgesetz

Ende 2012 wurde in einer Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) beschlossen, die Haftung von Netzbetreibern für Verzögerungen beim Anschluss von Offshore-Windparks zu begrenzen und im Gegenzug eine Entschädigungsumlage für Netznutzer einzuführen. Die Regelung trat zum 1. Januar 2013 in Kraft.

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz

Im Dezember 2011 hat die Bundesregierung eine Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) beschlossen, welche auch die Auf-

nahme von Wärme- und Kältespeichern in die Förderung vorsieht. Das Gesetzgebungsverfahren wurde im Sommer 2012 abgeschlossen.

EEG-Umlage

Mitte Oktober 2012 haben die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) die EEG-Umlage für das Jahr 2013 veröffentlicht. Entsprechend deren Prognose steigt die nicht privilegierte EEG-Umlage massiv um rund 47 % von 3,592 ct/kWh in 2012 auf 5,277 ct/kWh in 2013.

Energiepolitik in Baden-Württemberg

Mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes im Mai 2012 werden die bisherigen Vorranggebiete für die Windenergienutzung und der damit einhergehende Ausschluss der übrigen Gebiete zum 1. Januar 2013 aufgehoben. Ebenfalls im Mai 2012 wurde der Windenergieerlass verabschiedet. Die Energieversorgung mit regenerativer Energie und insbesondere der Ausbau der Windenergienutzung werden darin als zentrales Ziel der Landesregierung beschrieben. Der Erlass formuliert nochmals das von der Landesregierung angestrebte Ziel, bis zum Jahr 2020 mindestens 10 % des Stroms im Land aus heimischer Windenergie bereitzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, im Land rund 1.200 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von je etwa 3 MW zu errichten. Der Windenergieerlass soll allen an dem gesamten Verfahren zur

Planung, Genehmigung und Bau von Windenergieanlagen beteiligten Fachstellen, Behörden, Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Investoren eine praxisorientierte Handreichung und Leitlinie für das Verfahren bieten. Um die Ausbauziele der Landesregierung bis 2020 sicherzustellen, ist die Ausweisung von Flächen zur Windenergienutzung auch in Waldgebieten erforderlich. Waldgebiete sind nach dem Windenergieerlass daher grundsätzlich für die Windenergienutzung geeignet.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte

Im abgelaufenen Jahr haben wir im Bereich der Stromverteilung gemäß der Festlegung der Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg alle erforderlichen Unterlagen für die Ermittlung des Ausgangsniveaus der für die zweite Periode der Anreizregulierung anererkennungsfähigen Kosten fristgerecht eingereicht. Die Kostenprüfung auf Basis des Fotojahres 2011 bildet die Grundlage für den frühestens im 2. Halbjahr 2013 zu erwartenden Bescheid über die Erlösobergrenze für den Zeitraum der zweiten Anreizregulierungsperiode von 2014 bis 2018.

Für unsere Gasverteilungsnetze waren die Netzentgeltanträge für die zweite Anreizregulierungsperiode von 2013 bis 2017 bereits im Jahr 2011 einzureichen. Die Kostenprüfung durch die

Landesregulierungsbehörde ist bisher noch nicht abgeschlossen. Die für 2013 veröffentlichten Preise für die Nutzung unserer Gasverteilernetze orientieren sich daher an den Vorgaben zur ersten Regulierungsperiode. Abweichungen zu der für 2013 tatsächlich gültigen Erlösobergrenze werden über das Regulierungskonto ausgeglichen.

Kooperationsvereinbarung Gas (KoV V)

Am 1. Oktober 2012 trat die fünfte Fassung in Kraft. Die KoV V enthält formale Anpassungen als Konsequenz der 2011 in Kraft getretenen EnWG-Novelle sowie Änderungen in wesentlichen Bereichen, wie der Einführung einer monatlichen Netzkostenabrechnung durch die Marktgebietsverantwortlichen, die weitere Standardisierung von Geschäftsbedingungen und die Umsetzung von Kapazitätsmanagementmaßnahmen.

Marktsituation Strom

Verbrauch

Nach den vorläufigen Angaben der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. (AGEB) ist der Bruttostromverbrauch in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um rund 1,4 % auf 594 Terawattstunden (TWh) zurückgegangen. Nach Einschätzung der AGEB gingen von dem geringeren Wirtschaftswachstum kaum verbrauchssteigernde Effekte aus, dagegen wirkte die Zunahme bei der Energieeffizienz verbrauchsdämpfend.

Strompreise für Privat- und Industriekunden

Der BDEW ermittelte in seiner Strompreisanalyse vom Oktober 2012 für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh in 2012 monatliche Stromkosten von 75,51 € nach rund 73,59 € im Vorjahr. Davon entfallen rund 34,18 € (Vorjahr 33,34 €) auf staatlich induzierte Kosten.

Für Industriekunden stellte der BDEW einen durchschnittlichen Strompreis inkl. Stromsteuer von 14,02 Cent/kWh fest. Dem im Vergleich zum Vorjahr 2011 (14,04 Cent/kWh) minimalen Rückgang liegen gegenläufige Effekte zugrunde: Eine kostensteigernde Erhöhung von Umlagen wurde durch rückläufige Beschaffungskosten an den Strommärkten überkompensiert. Im Gegensatz zu den Privatkunden wirken sich aufgrund der relativ kurzen Vertragslaufzeiten und der entsprechenden Beschaffungssystematik Änderungen an den Strommärkten unmittelbar auf die Industriekundenpreise aus.

Marktsituation Gas

Verbrauch

Nach vorläufigen Schätzungen der AGEB erhöhte sich der Erdgasverbrauch in Deutschland im Zeitraum von Januar bis Dezember 2012 um etwa 1,0 % auf 873 Mrd. kWh. Die witterungs- sowie durch den Schalttag bedingte Verbrauchsentwicklung wurde in erheblichem Umfang durch einen rückläufigen Erdgaseinsatz in der Stromerzeugung kompensiert. Nach Einschätzung des BDEW werden die Gaskraftwerke durch die zunehmende Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie der bestehenden Preisdifferenz zwischen Kohle und Gas durch die Merit Order (Reihenfolge der Kraftwerkseinsätze nach Wirtschaftlichkeit) aus dem Markt gedrängt.

Gaspreise für Privat- und Industriekunden

Nach den Erdgas-Indizes des Statistischen Bundesamts sind die Gaspreise für Privatkunden in den Monaten Januar bis November 2012 kontinuierlich angestiegen. Im November 2012 betrug der Preisanstieg gegenüber demselben Vorjahresmonat 2,9 %. Bei den Industriekunden sind nach Angaben von Eurostat die Abgabepreise im 1. Halbjahr 2012 gegenüber dem 1. Halbjahr 2011 um 5,3 % angestiegen.

4. Unternehmenssituation des ZEAG-Konzerns: Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Absatz und Umsatz

Der Stromabsatz konnte im Berichtsjahr insbesondere durch ein geändertes Bilanzkreismanagement um 45 % auf 1.131 Mio. kWh gesteigert werden (Vorjahr 780 Mio. kWh). Der Stromverkauf an unsere Industrie- und Gewerkekunden (B2B) war hingegen sowohl wettbewerbsbedingt als auch durch ein verändertes Abnahmeverhalten rückläufig und reduzierte sich um 10,2 % auf 343 Mio. kWh (Vorjahr 382 Mio. kWh). Bei den Privatkunden (B2C) verminderte sich der Absatz insbesondere aufgrund von wettbewerbsbedingten Kundenverlusten um 3,8 % auf

255 Mio. kWh (Vorjahr 265 Mio. kWh). Die massive Zunahme der übrigen Stromlieferungen auf 533 Mio. kWh (Vorjahr 133 Mio. kWh) war insbesondere auf das geänderte Bilanzkreismanagement zurückzuführen. Dieses ermöglicht es uns, für den Vertrieb von Energie zusätzliche Vertriebswege zu nutzen.

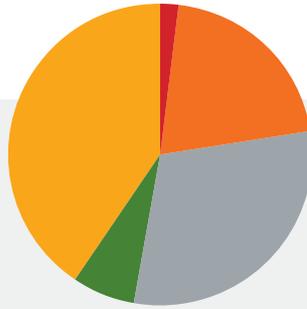
Der Absatz von Erdgas verminderte sich um 6,3 % auf 223 Mio. kWh (Vorjahr 238 Mio. kWh). Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf den Wechsel von Industriekunden zurückzuführen. Dagegen entwickelte sich der Absatz von Erdgas an unsere Privatkunden positiv, wobei der Anstieg gleichermaßen aus einem witterungsbedingt höheren Wärmebedarf sowie aus erfolgreicher Neukundenakquise resultierte.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte der Konzernumsatz nach

Abzug von Strom- und Energiesteuer um 10,0 % gesteigert werden. Der Anteil des Geschäftsfelds Strom am Konzernumsatz erhöhte sich von 92,7 % auf 93,2 %.

Im Geschäftsfeld Strom erhöhten sich die Umsatzerlöse um 10,6 % auf 145,0 Mio. €. Rückläufig entwickelten sich die Erlöse aus den Stromlieferungen an die B2B- und B2C-Kunden, da hier die insbesondere wettbewerbsbedingten Absatzrückgänge nicht durch die erforderlichen Preismaßnahmen zur Weitergabe der höheren staatlich induzierten Umlagen kompensiert werden konnten. Maßgeblich für den Umsatzanstieg waren vor allem die im Rahmen des geänderten Bilanzkreismanagements erhöhten sonstigen Stromlieferungen. Auch die Umsatzerlöse aus der Durchleitung von Strom konnten gesteigert werden, wobei dieser Anstieg insbesondere aus den Netzentgelten für bisher durch den eigenen Vertrieb belieferte Kunden resultierte.

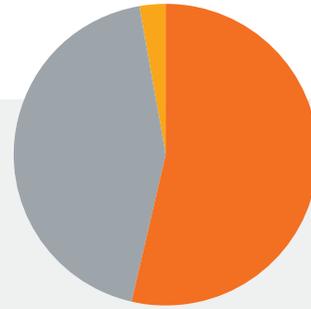
Im Segment Gas konnten die wettbewerbsbedingten Umsatzrückgänge im Bereich der B2B-Kunden durch mengen- und preisbedingt erhöhte Umsatzerlöse aus Gaslieferungen an B2C-Kunden kompensiert werden. Die Netzentgelte für die Nutzung unserer Gasnetze konnten sowohl durch den witterungsbedingt erhöhten Gasabsatz als auch wechselbedingt höhere Außenumsätze gesteigert werden. Insgesamt konnten daher



Stromabsatz 2012 in Mio. kWh

■ Heizstromkunden	23
■ Privatkunden	232
■ Industriekunden	343
■ Liefermenge EEG*	76
■ Sonstige	457
Gesamt	1.131

*Erneuerbare-Energien-Gesetz



Gasabsatz 2012 in Mio. kWh

■ Privatkunden	120
■ Industriekunden	97
■ Sonstige	6
Gesamt	223

die Umsatzerlöse im Bereich Gas um 2,9% auf 10,6 Mio. € (Vorjahr 10,3 Mio. €) gesteigert werden.

Kostenentwicklung

Sowohl die Strombezugs- als auch die Gasbezugskosten haben als wesentliche Kostengrößen im Berichtsjahr die Entwicklung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wiederum maßgeblich geprägt.

Die Aufwendungen für den Strombezug sind im Berichtsjahr um 7,3% auf 94,9 Mio. € (Vorjahr 88,5 Mio. €) angestiegen. Maßgeblich hierfür waren insbesondere erhöhte Strombezüge, die trotz der wettbewerbsbedingten Kundenverluste zur Deckung der sonstigen Verkäufe erforderlich waren.

Die Kostenverrechnung für unseren Erzeugungsanteil des GKN war auch 2012 durch die zum 01.01.2011 eingeführte Kernbrennstoffsteuer belastet.

Trotz geringerer Gasbezüge stiegen die Gasbezugskosten preisbedingt um rund 0,3 Mio. € auf 7,1 Mio. € (Vorjahr 6,8 Mio. €). Aufgrund des intensiven Wettbewerbs konnten die höheren Gaspreise nicht vollständig am Markt durchgesetzt werden und waren

maßgeblich für die in diesem Segment wieder rückläufigen Margen.

Die Personalaufwendungen übersteigen den Vorjahresbetrag um 0,3 Mio. € und belaufen sich auf 12,9 Mio. € (Vorjahr 12,6 Mio. €). Der Anstieg resultierte zum einen aus einer im Jahresdurchschnitt höheren Anzahl von Mitarbeitern (ohne Auszubildende) und zum anderen aus wieder erhöhten erfolgsabhängigen Vergütungsbestandteilen. Die tariflichen Vergütungen veränderten sich dagegen im Berichtsjahr nicht. Zugunsten einer Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde vereinbarten die Tarifpartner, auf eine bereits vereinbarte Erhöhung der Tarifvergütungen zu verzichten.

Bei der Entwicklung der übrigen Aufwendungen und Erträge waren gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen. Die sonstigen betrieblichen Erträge waren gegenüber dem Vorjahr mit 5,9 Mio. € (Vorjahr 8,6 Mio. €) rückläufig. Ursächlich hierfür waren vor allem geringere Veräußerungsgewinne aus Anlageabgängen sowie anderer periodenfremder Sachverhalte. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten um 0,4 Mio. € auf 8,9 Mio. € (Vorjahr 9,3 Mio. €) gesenkt werden. Mehraufwendungen aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen konnten durch rückläufige periodenfremde Effekte sowie geringere Verwaltungs- und Vertriebskosten überkompensiert werden.

Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis setzt sich aus dem anteiligen Ergebnis der at Equity in den Konzernabschluss einbezogenen Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG (0,3 Mio. €, Vorjahr 0,2 Mio. €) sowie dem übrigen Beteiligungsergebnis zusammen. Das übrige Beteiligungsergebnis erreichte aufgrund der erstmaligen Ausschüttung der Baltic Windpark Beteiligungen GmbH & Co. KG 0,2 Mio. €.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis konnte im Berichtsjahr mit einem Anstieg um 8,8 Mio. € auf 6,3 Mio. € (Vorjahr –2,5 Mio. €) wieder einen maßgeblichen Beitrag zum Konzernergebnis leisten. Diese Steigerung ist gleichermaßen auf höhere Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren wie auf geringere Wertberichtigungen auf Wertpapiere zurückzuführen. Im Vorjahr führten die in Folge der Staatsschuldenkrise rückläufigen Notierungen an den Finanzmärkten zu erhöhten Abschreibungen auf Wertpapiere wegen signifikanter, dauerhafter Wertminderungen.

Absatz Konzern in Mio. kWh	2012	2011	Veränderung in %
Strom	1.131	780	45,0
Gas	223	238	-6,3
Umsatz Konzern in Mio. €			
Strom	145,0	131,1	10,6
Gas	10,6	10,3	2,9
	155,6	141,4	10,0

Ergebnis

Mit einem Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 8,4 Mio. € (Vorjahr 6,8 Mio. €) konnten wir das allerdings durch hohe Belastungen aus der Energiewende beeinflusste Ergebnis des Vorjahres wieder übertreffen. Aufgrund des deutlich verbesserten Finanzergebnisses konnte der Konzernüberschuss um 8,0 Mio. € gesteigert werden und schließt mit 11,75 Mio. € (Vorjahr 3,7 Mio. €) deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Die Umsatzerlöse überstiegen unsere im Geschäftsbericht 2011 geäußerte Umsatzerwartung für das Geschäftsjahr 2012 aufgrund von Stromlieferungen im Rahmen des geänderten Bilanzkreismanagements. Das erwartete Ergebnis vor Steuern in Höhe von 16 Mio. € konnte aufgrund geringerer Margen nicht vollständig erreicht werden.

Finanzlage

Die Entwicklung der Finanzlage im Konzern wird durch die Cashflow-Rechnung dargestellt.

Der operative Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit reduzierte sich von 7,3 Mio. € auf 1,4 Mio. €. Die positiven Veränderungen des verbesserten Ergebnisses vor Steuern (EBT) wurden im Wesentlichen durch geringere Wertberichtigungen, höhere Steuern und Veränderungen beim Working Capital überkompensiert.

Beim Cashflow aus Investitionstätigkeit wurde im Berichtsjahr ein Mittelzufluss in Höhe von 20,0 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) erreicht. Aufgrund der weniger intensiven Investitionstätigkeit reduzierten sich die Mittelabflüsse für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen um 1,1 Mio. €. Mittelzuflüsse ergaben sich vor allem durch die Rückzahlung eines gewährten Darlehens (10,0 Mio. €) und durch Veränderungen im Bereich der finanziellen Vermögenswerte, welche in hohem Maße aus Umschichtungen innerhalb unseres Wertpapierspezialfonds resultierten.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit wird durch die Dividendenaus-schüttung dominiert. Aufgrund der verminderten Ausschüttung reduzierte sich der Mittelabfluss von 10,2 Mio. € auf 6,9 Mio. €.

Der Konzern finanzierte sich im Geschäftsjahr 2012 überwiegend aus seiner betrieblichen Tätigkeit und war jederzeit ausreichend finanziert und damit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt nachzukommen. Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich der Finanzmittel bestehen nicht.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich per 31.12.2012 von 333,0 Mio. € um 1,2% auf 337,1 Mio. €.

Auf der Aktivseite reduzierten sich die langfristigen Vermögenswerte, da der investitionsbedingte Anstieg durch den rückläufigen Bestand an Finanzinstrumenten überkompensiert wurde. Der hierdurch generierte Mittelzufluss ist ursächlich für die Zunahme der kurzfristigen Vermögenswerte. Der Rückgang der sonstigen finanziellen Vermögenswerte resultierte aus der Rückzahlung eines gewährten Darlehens und führte wiederum zu dem erhöhten Bestand an Zahlungsmitteln.

In der Passiva hat sich die erhöhte Bilanzsumme im Wesentlichen beim Eigenkapital, das sich um 7,4 Mio. € auf 235,6 Mio. € (Vorjahr 228,2 Mio. €) erhöhte, niedergeschlagen. Hierfür waren sowohl erhöhte Zuführungen zu den Gewinnrücklagen als auch erfolgsneutrale Veränderungen (OCI) aufgrund höherer Wertpapiernotierungen ursächlich. Innerhalb der Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sind bei den langfristigen Schulden keine wesentlichen Änderungen eingetreten. Die Rückstellungen bewegen sich mit 33,1 Mio. € (Vorjahr 32,7 Mio. €) auf ähnlicher Höhe wie im Vorjahr. Dagegen verminderten sich die kurzfristigen Schulden aufgrund geringerer

Personalstand 31.12.	2012	2011
Mitarbeiter/innen	150	147
Auszubildende	19	24
	169	171

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Das Fremdkapital und die Rechnungsabgrenzungsposten schließen mit insgesamt 101,5 Mio. € (Vorjahr 104,7 Mio. €) und damit um 3,1 % unter dem Stand des Vorjahres.

Die Eigenkapitalquote bewegt sich zum 31.12.2012 mit 69,9% (Vorjahr 68,5%) auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Der Kapitaldeckungsgrad des langfristig gebundenen Vermögens hat sich bezogen auf das Eigenkapital auf 93,8% (Vorjahr 89,9%) erhöht. Bezogen auf das langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehende Kapital ergibt sich ein Deckungsgrad von 125,5% (Vorjahr 120,6%).

Investitionen

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen des Konzerns lagen im Geschäftsjahr 2012 mit 10,3 Mio. € um 1,1 Mio. € unter denen des Vorjahres von 11,4 Mio. €.

Im Geschäftsfeld Strom wurden 9,8 Mio. € (Vorjahr 10,2 Mio. €) in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen investiert. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Berichtsjahr bildeten Maßnahmen zur Stärkung der uns zur Verfügung stehenden Stromerzeugungskapazitäten, wobei der Erwerb einer virtuellen Kraftwerksscheibe im Umfang von 3 MW

installierter Leistung bei einer Investitionssumme in Höhe von 4,8 Mio. € die herausragende Einzelmaßnahme darstellte. Den Ausbau unserer Erzeugungskapazitäten im Bereich Fotovoltaik haben wir aufgrund der erheblichen Kürzungen der Einspeisevergütungen zum 1. April 2012 nur noch in vermindertem Umfang fortgeführt. Rückläufig war die Investitionstätigkeit auch im Bereich unseres Stromverteilungsnetzes (3,3 Mio. €, Vorjahr 5,9 Mio. €), da hier im Berichtsjahr keine größeren Einzelmaßnahmen zur Realisierung anstanden.

In den weiteren Ausbau und die Verdichtung des Gasversorgungsnetzes investierten wir 0,5 Mio. € (Vorjahr 1,2 Mio. €). Im Vorjahr waren hier insbesondere durch abschließende Maßnahmen zur Grunderschließung der Gemeinde Neckarwestheim höhere Investitionen zu verzeichnen.

Die auf 7,6 Mio. € (Vorjahr 7,3 Mio. €) gestiegenen Abschreibungen zeigen die rege Investitionstätigkeit des Konzerns. Damit konnten die Investitionen zu 73,8% (Vorjahr 64,1%) aus Abschreibungen finanziert werden.

Mitarbeiter

Die Zahl der im Konzern am 31.12.2012 Beschäftigten lag einschließlich der Auszubildenden mit 169 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um 2 bzw. 1,2 % unter dem Vorjahresstand. Zum Jahresende standen 19 junge Menschen im ZEAG-Konzern in einem Ausbildungsverhältnis. Trotz der Reduzierung gegenüber dem Vorjahr halten wir unsere Ausbildungsaktivitäten weiterhin auf einem hohen und erheblich über unserem betrieblichen Bedarf liegenden Niveau.

Unsere innerbetrieblichen und externen Weiterbildungsmöglichkeiten orientieren sich sowohl an den Erfordernissen der Entwicklung des jeweiligen Berufsfeldes als auch an den gesetzlichen Vorgaben und dem individuellen Fortbildungsbedarf unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang räumen wir auch der Arbeitssicherheit und dem Umweltschutz eine hohe Priorität ein.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % auf 12,9 Mio. € (Vorjahr 12,6 Mio. €). Neben wieder gestiegenen Aufwendungen für erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile resultierte der Anstieg aus einer im Jahresdurchschnitt höheren Anzahl von Mitarbeitern (ohne Auszubildende).

5. Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG: Finanzlage, Vermögenslage, Ergebnis und Dividendenvorschlag

Der Rechnungszinsfuß zur Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde auch im Geschäftsjahr 2012 der allgemeinen Zinsentwicklung angepasst und von 5,25 % auf 3,8 % reduziert. Die Methodik zur Ermittlung des Zinssatzes wurde im 4. Quartal 2012 geändert. Ohne diese Änderung hätte sich ein Zinssatz von 3,4 % ergeben.

Umweltschutz

Es ist unser Ziel, den Umweltschutz im Unternehmen über die gesetzlichen Auflagen und Anforderungen hinaus voranzutreiben. Mit der Erstzertifizierung unseres Umweltmanagementsystems entsprechend der ISO 14001 im Jahr 2009 haben wir hierzu den Grundstein gelegt. Die erfolgreiche Rezertifizierung im Jahr 2012 hat uns gezeigt, dass wir mit den eingeleiteten Maßnahmen auf dem richtigen Weg sind.

Die Definition messbarer Umweltziele und die regelmäßigen Schulungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen zur Erhöhung der Sensibilität bei. Die mehrmals pro Jahr

stattfindenden Audits bieten eine gute Grundlage zur Weiterentwicklung unseres Umweltmanagementsystems.

Wir unterstützen die Weiterbildung und Kompetenzerweiterung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen umweltrelevanten Bereichen. Mit Beginn des Ausbildungsjahres 2012 ist das Umweltmanagement fester Bestandteil unserer kaufmännischen Ausbildung geworden. Damit wollen wir erreichen, dass unsere Nachwuchskräfte bereits frühzeitig die Vorteile eines aktiv gelebten Umweltmanagementsystems erkennen und in ihre tägliche Arbeit integrieren können.

Über einen engen Informationsaustausch mit den Umweltgremien des EnBW-Konzerns können wir auch deren Erkenntnisse und Erfahrungen in unsere Aktivitäten einbeziehen. Dieser Informationsfluss trägt zu einer stetigen Weiterentwicklung unseres Umweltmanagementsystems bei.

Eine Übersicht zu der nach den Vorschriften des deutschen Handelsrechts erstellten Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft ist auf den Seiten 126 und 127 des Geschäftsberichts 2012 aufgeführt.

Tätigkeitsabschlüsse gem. § 6b EnWG

Gemäß dem Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) haben vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen in ihrer internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten zu führen und für jede ihrer Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG einen gesonderten Tätigkeitsabschluss aufzustellen. Die ZEAG Energie AG ist dabei in den Tätigkeitsbereichen „Elektrizitätsverteilung“ sowie „Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“ tätig. Der Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ umfasst dabei die wirtschaftliche Nutzung des Eigentumsrechts an dem Elektrizitätsversorgungsnetz der ZEAG Energie AG durch dessen Verpachtung an die 100 %-ige Tochtergesellschaft NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH. Die „Anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“ betreffen die Erzeugung und den Vertrieb von elektrischer Energie sowie die Erbringung von Netz- und netznahen

Absatz in Mio. kWh	2012	2011	Veränderung in %
Strom	1.111	758	46,6
Umsatz in Mio. €			
Strom	115,5	104,7	10,3
Pacht und Dienstleistungen	35,4	36,8	-3,8
	150,9	141,5	6,7

Dienstleistungen, Vermögen und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen werden den Tätigkeiten auf Basis von Konten und Geschäftsbereichen direkt zugeordnet. Nur in Fällen, in denen dies nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, werden Schlüsselungen oder Kostenumlagen sachgerecht vorgenommen. Die im Anhang der Gesellschaft genannten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden finden auch auf die Tätigkeitsabschlüsse entsprechende Anwendung. Die Tätigkeitsabschlüsse werden gemeinsam mit dem geprüften Jahresabschluss beim Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht.

Unternehmenssituation

Die Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG wurde im Geschäftsjahr 2012 überwiegend durch das Geschäftssegment Strom geprägt. Die vorstehenden Erläuterungen zum ZEAG-Konzern beschreiben, soweit diese den Strombereich darstellen, deshalb auch die Geschäftsentwicklung der ZEAG Energie AG.

Investitionen

Nach 10,0 Mio. € im Vorjahr wurden im Berichtsjahr 9,6 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Berichtsjahr bildeten Maßnahmen zur Stärkung der uns zur Verfügung stehenden Stromerzeugungsanlagen, wobei der Erwerb einer

virtuellen Kraftwerksscheibe im Umfang von 3 MW installierter Leistung und einer Investitionssumme in Höhe von 4,8 Mio. € die herausragende Einzelmaßnahme darstellte. Den Ausbau unserer Erzeugungskapazitäten im Bereich Fotovoltaik haben wir aufgrund der erheblichen Kürzungen der Einspeisevergütungen zum 1. April 2012 nur noch in vermindertem Umfang fortgeführt. Rückläufig war die Investitionstätigkeit im Bereich unseres Stromverteilungsnetzes (3,3 Mio. €, Vorjahr 5,9 Mio. €), da hier im Berichtsjahr keine größeren Einzelmaßnahmen zur Realisierung anstanden.

Finanzlage

Die Finanzlage im Konzern wird maßgeblich durch die Finanzierungskraft der ZEAG Energie AG beeinflusst.

Die Gesellschaft finanzierte sich im Geschäftsjahr 2012 überwiegend aus der betrieblichen Tätigkeit. Sie war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und war damit ausreichend finanziert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft konnte per 31.12.2012 von 251,6 Mio. € um 1,1 % auf 254,4 Mio. € gesteigert werden. Das Eigenkapital erhöhte sich von 156,4 Mio. € auf 165,0 Mio. € und erreichte eine Eigenkapitalquote von 64,9 % (Vorjahr 62,1 %).

Ertragslage

Ergebnis

Die Entwicklungen bei Stromabsatz und Stromumsatz entsprechen bezüglich der Lieferungen an unsere B2B- und B2C-Kunden denen des ZEAG-Konzerns. Ursächlich für den gegenüber dem Konzern geringeren Stromabsatz sind insbesondere die im Konzernabsatz enthaltenen Lieferungen von EEG-Strom unserer Tochtergesellschaft NHF an den Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW GmbH. Die Erlöse aus Pacht und Dienstleistungen werden im Wesentlichen durch die entsprechenden Beauftragungen unserer Netzgesellschaft NHF beeinflusst.

Das EBIT (Ergebnis vor Beteiligungs- und Finanzergebnis und Steuern) erhöhte sich um 1,8 Mio. € auf 15,4 Mio. € (Vorjahr 13,6 Mio. €). Maßgeblich für diesen Anstieg waren die im Vorjahr angefallenen Belastungen aus der Energiewende.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit schließt mit 18,6 Mio. € und liegt damit um 3,5 Mio. € über dem entsprechenden Vorjahreswert von 15,1 Mio. €. Ursächlich hierfür war ein verbessertes Beteiligungs- und Finanzergebnis, welches im Vorjahr aufgrund von erhöhten Wertberichtigungen auf Wertpapiere belastet war.

6. Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

7. Nachtragsbericht

Nach Verrechnung der gegenüber dem Vorjahr erhöhten Steuern vom Einkommen und vom Ertrag wird ein um 1,8 Mio. € verbesserter Jahresüberschuss von 15,4 Mio. € (Vorjahr 13,6 Mio. €) ausgewiesen.

Die Umsatzerlöse konnten 2012 durch die Stromlieferungen im Rahmen des geänderten Bilanzkreismanagements über die im Geschäftsbericht 2011 geäußerten Erwartungen hinaus gesteigert werden. Das erwartete Ergebnis vor Steuern in Höhe von 20 Mio. € konnte hingegen aufgrund geringerer Margen nicht vollständig erreicht werden.

Der vollständige, von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüfte Jahresabschluss per 31.12.2012 der ZEAG Energie AG, dem der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister hinterlegt. Der vollständige Jahresabschluss der ZEAG Energie AG steht ferner unter www.zeag-energie.de zum Download zur Verfügung.

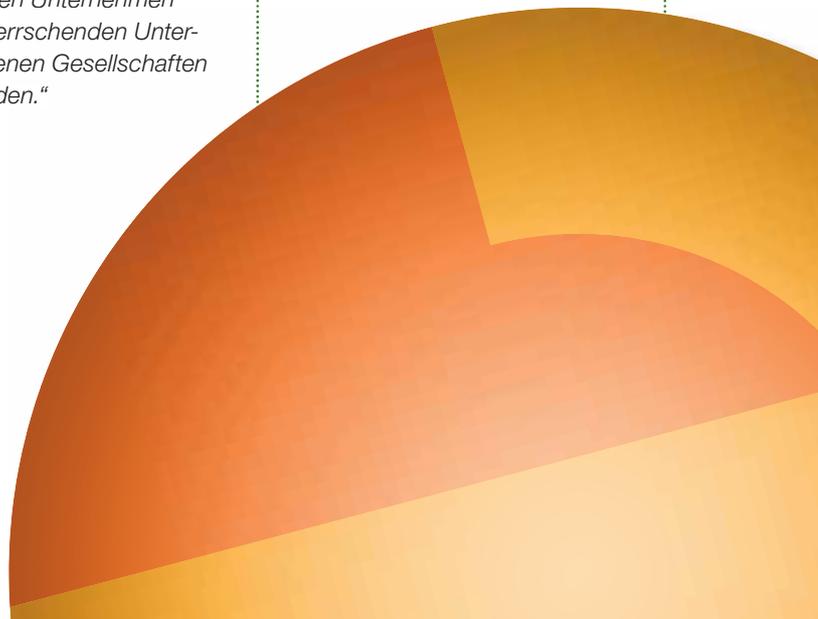
Dividendenvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat werden den Aktionären auf der am 7. Mai 2013 stattfindenden Hauptversammlung vorschlagen, für das Geschäftsjahr 2012 eine auf 3,00 € erhöhte Dividende (Vorjahr 1,80 €) je Stückaktie auszuschütten.

Der Vorstand der ZEAG Energie AG hat für das Geschäftsjahr 2012 gemäß § 312 AktG wiederum einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) erstellt, der mit folgender Erklärung schließt:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Es wurden keine Maßnahmen auf Veranlassung der EnBW Energie Baden-Württemberg AG als herrschendes Unternehmen getroffen oder unterlassen, durch die die ZEAG Energie AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen als die mit dem herrschenden Unternehmen verbundenen Gesellschaften benachteiligt wurden.“

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns bzw. der Gesellschaft sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012 nicht eingetreten.



8. Risiko- und Chancenbericht

Unternehmerisches Handeln ist in einem durch zunehmenden Wettbewerb und politische Einflüsse sowie technischen Wandel geprägten Marktumfeld untrennbar mit Risiken verbunden. Wir begegnen diesen Risiken mit einem umfassenden Risikomanagementansatz als festem Bestandteil unseres Unternehmenssteuerungsmodells. Durch konzernweite, in einem Risikomanagementhandbuch verbindlich festgelegte Richtlinien zur regelmäßigen Identifizierung, Bewertung und Dokumentation von Risiken ist die Unternehmensleitung in der Lage, bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Die Wirksamkeit unseres Risikofrüherkennungssystems wird durch jährliche Risikoinventuren überprüft und laufend aktualisiert bzw. an sich verändernde Risikopositionen angepasst. Das Risikofrüherkennungssystem wird auch im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung beurteilt. Bestandsgefährdende Risiken bestanden und bestehen derzeit nicht.

Wir sehen uns folgenden externen und internen Risiken ausgesetzt:

Entwicklung der Konjunktur

Wie die volatile Entwicklung der vergangenen Jahre gezeigt hat, können konjunkturelle Entwicklungen deutlich von den Prognosen abweichen. Bei rückläufigen Absatzmengen besteht insbesondere das Risiko reduzierter Vertriebsmargen und Netzentgelte.

Zins- und Inflationsentwicklung

Die infolge der europäischen Staatsschuldenkrise rückläufige Zinsentwicklung erforderte im Konzernabschluss bereits eine erhebliche Anpassung des Diskontierungszinssatzes für Pensionsverpflichtungen. Hier besteht auch künftig das Risiko, dass Änderungen der Ertrags- und Vermögenslage der ZEAG belasten können. Auch bei der Bestimmung der Kernenergie rückstellungen bei der Betreibergesellschaft des GKN bestehen hieraus Risiken. Aufgrund von Veränderungen der Inflationsrate und des Diskontierungszinssatzes kann ein erhöhter Barwert auszuweisen sein, wodurch die von ZEAG zu tragenden Kostenanteile negativ beeinflusst werden können.

Preis- und Mengenrisiken aus dem Energiebereich

Preisänderungsrisiken aus längerfristigen Lieferverpflichtungen werden grundsätzlich durch kongruente Einkaufsgeschäfte gedeckt. Durch die Umsetzung eines geänderten Energiebeschaffungsmodells konnten Mengenrisiken weitgehend abgedeckt werden. Risiken bestehen auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von Erzeu-

gungskapazitäten, welche bei ungeplanten Ausfällen für die vorgesehene Vermarktung nicht zur Verfügung stehen und dadurch die geplante Eigenerzeugungsmarge schmälern.

Wettbewerbsrisiko

Sowohl der Strom- wie auch der Gasmarkt sind von einer anhaltend hohen Wettbewerbsintensität geprägt. Daraus ergeben sich sowohl im B2B- wie auch im B2C-Kundensegment erhöhte Preis- und Margenrisiken. Zusätzlich sehen wir uns mit dem Risiko konfrontiert, dass sich Preismaßnahmen, selbst wenn diese nur die gestiegenen Umlagen wälzen, in einer höheren Wechselbereitschaft der Kunden niederschlagen können.

Wiederabschluss von Konzessionsverträgen

Ein Konzessionsvertrag regelt die Bedingungen, zu welchen einem Energieversorgungsunternehmen (EVU) von einer Kommune das Recht gewährt wird, auf öffentlichen Wegen Leitungen zu verlegen und zu betreiben, um Endverbraucher im Gebiet der Kommune mit Energie zu versorgen. Hierfür erhält die Kommune eine Konzessionsabgabe. Nach Ablauf der Vertragsdauer hat die Kommune die Möglichkeit, anstelle einer Verlängerung mit dem bisherigen Konzessionsnehmer die Konzession an ein anderes EVU zu vergeben oder die Energieversorgung in Eigenregie zu übernehmen. Im Netzgebiet der ZEAG steht die Verlängerung von zwei zum Jahresende 2011 ausgelaufenen

Konzessionen noch aus, wobei für eine Konzession die Grundsatzentscheidung des Gemeinderats zur weiteren Zusammenarbeit mit der ZEAG im Dezember 2012 erfolgte. Eine weitere Konzession läuft in 2013 aus. Der Verlust eines Konzessionsgebiets kann einen Ertragswertnachteil verursachen.

Zusätzlich besteht das Risiko, dass die Kunden vermehrt zu dem Vertrieb des neuen Konzessionsnehmers wechseln, sofern dieser einen eigenen Vertrieb hat. Wir begegnen diesem Risiko unter anderem mit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kommunen, unserem kulturellen und sozialen Engagement, einer hohen Präsenz vor Ort, unserem erstklassigen Service sowie einer herausragenden Versorgungsqualität.

Politische Risiken

Am 1. Januar 2011 ist das Kernbrennstoffsteuergesetz in Kraft getreten. Es sieht eine Steuer von 145 € pro eingesetztem Gramm Kernbrennstoff vor. Die Steuer soll von 2011 bis 2016 erhoben werden. Die erheblichen Belastungen für unser Ergebnis haben wir in unseren Planungen vollständig berücksichtigt. Die von den KKW-Betreibergesellschaften eingereichten Klagen zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer bedürfen noch einer höchstrichterlichen Entscheidung.

Für die Endlagerung von hochradioaktivem Abfall wurde in Deutschland bisher keine endgültige Regelung getroffen. Auf Grundlage eines noch zu verabschiedenden Standortauswahlgesetzes (Endlagersuchgesetz) soll ein geeigneter Standort ermittelt werden. Gemäß der Verordnung über Voraussetzungen für die Einrichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle (Endlager VIV) sind die aktuell nicht zu beziffernden Kosten für die Erkundung von Lagerstätten von kernkraftnutzenden Unternehmen zu tragen. Die rechtliche Verpflichtung der Betreiber, die Kosten einer zu Grunde genommenen Alternativstandortsuche zu tragen, ist strittig. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die Kostenverrechnung für die der ZEAG zur Verfügung stehenden nuklearen Erzeugungskapazitäten durch Kosten der Erkundung und des Ausbaus von Endlagerstätten sowie der Endlagerung erheblich belastet werden könnten.

Gemäß dem im Jahr 2009 novellierten Wasserhaushaltsgesetz sollen bestehende Länderverordnungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Anlagen (VAwS) abgelöst und durch eine bundeseinheitliche Verordnung (AwSV) ersetzt werden. Nach dem voraussichtlichen Inkrafttreten Mitte 2013 kann daraus resultierend mittel- bis langfristig ein potenzieller Nachrüstbedarf für Anlagen insbesondere im Netzbereich entstehen.

Weiterhin sehen wir Risiken in der zunehmenden Belastung der Strom- und Gaspreise durch staatliche und staatlich induzierte Lasten, insbesondere in der weiteren Entwicklung der EEG-Umlage. Hier treffen uns auf der Kostenseite Belastungen, die wir zum Teil nur zeitlich verzögert an die Kunden weitergeben können.

Regulatorische Risiken

Im Rahmen der Anreizregulierung werden für alle Strom- und Gasnetzbetreiber in Deutschland individuelle Erlösbergrenzen für die Netznutzungsentgelte in der jeweiligen Regulierungsperiode festgelegt. Für die Regulierungsperiode der Gasnetze ab 2013 sowie der Stromnetze ab 2014 haben wir fristgerecht in 2011 bzw. 2012 die Anträge zur Kostenprüfung eingereicht. Risiken bestehen dahingehend, dass die gegenüber der letzten Kostenprüfung aufgrund der Investitionstätigkeit gestiegenen und in der Planung erlössteigernd berücksichtigten Kosten nicht in vollem Umfang durch die Regulierungsbehörde anerkannt werden.

Die weitere Ausgestaltung der Anreizregulierung und die Einführung weiterer möglicher Regulierungsmaßnahmen seitens der Bundesnetzagentur beziehungsweise der für uns zuständigen Landesregulierungsbehörde verfolgen wir weiterhin aufmerksam.

Rechtliche Risiken

Risiken bestehen auch im Themenkomplex Preisanpassungsklauseln. Die im ZEAG-Konzern verwendeten Preisanpassungsklauseln wurden der jeweils aktuellen Rechtsprechung angepasst. Nach wie vor fehlt es aber an einer umfassenden höchstrichterlichen Rechtsprechung, welche alle anstehenden Fragen klärt, so dass Risiken aus der Fortentwicklung der Rechtsprechung nicht ausgeschlossen werden können.

Operative Risiken

Der Betrieb technischer Erzeugungs- und Verteilungsanlagen unterliegt dem Risiko von Betriebsstörungen und Ausfällen. Wir begegnen diesen Risiken durch regelmäßige Wartung unserer Anlagen und Netze, Schulung und Qualifizierung des Servicepersonals und Versicherung gegen eintretende Schadensfälle in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang. Risiken ergeben sich im Gasbereich zunehmend aus möglichen Differenzen aus bezugsseitig abrechnungsrelevanten Allokationen und dem tatsächlichen Energieverbrauch unserer Kunden.

Wirtschaftliche Risiken bestehen auch bei den geplanten Investitionen zur Energiewende. Grundsätzlich werden auch hier nur Investitionen getätigt, die sich im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsberechnungen als vorteilhaft darstellen. Die Risiken resultieren hier beispielsweise aus einer verzögerten Fertigstellung, welche gemäß der

EEG-Systematik zu abgesenkten Einspeisevergütungen führen kann, aus unter den Prognosen liegenden Darboten von Wind bzw. Sonne oder aus erhöhter Reparaturanfälligkeit mit entsprechend höheren Kosten für Wartung und Instandhaltung.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aus dem operativen Geschäft ergeben sich Zinsrisiken sowie Kurs- und Preisänderungsrisiken. Zinsrisiken begegnen wir durch Anlage freier liquider Mittel zu einem Festzinssatz über einen festen Zeitraum. Den Anlageentscheidungen liegt die jeweils gültige Treasury-Richtlinie zugrunde. Ziel dieser Richtlinie ist es unter anderem, das Unternehmen gegen finanzielle Risiken abzusichern. Bei weiterhin volatilen Notierungen an den Finanzmärkten könnte es zu weiteren Abschreibungen auf Wertpapiere in unserem Wertpapierdepot bzw. Wertpapierspezialfonds kommen. Aufgrund der Entwicklung der Finanzmärkte ist eine Kurssicherung unter Berücksichtigung des Marktumfelds und der deshalb erhöhten Risikoprämien gegenwärtig wirtschaftlich nicht sinnvoll darstellbar. Bei einer Änderung des Marktumfelds wird eine Kurssicherung geprüft und ggf. wieder aufgenommen. Risikominimierend wirkt die geänderte, bereits in erheblichem Umfang umgesetzte Anlagestrategie, nach welcher mittelfristig Aktien und ähnliche Anlagen in risikoärmere Finanzanlagen umgeschichtet werden.

Aufgrund der Vorschriften der Grundversorgungsverordnung ist der Konzern verpflichtet, im Rahmen der Grundversorgung jedermann im Versorgungsgebiet mit elektrischer Energie bzw. Erdgas zu versorgen. Soweit die Versorgung außerhalb der Bestimmungen zur Grundversorgung erfolgen soll, wird der Kunde einer Bonitätsprüfung unterzogen. Bei Zweifeln an der Bonität erfolgt die Energielieferung nach Leistung einer Vorauszahlung.

Um die Kreditrisiken zu steuern, erfolgt eine laufende Überwachung der Forderungsbestände, so dass der Konzern keinen wesentlichen Ausfallrisiken ausgesetzt ist.

Chancen

Die Geschäftstätigkeit des ZEAG-Konzerns und Entwicklungen im Umfeld eröffnen kontinuierlich Chancen für das Unternehmen. Sie können beispielsweise von Weichenstellungen in der Energiepolitik bis hin zum einzelnen Verbesserungsvorschlag eines Mitarbeiters im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens reichen. Chancen tragen zum Unternehmenserfolg bei, wenn sie möglichst frühzeitig erkannt und effektiv genutzt werden. Dabei stellen sie häufig die Gegenposition zu entsprechenden Risiken dar.

Eine dauerhafte unternehmensstrategische Chance beruht auf dem partnerschaftlichen Ansatz, den die ZEAG bei der Zusammenarbeit mit ihren

9. Prognosebericht

Marktpartnern vor Ort traditionell verfolgt. Die starke Position der ZEAG in ihrem Versorgungsgebiet stützt sich dabei auf deren regionale Verankerung. Aufbauend auf dieser Grundlage wollen wir dem Wettbewerb durch eine Ausweitung unserer Aktivitäten begegnen und Wachstumschancen, sowohl im Wettbewerb um Konzessionen als auch im Endkundenmarkt, aktiv nutzen.

Weitere unternehmensstrategische Chancen eröffnen sich für die ZEAG aus ihrem Selbstverständnis, über die klassische Rolle als Versorger hinaus Energieberater und Energiedienstleister zu sein. Neben den bereits aktiv vermarkteten Dienstleistungen im Bereich erneuerbarer Energien wird hier künftig das Thema Energieeffizienz von wachsender Bedeutung sein und neue Wachstumspotenziale eröffnen.

Durch die Energiewende ergeben sich aber auch Chancen, da neben der Bundespolitik insbesondere auch die Landesregierung verbesserte Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien verabschiedet hat und auch die Bereitschaft der Bevölkerung zunimmt, eventuelle Beeinträchtigungen durch erneuerbare Erzeugungsanlagen zu akzeptieren. Nach dem erfolgreichen Aufbau von PV-Anlagen wollen wir die verbesserten Rahmenbedingungen nutzen, um in der Region – im Konsens und unter Beteiligung der Bürger – den Ausbau von erneuerbaren Erzeugungskapazitäten vornehmlich durch Windenergieanlagen voranzutreiben.

In unserem Prognosebericht gehen wir, soweit möglich, auf die erwartete künftige Entwicklung der ZEAG Energie AG, des ZEAG-Konzerns und des Umfelds des Unternehmens sowie des Konzerns in den nächsten zwei Geschäftsjahren ein.

Künftige gesamtwirtschaftliche Situation

Die deutsche Wirtschaft konnte im Jahr 2012 mit einem Anstieg des BIP um 0,7 % ihren Wachstumskurs fortsetzen und konnte damit ein auf Höhe der Vorjahresprognose der Bundesregierung liegendes Wachstum erzielen. Dass dieses Ergebnis vor dem Hintergrund eines Finanzierungsüberschusses im Staatssektor sowie einer unter den Prognosen liegenden Entwicklung in den übrigen Euroländern erzielt werden konnte, zeigt die robuste Verfassung der deutschen Wirtschaft. Allerdings hat im Jahresverlauf die konjunkturelle Dynamik kontinuierlich nachgelassen. Nach Ansicht der Bundesregierung wird sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft in 2013 wieder verstärken. Es wird ein Zuwachs des BIP von 0,4 % prognostiziert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet für 2013 einen Anstieg der volkswirtschaftlichen Leistung um 0,9 % sowie ein noch kräftigeres Wachstum von 2,2 % in 2014. Weiterhin schwächer als die deutsche Wirtschaft dürfte sich der Euroraum entwickeln. Eurostat prognostiziert hier einen Anstieg des BIP um 0,1 % in 2013 sowie um 1,4 % für 2014.

Die Jahre 2009 und 2010 haben gezeigt, dass starke Schrumpfungs- bzw. Wachstumsphasen der Wirtschaft einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Energieverbrauch der Industrieunternehmen haben. In den Jahren 2011 und 2012 wurden bei unseren Industriekunden die verbrauchssteigernden Einflüsse des Wirtschaftswachstums durch kundenspezifische Entwicklungen sowie erhöhte Energieeffizienz überkompensiert. Bei den Privatkunden werden hingegen Änderungen im Energieverbrauch in wesentlichem Umfang durch Witterungseffekte beeinflusst. Inzwischen wird jedoch auch bei diesen durch eine erhöhte Energieeffizienz ein rückläufiger Strombedarf erwartet. Per Saldo gehen wir in den beiden folgenden Jahren von einem geringfügigen Rückgang beim Strom- und Gasverbrauch unserer Kunden aus. Vor diesem Hintergrund und angesichts der auch global nachlassenden Wachstumsdynamik sowie der zunehmenden Einspeisung von erneuerbaren Energien werden die Großhandelspreise für Strom voraussichtlich auf dem erreichten niedrigen Niveau verbleiben. Lediglich am Spotmarkt könnte der zunehmende Anteil der stark fluktuierenden erneuerbaren Energien zu einer erhöhten Volatilität der Notierungen führen.

Künftige Auswirkungen der Energiepolitik

Wie das Jahr 2011 gezeigt hat, können energiepolitische Entscheidungen unsere Geschäftsentwicklung sowohl kurzfristig wie auch langfristig in ganz erheblichem Umfang beeinflussen. Aktuell beschäftigt sich die deutsche Politik angesichts des massiven Anstiegs der EEG-Umlage intensiv mit der Frage, wie der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien zu vertretbaren Kosten gestaltet werden kann. Während es der Umweltminister für unwahrscheinlich hält, dass eine Komplettreform des EEG bis zur Bundestagswahl möglich ist, fordert der Wirtschaftsminister eine grundlegende Reform mit mehr Markt und Wettbewerb noch in der laufenden Legislaturperiode. Da es zumindest auf absehbare Zeit in Baden-Württemberg nicht möglich sein wird, ohne die flankierende Unterstützung des EEG Windenergieanlagen wirtschaftlich zu betreiben, ist die künftige Ausgestaltung des EEG für die Umsetzung unserer diesbezüglichen Strategie von zentraler Bedeutung.

Künftige Entwicklung des Unternehmens und des Konzerns

Im Geschäftsjahr 2011 haben wir die strategische Neupositionierung unserer Vertriebsaktivitäten beschlossen und 2011/2012 sukzessive umgesetzt. Damit wurden unter anderem auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, unsere Kunden auch außerhalb unseres traditionellen Versorgungsgebiets wettbewerbsfähig und effizient beliefern zu können. Im Geschäftsfeld Strom konnten wir im abgelaufenen Geschäftsjahr bei den Privatkunden bereits wechselbedingte Absatzverluste durch Neukundenakquise teilweise kompensieren. Aufgrund des anhaltend hohen Wettbewerbsdrucks sowie effizienzbedingt rückläufigen spezifischen Absatzmengen erwarten wir in den nächsten beiden Jahren begrenzt rückläufige Absatzmengen in diesem Kundensegment. Im Segment der Industrie- und Gewerbekunden ist der Erfolg unserer Strategie bereits deutlich sichtbar; im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte hier die Talsohle durchschritten werden. Die für das Jahr 2013 geplanten und auch bereits vollständig vertraglich fixierten Absatzmengen liegen deutlich über dem Vorjahreswert. Auch für das Jahr 2014 erwarten wir einen weiter zunehmenden Stromabsatz.

Im Geschäftsbereich Gas erwarten wir durch die weitere Verdichtung unseres Versorgungsnetzes, Maßnahmen zur Kundenrückgewinnung sowie die Fort-

führung der Akquisition von Kunden außerhalb des Stammgebiets eine moderate Absatzsteigerung.

In unsere Netze, weitere Erzeugungskapazitäten und in sonstige Anlagegüter wollen wir im Konzern einschließlich eines vorgesehenen Beteiligungserwerbs im Bereich der erneuerbaren Energien in den Jahren 2013 und 2014 rund 104 Mio. € investieren. Davon sind rund 73 Mio. € für den Aufbau von erneuerbaren Erzeugungskapazitäten vorgesehen. Schwerpunkt der diesbezüglichen Investitionstätigkeit sind Windenergieanlagen in unserer Heimatregion Heilbronn-Franken, welche eine zentrale Rolle in unserer strategischen Zielsetzung zur Kompensation der zukünftig entfallenden Erzeugung von GKN einnehmen. Die Realisierung erfolgt durch bereits gegründete bzw. in Gründung befindliche Gesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG, an welcher sich neben den Kommunen auch die Bürger über Bürgerenergiegenossenschaften beteiligen können. Zudem beabsichtigen wir, unser Heizwerk am ehemaligen Firmensitz in der Badstraße zu erneuern und durch eine moderne Kraft-Wärme-Kopplungsanlage zu ergänzen, wofür in den nächsten beiden Jahren bereits erhebliche Mittel vorgesehen sind.

Für die Jahre 2013 und 2014 erwarten wir gegenüber 2012 ein jeweils deutlich verbessertes Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit. Ursächlich hierfür sind

insbesondere günstigere Gestehungskosten in den uns zur Verfügung stehenden Kraftwerken. Allerdings kann das Ergebnis nicht an frühere Jahre anknüpfen, da die Erzeugungsmargen insbesondere durch die Kernbrennstoffsteuer, aber auch durch das niedrige Strompreisniveau an den Strombörsen in den kommenden Jahren belastet sein werden. Diese Belastungen können auch in naher Zukunft nicht vollständig durch die im Aufbau befindlichen erneuerbaren Erzeugungskapazitäten kompensiert werden. Positive Auswirkungen auf unser operatives Ergebnis erwarten wir hingegen aus effizienzsteigernden Maßnahmen.

Im Rahmen unserer langfristigen Anlagestrategie beabsichtigen wir, den Aktienanteil unseres Wertpapierbestands weiter zu reduzieren. Die frei werdenden Mittel werden zur Finanzierung der geplanten Investitionen verwendet, so dass künftig mit einem geringeren Finanzergebnis zu rechnen ist. Im Jahr 2013 erwarten wir für den ZEAG-Konzern bei Umsatzerlösen in Höhe von ca. 165 Mio. € ein Ergebnis vor Steuern von rund 17 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2014 sollte ein weiter verbessertes Ergebnis erreicht werden können, da zum einen die insbesondere investitionsbedingt erhöhten Aufwendungen im Stromnetz zu einer

entsprechend höheren Erlösobergrenze in der zweiten Anreizregulierungsperiode führen sollten und auch erstmalig Umsatz- und Ergebnisbeiträge aus den in Planung befindlichen Windenergieanlagen erwartet werden.

Wie in den Vorjahren wird die ZEAG Energie AG auch in 2013 gegenüber dem Konzernergebnis von den wesentlich höheren handelsrechtlichen Kursreserven profitieren können. Bei geplanten Umsatzerlösen von 157 Mio. € erwarten wir für die ZEAG Energie AG ein verbessertes Ergebnis vor Steuern von rund 19 Mio. €. Wie im ZEAG-Konzern sollte auch für die AG in 2014 eine weitere Verbesserung des Ergebnisses möglich sein. Wir gehen deshalb davon aus, auch weiterhin eine angemessene Dividende ausschütten zu können.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der ZEAG beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen.

Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft wesentlich von den hier abgegebenen Einschätzungen abweicht. Die ZEAG übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.



10. Vergütungsbericht

Vergütung des Vorstands

2012 (alle Beträge in T€)	Erfolgsunabhängige Vergütung	Sonstiges	Erfolgsbezogene Vergütung*	Gesamt
Eckard Veil	205	11	52	268
	205	11	52	268

* Rückstellung per 31.12.2012, abzüglich Auflösung Rückstellung Vorjahr

Die Struktur des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen der Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Angemessenheit der Vergütung wird regelmäßig überprüft.

Der Aufsichtsrat hat am 25. März 2011 ein geändertes Vergütungssystem beschlossen, welches für Neu- und Wiederbestellungen ab 2011 Gültigkeit hat. Es setzt sich aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente zusammen. In seiner Sitzung vom 12. März 2012 hat der Aufsichtsrat die Regelungen zum erfolgsabhängigen Teil der Vergütung für das Geschäftsjahr 2012 konkretisiert und

als Bemessungsgrundlage individuelle sowie den ZEAG-Konzern betreffende Ziele definiert.

Der erfolgsunabhängige Teil der Vergütung umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltstauglich ist, sowie sonstige Bezüge.

Die erfolgsabhängige Vergütung beträgt höchstens 45 % des Jahresgrundgehalts und orientiert sich an der Zielerreichung im Geschäftsjahr. Der sich hieraus ergebende Tantiemanspruch wird zu 75 % im Folgejahr ausbezahlt. Die restlichen 25 % werden nach Feststellung des Jahresabschlusses des 2. Folgejahres ausgezahlt.

Neben der festen und variablen Vergütung werden dem Vorstand als Nebenleistungen ein Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung gewährt und ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt.

Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden dem Vorstand Leistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung gewährt. Dabei handelt es sich um Leistungen, die bei Erreichen der Altersgrenze von 65 Lebensjahren, im Falle einer dauerhaften Arbeits-

unfähigkeit sowie bei Tod an die Hinterbliebenen erbracht werden.

Für die Ansprüche des Vorstands hat die Gesellschaft Rückstellungen gebildet. Die hierfür im Konzernabschluss 2012 berücksichtigten Kosten der erworbenen Versorgungsansprüche (Dienstzeit- und Zinsaufwand) beliefen sich auf insgesamt 84 T€. Der Barwert des Verpflichtungsumfanges zum 31. Dezember 2012 lag bei 179 T€. Die nach den handelsrechtlichen Bestimmungen ermittelte Rückstellung im Einzelabschluss der ZEAG Energie AG beträgt zum 31. Dezember 2012 131 T€.

Der Verpflichtungsumfang für frühere Mitglieder des Vorstands lag im Konzern zum 31. Dezember 2012 bei 5.568 T€ (Einzelabschluss nach HGB 4.798 T€). An ehemalige Vorstandsmitglieder erfolgten Zahlungen in Höhe von 361 T€.

Weitergehende Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit sind dem Vorstand nicht zugesagt worden.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden keine Kredite an Mitglieder des Vorstands gewährt.

11. Erläuternder Bericht des Vorstands zu den Angaben nach §§ 289 Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) hat u. a. die §§ 289, 315 HGB sowie §§ 120, 175 AktG geändert. Danach sind wir als kapitalmarktorientierte Gesellschaft verpflichtet, die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bzw. den Konzernrechnungslegungsprozess zu beschreiben. Die nachstehenden Erläuterungen beziehen sich sowohl auf den ZEAG-Konzern als auch auf die ZEAG Energie AG.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess gesetzlich nicht definiert. Nach der Gesetzesbegründung des BilMoG umfasst das interne Kontrollsystem die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das interne Revisionssystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht.

Wir verstehen das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der

Geschäftstätigkeit, zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie zur Einhaltung der für das Unternehmen geltenden rechtlichen Vorschriften. Wir lehnen uns dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. an.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken unternehmerischer Betätigung.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das interne Kontroll- und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses (z. B. Finanzbuchhaltung, Controlling und interne Revision) sind eindeutig zugeordnet.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sind in einem Handbuch bzw. adäquaten Richtlinien niedergelegt, welche in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst werden.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachten wir folgende Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich für die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichts:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess;
- Monitoringkontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und deren Ergebnisse auf Ebene des Vorstands sowie der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften;
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen des Konzerns und der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften sowie in den operativen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht bereitstellen;
- Maßnahmen, die die ordnungsgemäße EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen;
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems.

12. Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Der Aufsichtsrat befasst sich u. a. mit wesentlichen Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, des Prüfungsauftrages und seinen Schwerpunkten.

Mit dem internen Kontroll- und Risikomanagementsystem der ZEAG Energie AG soll sichergestellt werden, dass die Rechnungslegung bei der ZEAG Energie AG sowie bei allen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften einheitlich erfolgt und im Einklang mit den rechtlichen und gesetzlichen Vorgaben sowie den internen Leitlinien steht. Insbesondere hat das konzerneinheitliche Risikomanagementsystem, das den gesetzlichen Anforderungen entspricht, die Aufgabe, Risiken rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und angemessen zu kommunizieren.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem, dessen wesentliche Merkmale zuvor beschrieben wurden, soll im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sicherstellen, dass unternehmerische Sachverhalte bilanziell richtig erfasst, aufbereitet und gewürdigt und so in die externe Rechnungslegung übernommen werden.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft in Höhe von 19.400.000€ ist eingeteilt in 3.778.000 nicht einzeln verbriefte, voll stimmberechtigte Inhaber-Stückaktien. Eine Stückaktie entspricht rechnerisch einem Anteil von jeweils 5,13€ am gezeichneten Kapital.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG ist über folgende Gesellschaften unmittelbar und mittelbar am Konzern ZEAG Energie AG beteiligt:

Beteiligungsverhältnisse

- 87,26% EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart
- 11,00% EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands obliegt gemäß § 84 AktG dem Aufsichtsrat. Diese Kompetenz wird in § 6 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Gesellschaft abgebildet. Das Recht zu Satzungsänderungen liegt gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG bei der Hauptversammlung; die entsprechenden konkretisierenden Verfahrensregeln sind in den §§ 179, 181 AktG enthalten. Aus Praktikabilitäts Gesichtspunkten wurde die Kompetenz zu Änderungen der Satzung, die lediglich die Fassung betreffen, dem Aufsichtsrat übertragen.

Diese durch § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG gesetzlich eröffnete Möglichkeit wurde in § 12 Abs. 6 der Satzung verankert.

Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Beschlüsse zur Ausgabe neuer Aktien oder zu deren Rückkauf sind nicht gefasst.

Darüber hinaus liegen keine weiteren nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB berichtspflichtigen Sachverhalte vor.

13. Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 a HGB

Als börsennotierte Aktiengesellschaft sind wir verpflichtet, eine Erklärung zur Unternehmensführung abzugeben und wahlweise durch Aufnahme in den Lagebericht oder auf der Internetseite der Gesellschaft öffentlich zugänglich zu machen.

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a HGB Abs. 1

Satz 3 wird auf unserer Homepage „www.zeag-energie.de“ unter „Unternehmen“ – „Investor Relations“ – „Corporate Governance“ veröffentlicht und ist dort abrufbar.

Heilbronn, 14. Februar 2013

ZEAG Energie AG

Der Vorstand



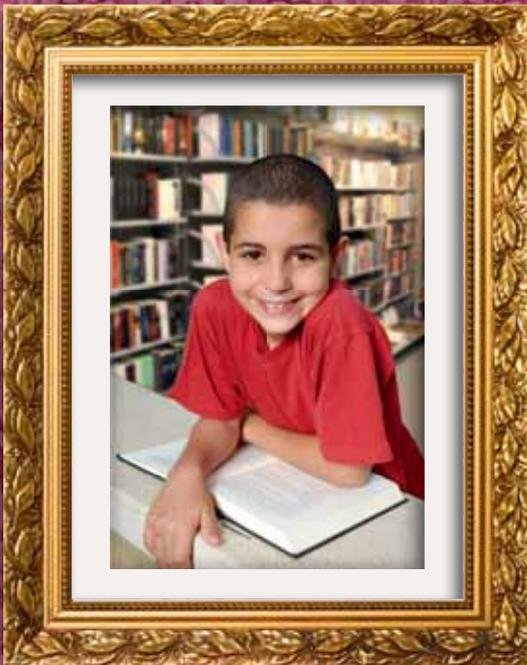




Persönlich!

Das Handeln des ZEAG-Konzerns ist geprägt von gesellschaftlicher Verantwortung. Das Engagement ist vielfältig und reicht von der Unterstützung bis zur Teilhabe an Sport, Kultur und Aktivitäten, die der Gesellschaft nützen.

Willkommen daheim.



Erklärung zur Unternehmensführung

einschließlich
Corporate Governance Bericht

Eine verantwortungsbewusste und transparente Unternehmensführung stärkt nach unserer Überzeugung das Vertrauen von Anlegern, Kunden, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit in das Unternehmen. Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG bekennen sich aus diesem Grunde zu guter Corporate Governance als einem wichtigen Bestandteil der Unternehmenskultur. Dies drückt sich vor allem in einer verantwortungsvollen Führung und Überwachung des Unternehmens aus, die auf Bestandserhaltung und nachhaltige Wertsteigerung ausgerichtet ist und dabei im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft steht. Die ZEAG Energie AG entspricht daher, von wenigen unternehmensspezifischen Ausnahmen abgesehen, auch den Empfehlungen des von der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex im Jahr 2002 entwickelten und zuletzt in der Fassung vom 15. Mai 2012 überarbeiteten Deutschen Corporate Governance Kodex.

Die Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex bei der ZEAG Energie AG wurde wie in den vergangenen Jahren durch den Vorstand überwacht. Er berichtete in der Sitzung des Aufsichtsrats am 4. März 2013 ausführlich über die Corporate Governance der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2012. Nach eingehender Erörterung verabschiedeten Vorstand und

Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung für das Geschäftsjahr 2012, die am Ende dieses Berichts wiedergegeben wird.

Die nicht mehr aktuellen Entsprechenserklärungen zum Kodex hält die Gesellschaft entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex fünf Jahre lang auf ihrer Internetseite www.zeag-energie.de unter „Investor Relations“ zugänglich.

Vorstand und Aufsichtsrat

Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand orientiert sich am Wohl des Unternehmens und ist Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft.

Der Vorstand der ZEAG Energie AG leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Es ist seine Aufgabe, die ZEAG Energie AG und ihre Konzerngesellschaften und Beteiligungen strategisch zu führen. Seit der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2008 besteht der Vorstand in Übereinstimmung mit § 6 Abs. 1 der Satzung mit Ausnahme von Übergangsphasen im Zuge eines Vorstandswechsels aus einer Person. Der Vorstand der Gesellschaft, Herr Eckard Veil, gehört dem Vorstand der Gesellschaft seit dem 1. April 2011 an. Bei der Führung des Unternehmens wird der Vorstand durch zwei Prokuristen unterstützt. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft allein. Die Prokuristen vertreten die Gesellschaft

jeweils gemeinsam mit dem Vorstand oder einem anderen Prokuristen.

Für Vorstandsmitglieder besteht bei der ZEAG Energie AG eine Altersgrenze von 63 Jahren. Beim Vorstand traten im Geschäftsjahr 2012 keine Interessenkonflikte auf. Der Vorstand nahm keine Aufsichtsratsmandate bei konzernexternen börsennotierten Gesellschaften wahr. Die vom Vorstand wahrgenommenen Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien von nicht börsennotierten Gesellschaften sind auf Seite 123 des Geschäftsberichts aufgeführt.

Der Vorstand der ZEAG Energie AG achtet bei der Besetzung von Führungspositionen auf Vielfalt und strebt dabei insbesondere auch eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an. Bei der ZEAG Energie AG bedeutet Vielfalt unter anderem, unterschiedliche Lebenswelten und -phasen unserer Führungskräfte zu beachten und als Bereicherung zu fördern. Eine Erhöhung des Anteils weiblicher Führungskräfte wurde auch in den strategischen Personalzielen des EnBW-Konzerns verankert. Auch der Vorstand hält es für sinnvoll und erstrebenswert, Frauen auf allen Hierarchieebenen einzusetzen und unterstützt deshalb diese Initiative. Um den Anteil von Frauen auf allen Führungsebenen sukzessive zu erhöhen, wird darauf geachtet, dass

in der Endauswahl für die Führungsebenen bis einschließlich Mittleres Management mindestens eine geeignete Kandidatin ist.

Der Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG besteht aus neun Mitgliedern. Sechs Mitglieder werden von den Aktionären nach dem Aktiengesetz und drei Mitglieder von den Arbeitnehmern nach dem Drittelbeteiligungsgesetz gewählt. Nähere Informationen zum Aufsichtsrat und seinen Mitgliedern werden auf den Seiten 8 bis 13 und 122 bis 123 des Geschäftsberichts gegeben.

Wesentliche Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, entsprechend der dualen Führungs- und Kontrollstruktur des deutschen Aktienrechts, den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens fortlaufend zu beraten und zu überwachen. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Wesentliche Aspekte der Zusammenarbeit im Gremium hat der Aufsichtsrat in einer Geschäftsordnung festgelegt. Der Aufsichtsrat wird nach dieser Geschäftsordnung nach Bedarf – mindestens jedoch zweimal im Kalenderhalbjahr – zu Sitzungen einberufen, welche vom Vorsitzenden geleitet werden. Der Vorstand nimmt grundsätzlich an den Sitzungen teil, soweit der Aufsichts-

ratsvorsitzende nichts anderes bestimmt. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend entsprechend den Regelungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats insbesondere über die in § 90 AktG aufgeführten Gegenstände. Ferner berichtet er über alle wesentlichen Finanzkennzahlen und Risiken der Gesellschaft und des Konzerns und über deren Entwicklung, die Strategie, die Planung, das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem, die Compliance sowie über sonstige wichtige Anlässe. Die Berichte werden in der Regel in Textform erstattet. Darüber hinaus informiert der Vorstand in den Sitzungen des Aufsichtsrats mündlich. Bestimmte Geschäfte und Maßnahmen des Vorstands, die in einem Katalog in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt sind, bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Neben der Festlegung der jährlichen Unternehmensplanung betrifft der auf den ZEAG-Konzern bezogene Katalog insbesondere verschiedene Geschäfte des laufenden Betriebs wie Investitionen, Finanzgeschäfte und wichtige operative Verträge sowie außerordentliche Aktivitäten, die teils generell, teils ab jeweils festgelegten Wertgrenzen der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats regelt ferner die Beschlussfassung im Aufsichtsrat nach dem Mehrheitsprinzip, wobei die Stimme des Auf-

sichtsratsvorsitzenden gemäß § 12 Abs. 4 der Satzung bei Stimmengleichheit den Ausschlag gibt. Auf Anordnung des Aufsichtsratsvorsitzenden können Beschlüsse auch außerhalb von Sitzungen gefasst werden, sofern dem nicht eine Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder widerspricht. Über die Schwerpunkte seiner Tätigkeit und den Inhalt der Beratungen im Geschäftsjahr 2012 informiert der Aufsichtsrat ausführlich in seinem Bericht auf den Seiten 8 bis 13 des Geschäftsberichts.

Zur Steigerung der Effizienz seiner Arbeit und zur Beratung über komplexe Sachverhalte hat der Aufsichtsrat fachlich qualifizierte Ausschüsse gebildet. Eingerichtet sind ein Personalausschuss, ein Prüfungsausschuss sowie ein Nominierungsausschuss. Die Ausschüsse des Aufsichtsrats waren im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt besetzt: Dem Personalausschuss gehörten die jeweiligen im Berichtszeitraum amtierenden Aufsichtsratsvorsitzenden Herr Dr. Thomas Gößmann (bis 2. März 2012) bzw. Herr Dr. Dirk Mausbeck (ab 8. Mai 2012) als Ausschussvorsitzende sowie die Aufsichtsratsmitglieder Walter Böhmerle und Helmut Engelhardt an. Mitglieder des Prüfungsausschusses sind die Aufsichtsräte Walter Böhmerle (Ausschussvorsitzender), Gerhard Kleih

und Steffen Pfisterer. Der gemäß Ziffer 5.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex aus Vertretern der Anteilseigner gebildete Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats besteht aus den im Geschäftsjahr amtierenden Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Thomas Gößmann (bis 2. März 2012) bzw. Dr. Dirk Mausbeck (ab 8. Mai 2012) als jeweilige Ausschussvorsitzende sowie den Aufsichtsratsmitgliedern Walter Böhmerle und Helmut Himmelsbach. Über die Arbeit der vom Aufsichtsrat gebildeten Ausschüsse wird im Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 8 bis 13 des Geschäftsberichts näher informiert. Der Vorsitzende eines Ausschusses oder ein beauftragtes Mitglied berichten in den Sitzungen des Plenums des Aufsichtsrats über die Beschlüsse, Empfehlungen und Ergebnisse des jeweiligen Ausschusses. Die Verfahrensregelungen der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat gelten auch für die Ausschüsse des Aufsichtsrats. Der Vorstand nimmt an den Sitzungen der Ausschüsse teil, soweit der Vorsitzende des jeweiligen Ausschusses dies wünscht.

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Walter Böhmerle, Mitglied des Vorstands der EnBW Regional Aktiengesellschaft, verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und

internen Kontrollverfahren. Er ist unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied der ZEAG Energie AG. Damit wird bei der ZEAG Energie AG die entsprechende Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex beachtet, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied sein sollte, dessen Bestellung vor weniger als zwei Jahren endete.

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der Aufsichtsrat mit den Unabhängigkeitskriterien des Aktiengesetzes und des Deutschen Corporate Governance Kodex, insbesondere dessen Änderungen, befasst. Dabei ist er zu der Einschätzung gelangt, dass diese nach wie vor erfüllt werden, ihm insbesondere eine angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehören. Die Aufsichtsratsmitglieder üben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens aus. Zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Gesellschaft existierten im abgelaufenen Geschäftsjahr zudem keine Berater- oder sonstigen Dienstleistungs- bzw. Werkverträge.

Der durch Beschluss des Amtsgerichts Stuttgart am 22. September 2009 zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellte und durch die Hauptversammlung am 4. Mai 2010 auf Vorschlag des Mehrheitsaktionärs EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH gewählte Herr

Klaus Brändle gehörte dem Vorstand der ZEAG Energie AG in der Zeit vom 1. Oktober 2007 bis zum 6. Mai 2008 an. Ansonsten gehörten dem Aufsichtsrat der Gesellschaft im Berichtsjahr keine ehemaligen Vorstandsmitglieder an. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats ist festgelegt, dass bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung darauf geachtet wird, dass die Wahlbewerber zum Zeitpunkt der Wahl nicht älter als 70 Jahre sind. Der Aufsichtsrat achtet bei seinen Vorschlägen an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern auf die zur Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie auf die Berücksichtigung der zuvor genannten Vorgaben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden bei den für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durch die Gesellschaft angemessen unterstützt. Die ZEAG Energie AG informiert sie beispielsweise regelmäßig über aktuelle rechtliche oder finanzwirtschaftliche Entwicklungen sowie bedarfsgerecht über die für ihre Aufsichtsratsstätigkeit relevanten Themen.

Die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sowie freiwillig aufgestellten Grundsätzen

und konzerninternen Richtlinien (Compliance) bestimmen das Handeln des Vorstands und des Aufsichtsrats der ZEAG Energie AG. Der Vorstand hat sich im vergangenen Jahr fortlaufend mit Compliance-Themen befasst und diese mit dem Aufsichtsrat bzw. dem Prüfungsausschuss eingehend erörtert. Im nachfolgenden Kapitel wird näher auf die Compliance bei der ZEAG Energie AG eingegangen. Dort sind auch die wesentlichen relevanten Unternehmensführungspraktiken angegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen und die Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hinaus angewandt werden.

Weitere Informationen zur Arbeitsweise des Vorstands und des Aufsichtsrats und dessen Ausschüsse können dem Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 8 bis 13 des Geschäftsberichts, sowie den §§ 6 bis 14 und 20 der Satzung der Gesellschaft entnommen werden, die auf der Internetseite der ZEAG Energie AG (www.zeag-energie.de) im Bereich „Das Unternehmen“ unter der Rubrik „Investor Relations“ und dort im Abschnitt „Corporate Governance“ allgemein zugänglich sind.

Compliance

Die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und unternehmensinterner Richtlinien (Compliance) ist zentrales Element der Leitung und Überwachung bei der ZEAG Energie AG geworden. Als Bestandteil einer risikopräventiven Strategie hat sich die ZEAG Energie AG den Aktivitäten der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) im Bereich der Compliance angeschlossen. Die ZEAG Energie AG ist als Unternehmen im EnBW-Konzernverbund in das konzernweite Compliance-System der EnBW eingebunden. Der Bereich Corporate Compliance verantwortet die konzernweiten Maßnahmen, wie beispielsweise die Vermeidung von Korruption, Kartellrechtsverstößen und Vertraulichkeitsverletzungen. Zusätzlich hat der Bereich Corporate Compliance im Sommer 2012 die Zuständigkeit für den Datenschutz übernommen. Ferner sind Schnittstellen zu der internen Revision, dem internen Kontrollsystem und dem Risiko- und Krisenmanagement eingerichtet.

Die Gesamtverantwortung für Compliance bei der ZEAG Energie AG obliegt dem Vorstand. Der Vorstand wiederum wird dabei vom Aufsichtsrat beraten und überwacht.

Am 15. November 2011 war bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft unter anderem gegen ein ehemaliges Vorstandsmitglied und einen Mitarbeiter der ZEAG Energie AG Ermittlungsverfahren wegen Bestech-

lichkeit im geschäftlichen Verkehr führt. Den Beschuldigten wird zur Last gelegt, einem Bauunternehmer, der ihnen Vorteile gewährt haben soll, in Ausschreibungen durch Weitergabe vertraulicher Informationen Vorteile in den jeweiligen Vergabeverfahren verschafft zu haben. Der amtierende Vorstand und der Aufsichtsrat haben die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vollumfänglich unterstützt. Das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren dauert auch weiterhin noch an. Neue Erkenntnisse hierzu liegen bislang nicht vor. Ein materieller Schaden für die ZEAG Energie AG konnte aufgrund eigener interner und externer Untersuchungen nicht festgestellt werden. Hieraus abgeleitete Maßnahmen zur Verbesserung der Beschaffungsprozesse einschließlich hierzu eingerichteter Kontrollmechanismen wurden umgesetzt.

Der im Geschäftsjahr 2009 im EnBW-Konzern eingeführte Verhaltenskodex ist durch die Übernahme der entsprechenden Regelungen in ZEAG-interne Richtlinien seither auch für die Mitarbeiter der ZEAG Energie AG verbindlich. Er bildet für jeden Mitarbeiter eine Grundlage und Orientierungshilfe bei der täglichen Arbeit. Der Kodex enthält Regeln für die interne Zusammenarbeit und den Umgang mit Kunden, Wettbewerbern, Amtsträgern sowie öffentlichen Einrichtungen. Eine im



Geschäftsjahr 2010 in Kraft getretene konzernweite Richtlinie zum Compliance-Management regelt zusätzlich den Aufbau und den Ablauf des Compliance-Management-Systems und definiert die Rollen, Verantwortlichkeiten und Prozesse bei der Bearbeitung von Compliance-Themen. Das Compliance-Management System wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Im Berichtsjahr wurden die Schulungsmaßnahmen insbesondere für die Mitarbeiter in den wettbewerbsrelevanten Bereichen fortgesetzt und diesen ein konzernweit gültiger Kartellrechtsleitfaden zur Unterstützung zur Verfügung gestellt. Daneben bestehen zahlreiche Online-Schulungsangebote, mit denen die Mitarbeiter weiter sensibilisiert werden.

Aktionäre und Hauptversammlung

Im Vorfeld der Hauptversammlung veröffentlicht die ZEAG Energie AG die Tagesordnung und alle zu ihrer Beurteilung relevanten Berichte und Unterlagen einschließlich des aktuellen Geschäftsberichts leicht zugänglich im Internet unter www.zeag-energie.de. Auf Verlangen werden den Aktionären die Unterlagen auch zugesandt. Fristgerecht eingehende Gegenanträge zur Tagesordnung der Hauptversammlung werden zusammen mit einer Stellungnahme des Vorstands ebenfalls auf

den Internetseiten zugänglich gemacht. Von der Gesellschaft bestellte Stimmrechtsvertreter, die auch während der Hauptversammlung erreichbar sind, ermöglichen es Aktionären, die an der Hauptversammlung nicht persönlich teilnehmen können, nach entsprechender Bevollmächtigung ihr Stimmrecht wahrzunehmen.

Transparenz

Durch regelmäßige Finanzberichte informiert die ZEAG Energie AG die Aktionäre, den Kapitalmarkt, Finanzanalysten, Aktionärsvereinigungen und die interessierte Öffentlichkeit. Bei aktuellen Anlässen erfolgen Veröffentlichungen über wesentliche Entwicklungen im Unternehmen. Damit wird die vom Deutschen Corporate Governance Kodex geforderte Transparenz geschaffen. Um eine zeitnahe und gleichberechtigte Information aller Interessengruppen zu gewährleisten, nutzt die Gesellschaft hierfür hauptsächlich das Internet.

Über die Geschäftslage der ZEAG Energie AG wird insbesondere durch den jährlichen Geschäftsbericht, den Halbjahresfinanzbericht und Zwischenmitteilungen zum Ende des ersten und dritten Quartals des jeweiligen Geschäftsjahres informiert. Auf den Internetseiten wird ein Finanzkalender veröffentlicht, der alle Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen enthält.

Außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung auftretende, nicht öffentlich bekannte Umstände, die sich auf die ZEAG Energie AG oder die ZEAG-Aktie beziehen und geeignet sind, den Börsenkurs erheblich zu beeinflussen werden durch eine Ad-hoc Mitteilung bekannt gemacht. Im Geschäftsjahr 2012 erfolgte eine Ad-hoc Mitteilung.

Im Geschäftsjahr 2012 sind der Gesellschaft keine Meldungen von Personen mit Führungsaufgaben oder mit diesen in einer engen Beziehung stehenden Personen über Geschäfte in ZEAG-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten zugegangen. Mitteilungspflichtiger Wertpapierbesitz des Vorstands und von Mitgliedern des Aufsichtsrats im Sinne von Ziffer 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag nicht vor.

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Insiderrecht und zu Directors Dealings werden beachtet. Insbesondere wurden alle Personen mit potenziellem Zugang zu Insiderinformationen in das Insiderverzeichnis aufgenommen und über ihre Pflichten belehrt.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung der Gesellschaft erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 gewählte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, wurde durch den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats mit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses für das am 31. Dezember 2012 abgelaufene Geschäftsjahr beauftragt und hat eine Honorarvereinbarung hierzu getroffen. Im Vorfeld der Hauptversammlung hat sich der Prüfungsausschuss darüber vergewissert, dass keine Zweifel an der Unabhängigkeit der zu beauftragenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestehen und hat sich mit den von dieser zusätzlich erbrachten Dienstleistungen befasst.

Entsprechend der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 Satz 2 des Deutschen Corporate Governance Kodex wird der Halbjahresfinanzbericht vom Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert.

Aktioptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme existieren bei der ZEAG Energie AG nicht.

Vergütungsbericht

Seit Geltung der Empfehlung in Ziffer 4.2.2 Satz 1 des Deutschen Corporate Governance Kodex liegt die Zuständigkeit für die Beschlussfassung und regelmäßige Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente beim Plenum des Aufsichtsrats. Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) ist der Personalausschuss bei allen dem Plenum des Aufsichtsrats zugewiesenen Vergütungsentscheidungen für diesen vorbereitend tätig.

Grundzüge des Vergütungssystems

Der Aufsichtsrat hat aufgrund der Änderungen des Aktiengesetzes durch das VorstAG sowie des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) am 25. März 2011 ein geändertes Vergütungssystem beschlossen, welches seither für Neu- und Wiederbestellungen von Vorstandsmitgliedern Gültigkeit hat. Das Vergütungssystem wurde den Aktionären zugänglich gemacht, in der Hauptversammlung der ZEAG Energie AG am 17. Mai 2011 erläutert und von der Hauptversammlung gemäß § 120 Abs. 4 AktG gebilligt. Das Vergütungssystem für den Vorstand setzt sich aus den folgenden Vergütungskomponenten zusammen:

Der erfolgsunabhängige Teil der Vergütung umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist sowie sonstige Bezüge. Der erfolgsabhängige Teil der Vergütung bemisst sich zur Hälfte an dem Zielerreichungsgrad bezüglich der individuellen Ziele. Zur anderen Hälfte ist die erfolgsabhängige Vergütung an das Erreichen von Zielen für den ZEAG-Konzern geknüpft.

Eine Gewichtung dieser Ziele erfolgt durch den Aufsichtsrat auf Vorschlag des Personalausschusses zu Beginn des Geschäftsjahres. Die erfolgsabhängige Vergütung beträgt höchstens 45 % des Jahresgrundgehalts und orientiert sich an der Zielerreichung im Geschäftsjahr. Von diesem sich hieraus ergebenden Tantiemeanspruch werden 75 % im Folgejahr ausbezahlt. Die restlichen 25 % werden nach Feststellung des Jahresabschlusses des 2. Folgejahres ausgezahlt.

Beim Abschluss und der Verlängerung von Vorstandsverträgen wird der Aufsichtsrat die diesbezüglichen Empfehlungen in den Ziffern 4.2.2 und 4.2.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex beachten.

Neben der festen und variablen Vergütung werden dem Vorstand als Nebenleistungen ein Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung gewährt und ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt.

Vergütung des Vorstands

Die Bezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 2012 268 T€. Die Aufteilung ergibt sich aus den Angaben im Lagebericht.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten nach § 15 der Satzung neben dem Ersatz ihrer Reisekosten und sonstigen Auslagen folgende nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung:

- a) einen festen Betrag von je 1.600 €
- b) sowie eine veränderliche Vergütung von je 400 € für jedes volle Prozent Ausschüttung auf das Grundkapital, das über 4 % des Grundkapitals hinausgeht. Die veränderliche Vergütung ist auf max. 8.400 € begrenzt.
- c) Der Vorsitzende erhält das Doppelte, seine Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung zu a) und b). Die veränderliche Vergütung des Aufsichtsratsvorsitzenden ist auf max. 16.800 €, die seiner Stellvertreter ist auf jeweils max. 12.600 € begrenzt.
- d) Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehört haben, erhalten die Vergütungen zu a) bis c) zeitanteilig.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten von der Gesellschaft zusätzlich die auf ihre Vergütung entfallende Umsatzsteuer. Auch im Geschäftsjahr 2012 haben die Aufsichtsratsmitglieder keine sonstigen Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, keine Kredite und Vorschüsse erhalten.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind in eine im EnBW-Konzern bestehende und in angemessener Höhe abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe einbezogen. Für diese D&O-Versicherung beträgt der Selbstbehalt seit 1. Juli 2010 für den Vorstand und die Mitglieder des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft jeweils 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der jeweiligen festen jährlichen Vergütung.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG erklären gemäß § 161 AktG:

Die ZEAG Energie AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex seit der letzten Entsprechenserklärung vom 12. März 2012 in der jeweils geltenden Fassung mit folgenden Ausnahmen entsprochen und wird ihnen in der Fassung vom 15. Mai 2012 auch künftig mit folgenden Ausnahmen entsprechen:

Ziffer 4.2.1 Satz 1 des Kodex: Anzahl der Vorstandsmitglieder

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand der ZEAG Energie AG aus einer oder mehreren Personen. Der Aufsichtsrat hält es angesichts der Größe und Struktur des Unternehmens bisher und auch für die nächste Zukunft für ausreichend, wenn der Vorstand der Gesellschaft grundsätzlich mit einer Person besetzt ist, die bei der Leitung des Unternehmens von zwei Prokuristen unterstützt wird. Der Vorstand besteht dementsprechend seit dem 6. Mai 2008 – mit Ausnahme von Übergangsphasen bei einem Vorstandswechsel – aus einer Person. Herr Eckard Veil ist seit dem 1. August 2011 alleiniger Vorstand der ZEAG Energie AG.

Ziffer 5.4.1 Abs. 2 und Abs. 3 des Kodex**Benennung von konkreten Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats**

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass aufgrund der geringen Zahl der Aufsichtsratsmitglieder und der Struktur der Gesellschaft für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats wie bisher auch weiterhin vordergründig die fachliche Eignung maßgeblich sein soll. Die Festlegung von Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats einschließlich einer Quote für den Anteil weiblicher bzw. unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder wird daher

nicht für zweckmäßig erachtet. Auch ohne eine konkrete Zielfestsetzung achtet der Aufsichtsrat darauf, dass dem Gremium eine nach seiner Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

**Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 2
des Kodex:**

**Erfolgsorientierte Vergütung
des Aufsichtsrats**

Gemäß § 15 der Satzung der ZEAG Energie AG erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen Vergütung eine variable Vergütung, die sich an der jeweils ausgeschütteten Dividende bemisst und der Höhe nach begrenzt ist. Mit dieser Struktur entspricht die Aufsichtsratsvergütung nicht mehr der im Jahr 2012 geänderten Empfehlung in Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 2 des Kodex, welche eine Ausrichtung der erfolgsorientierten Aufsichtsratsvergütung an eine nachhaltige Unternehmensentwicklung fordert, was eine mehrjährige Bemessungsgrundlage erfordert. Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG sind der Auffassung, dass die in § 15 der Satzung vorgegebene Bemessung des variablen Teils der Aufsichtsratsvergütung aufgrund der langjährigen

Dividendenkontinuität der Gesellschaft gleichermaßen auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist. Auch zeigt die positive Entwicklung der ZEAG Energie AG in den vergangenen Jahren, zu der auch die Arbeit des Aufsichtsrats maßgeblich beigetragen hat, dass der Aufsichtsrat eine nachhaltige Entwicklung der ZEAG Energie AG im Blick hat. Daher wird derzeit kein Anlass gesehen, das bewährte System der Aufsichtsratsvergütung bei der ZEAG Energie AG zu ändern. Vorstand und Aufsichtsrat werden wie bisher auch künftig das System der Aufsichtsratsvergütung auf für die ZEAG Energie AG sinnvolle Weiterentwicklungsmöglichkeiten hin überprüfen.

**Ziffer 5.4.6 Abs. 3 Satz 1
des Kodex:
Individualisierter Ausweis
der Vergütung der
Aufsichtsratsmitglieder**

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats der ZEAG Energie AG ist in § 15 der Satzung festgelegt und kann dort eingesehen werden. Sie wird daher bislang nicht individualisiert und aufgegliedert nach festen und erfolgsabhängigen Bestandteilen ausgewiesen. Es ist wie bisher auch künftig nicht beabsichtigt, die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder individualisiert auszuweisen.

Heilbronn, 4. März 2013

ZEAG Energie AG

Der Vorstand Der Aufsichtsrat





Zuverlässig!

Eine zuverlässige Energieversorgung bietet Komfort und Sicherheit – daheim in den vier Wänden oder in der heimischen Wirtschaft. Nur 1,6 Minuten war im Durchschnitt jeder Kunde im ZEAG-Netzgebiet störungsbedingt ohne Strom. In Deutschland liegt dieser Wert bei durchschnittlich 16 Minuten – damit sind wir Spitzenreiter in Europa.

Willkommen daheim.



Bestätigungs- vermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der ZEAG Energie AG, Heilbronn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzerngewinn- und -verlustrechnung, Konzerngesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung, Konzernkapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie den mit dem Lagebericht der ZEAG Energie AG zusammengefassten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durch-

zuföhren, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 14. Februar 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stratmann Kröning
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

Konzern

Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr vom 01.01.–31.12. 2012

(alle Beträge in T€)	Anhang	2012	2011
Umsatzerlöse	(1)	155.602	141.450
Andere aktivierte Eigenleistungen		538	562
Gesamtleistung		156.140	142.012
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	5.911	8.579
Materialaufwand	(3)	-124.319	-114.619
Personalaufwand	(4)	-12.853	-12.550
Abschreibungen	(6)	-7.575	-7.284
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)	-8.898	-9.344
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		8.406	6.794
Ergebnis aus at equity bewerteten Beteiligungen	(8)	313	174
Übriges Beteiligungsergebnis	(9)	245	36
Finanzerträge	(10)	12.973	11.127
Finanzaufwendungen	(10)	-6.716	-13.662
Ergebnis vor Steuern		15.221	4.469
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(11)	-3.471	-730
Ergebnis nach Steuern		11.750	3.739
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis		-1	-
davon den Anteilseignern der ZEAG Energie AG zustehend		11.751	3.739
Ergebnis je Aktie¹	(12)	3,11 €	0,99 €

¹ verwässert und unverwässert

Konzern

Gesamtergebnis

2012

(alle Beträge in T€)	Anhang	2012	2011
Ergebnis nach Steuern		11.750	3.739
Nettogewinne/-verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten		3.390	-6.020
Ertragsteuereffekte	(27)	-1.051	147
Sonstiges Ergebnis		2.339	-5.873
Gesamtergebnis		14.089	-2.134
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis		-1	-
davon den Anteilseignern der ZEAG Energie AG zustehend		14.090	-2.134

Konzern

Bilanz

zum 31.12.2012

(alle Beträge in T€)	Anhang	2012	2011
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(14)	10.512	7.473
Sachanlagen	(15)	127.664	129.000
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(16)	641	641
Wertpapiere	(17)	95.463	98.973
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	(18)	10.833	10.982
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	(19)	3.965	4.387
Steuererstattungsansprüche	(20)	2.171	2.516
		251.249	253.972
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	(21)	1.094	1.038
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(22)	17.836	18.327
Wertpapiere	(23)	3.897	7.023
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	(24)	22.429	29.130
Steuererstattungsansprüche Ertragsteuern		2.987	2.128
Sonstige Vermögenswerte	(25)	1.755	120
Zahlungsmittel	(26)	35.819	21.214
		85.817	78.980
		337.066	332.952
PASSIVA			
Eigenkapital (27)			
Gezeichnetes Kapital		19.400	19.400
Kapitalrücklage		23.849	23.849
Gewinnrücklagen		183.955	179.004
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen		8.302	5.963
		235.506	228.216
Nicht beherrschende Anteile		104	–
		235.610	228.216
Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Langfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen	(28)	33.106	32.664
Sonstige Verbindlichkeiten	(29)	770	809
Ertragsteuerschulden		582	–
Latente Steuerschulden	(30)	9.440	8.961
Rechnungsabgrenzungsposten	(31)	35.740	35.561
		79.638	77.995
Kurzfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen	(28)	2.096	2.401
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(32)	16.747	20.843
Ertragsteuerschulden		720	1.079
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten		1.067	1.066
Rechnungsabgrenzungsposten	(31)	1.188	1.352
		21.818	26.741
Summe Schulden		101.456	104.736
		337.066	332.952

Konzern

Eigenkapital- veränderungs- rechnung 2012

(alle Beträge in T€)	Anhang (27)	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklagen	Gewinn- rücklagen	Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen gem. IAS 39	Eigenkapital
Stand 01.01.2012		19.400	23.849	179.004	5.963	228.216
Einzahlungen Minderheitsgesellschafter		105	–	–	–	105
Konzernüberschuss		–	–	11.750	–	11.750
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse nach Ertragsteuern		–	–	–	2.339	2.339
Gesamtperiodenerfolg		–	–	11.750	2.339	14.089
davon Aktionäre ZEAG		–	–	11.751	2.339	14.090
davon nicht beherrschende Anteile		–	–	–1	–	–1
Gezahlte Dividenden	(13)	–	–	–6.800	–	–6.800
Stand 31.12.2012		19.505	23.849	183.954	8.302	235.610
davon Aktionäre ZEAG		19.400	23.849	183.955	8.302	235.506
davon nicht beherrschende Anteile		105	–	–1	–	104
Stand 01.01.2011		19.400	23.849	184.899	11.836	239.984
Konzernüberschuss		–	–	3.739	–	3.739
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse nach Ertragsteuern		–	–	–	–5.873	–5.873
Gesamtperiodenerfolg		–	–	3.739	–5.873	–2.134
Gezahlte Dividenden	(13)	–	–	–9.634	–	–9.634
Stand 31.12.2011		19.400	23.849	179.004	5.963	228.216

Konzern

Kapitalfluss- rechnung

2012

(alle Beträge in T€)	Anhang (33)	2012	2011
I. Operativer Bereich			
Ergebnis vor Steuern		15.221	4.469
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		7.575	7.283
Zins- und Dividendenerträge		-4.731	-5.199
Zinsaufwendungen		2.071	2.773
Ergebnis aus Abgang von Finanzinstrumenten		-4.945	-2.480
Beteiligungsergebnis		-558	-210
Einzahlungen von/Auszahlungen an at equity bilanzierte Unternehmen		463	858
Zu-/Abschreibungen auf Finanzinstrumente		1.348	7.441
Veränderung der langfristigen Rückstellungen (ohne Zinseffekte)		-557	-659
Ergebnis aus Anlageabgängen		815	231
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		-3.874	-2.959
Veränderung Working Capital und der kurzfristigen Rückstellungen		-6.245	-2.480
Gezahlte Ertragsteuern		-5.186	-1.766
Operativer Cashflow		1.397	7.302
II. Investitionsbereich			
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	(14,15)	-10.301	-11.363
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen		208	516
Kapitalrückzahlung aus Beteiligungen		414	-
Zugänge von Baukostenzuschüssen		1.233	1.131
Investitionen in finanzielle Vermögenswerte		-64.796	-76.928
Einzahlungen aus dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte		78.414	82.509
Einzahlungen von Minderheitsgesellschaftern		105	-
Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		-32	-5.000
Erhaltene Zinsen		3.615	3.971
Erhaltene Dividenden	(10)	1.225	1.481
Einzahlungen aus Darlehensrückzahlungen		10.000	4.069
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		20.085	386
III. Finanzierungsbereich			
Gezahlte Zinsen		-38	-536
Auszahlung Finanzverbindlichkeiten		-39	-54
Dividendenausschüttung	(13)	-6.800	-9.634
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		-6.877	-10.224
IV. Finanzmittelbestand			
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands		14.605	-2.536
Finanzmittelbestand am 01.01.		21.214	23.750
Finanzmittelbestand am 31.12. = Zahlungsmittel	(26)	35.819	21.214

Konzern *Anhang*

Allgemeine Grundsätze und Angaben

Die ZEAG Energie AG ist ein in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführtes Unternehmen und hat ihren Sitz in Heilbronn, Deutschland. Das Unternehmen ist in der Weipertstraße 41 in 74076 Heilbronn ansässig. Die Gesellschaft ist im Handelsregister Abteilung B des Amtsgerichts Stuttgart unter der Nummer 100322 eingetragen. Die Aktien der Gesellschaft sind zum Handel an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart, im regulierten Markt zugelassen.

Im Rahmen der Segmentberichterstattung werden die Hauptaktivitäten des Konzerns dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss der ZEAG Energie AG (im Folgenden auch „ZEAG“ genannt) ist nach den am Abschlussstichtag in Kraft getretenen und in der Europäischen Union verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) aufgestellt. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS/IFRIC-Standards kommen nicht zur Anwendung.

Wie im Vorjahr ist der Konzernabschluss grundsätzlich auf Basis der historischen Anschaffungskosten aufgestellt. Ausgenommen hiervon sind zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind.

Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Beträge (soweit nicht anders vermerkt) kaufmännisch gerundet in Tausend Euro (T€) dargestellt. Dadurch kann es zu Rundungsdifferenzen von 1 T€ kommen.

Neben der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung sowie die Eigenkapitalveränderungsrechnung des ZEAG-Konzerns gesondert dargestellt und erläutert. Einzelne

Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden für Zwecke der vereinfachten Darstellung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen. Bei der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewandt. Aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit wird vom Wahlrecht, bestimmte Angaben im Anhang zu machen, grundsätzlich Gebrauch gemacht.

Neue und geänderte Standards und Interpretationen

Grundsätzlich sind die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Das International Accounting Standards Board (IASB) und International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) haben folgende neue Standards und Interpretationen verabschiedet, die ab dem Geschäftsjahr 2012 verpflichtend anzuwenden sind:

- Änderung zu IAS 12 „Ertragsteuern“
- IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“ – Drastische Hyperinflation und Streichung der festen Daten für Erstanwender (geändert)
- IFRS 7 „Finanzinstrumente“: Angaben

Hiervon können folgende Standards und Interpretationen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Gesellschaft haben:

IAS 12 „Ertragsteuern“ – Latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte

Bei als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ist es oftmals schwierig zu beurteilen, ob sich bestehende temporäre steuerliche Differenzen im Rahmen der fortgeführten Nutzung oder im Zuge einer Veräußerung umkehren. Mit der Änderung des IAS 12 wird nun klargestellt, dass die Bewertung der latenten Steuern auf Basis der widerlegbaren Vermutung zu erfolgen hat, dass die Umkehrung durch Veräußerung erfolgt. Die Änderung ist erstmalig für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2012 beginnen und hat keine wesentlichen Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss.

IFRS 7 „Finanzinstrumente“: Angaben – Verbesserung der Angaben über die Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Die Änderungen an IFRS 7 betreffen erweiterte Angabepflichten bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte. Damit sollen die Beziehungen zwischen finanziellen Vermögenswerten, die nicht vollständig auszubuchen sind, und den korrespondierenden finanziellen Verbindlichkeiten verständlicher werden. Weiterhin sollen die Art sowie insbesondere die Risiken

eines anhaltenden Engagements (continuing involvement) bei ausgetretenen finanziellen Vermögenswerten besser beurteilt werden können. Mit den Änderungen werden auch zusätzliche Angaben gefordert, wenn eine unverhältnismäßig große Anzahl von Übertragungen mit fortbestehendem Engagement z. B. rund um das Ende einer Berichtsperiode auftritt. Die Änderung, die keine wesentliche Auswirkung auf den ZEAG-Konzernabschluss hat, ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen.

Für die folgenden neuen oder geänderten Standards und Interpretationen, die verpflichtend erst in späteren Geschäftsjahren anzuwenden sind, plant der ZEAG-Konzern keine frühzeitige Anwendung. Soweit nicht anders angegeben, werden die Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss derzeit geprüft.

EU Endorsement ist bereits erfolgt

Veröffentlichte, noch nicht verpflichtend anzuwendende Standards

Folgende bereits veröffentlichte Standards und Interpretationen waren im Geschäftsjahr 2012 noch nicht verpflichtend anzuwenden:

- Änderung zu IAS 1 „Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses“
- IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“
- Änderungen zu IAS 27 „Einzelabschlüsse“
- Änderungen zu IAS 28 „Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“
- IAS 32 „Finanzinstrumente: Anhangangaben – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden“
- IFRS 7 „Finanzinstrumente: Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten“
- IFRS 10 „Konzernabschlüsse“
- IFRS 11 „Gemeinschaftliche Tätigkeiten“
- IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“
- IFRS 13 „Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert“
- IFRIC 20 „Kosten der Abraumbeseitigung während der Produktionsphase im Tagebau“

Für den Konzernabschluss der ZEAG ist die Anwendung der folgenden Standards bzw. Interpretationen relevant und kann sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken:

- IAS 1 „Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses“:
Dieses Amendment ändert die Darstellung des sonstigen Ergebnisses in der Gesamtergebnisrechnung. Die Posten des sonstigen Ergebnisses, die später in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden, sind künftig separat von den Posten des sonstigen Ergebnisses darzustellen, die niemals reklassifiziert werden. Sofern die Posten brutto, d. h. ohne Saldierung mit Effekten aus latenten Steuern ausgewiesen werden, sind die latenten Steuern nunmehr nicht mehr in einer Summe auszuweisen, sondern den beiden Gruppen von Posten zuzuordnen. Die Änderung wird Auswirkungen auf die Darstellung der Konzernberichterstattung haben und ist erstmalig für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen. Sie wird vom ZEAG-Konzern bei der ersten jährlichen Berichterstattung nach Inkrafttreten angewandt.

- Änderung des IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“:
Neben umfangreicheren Angabepflichten zu Leistungen an Arbeitnehmer ergeben sich insbesondere folgende Änderungen aus dem überarbeiteten Standard:
Derzeit gibt es ein Wahlrecht, wie unerwartete Schwankungen der Pensionsverpflichtungen, die sogenannten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, im Abschluss dargestellt werden können. Diese können entweder (a) ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung, (b) im sonstigen Ergebnis (OCI) oder (c) zeitverzögert nach der sogenannten Korridormethode erfasst werden. Mit der Neufassung des IAS 19 wird dieses Wahlrecht für eine transparentere und vergleichbarere Abbildung abgeschafft, so dass künftig nur noch eine unmittelbare und vollumfängliche Erfassung im sonstigen Ergebnis zulässig ist. Außerdem ist nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand nunmehr im Jahr der Entstehung direkt im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

Zudem werden derzeit zu Beginn der Rechnungsperiode die erwarteten Erträge des Planvermögens anhand der Erwartungen des Managements über die Wertentwicklung des Anlageportfolios ermittelt. Mit Anwendung des IAS 19 (revised 2011) ist nur noch eine typisierende Verzinsung des Planvermögens in

Höhe des Diskontierungszinssatzes der Pensionsverpflichtungen zu Periodenbeginn zulässig.

Der erwartete Betrag an Verwaltungskosten für das Planvermögen wurde bislang im Zinsergebnis berücksichtigt. Den Änderungen zufolge sind Verwaltungskosten für das Planvermögen als Bestandteil der Neubewertungskomponente im sonstigen Ergebnis zu erfassen, während die sonstigen Verwaltungskosten im Zeitpunkt ihres Anfallens dem operativen Gewinn zuzuordnen sind.

Die Änderungen an IAS 19 werden insgesamt zu folgenden wesentlichen Effekten führen. Da der ZEAG-Konzern derzeit die Korridormethode anwendet, wird die Änderung – bei Anwendung auf die Verhältnisse zum 31. Dezember 2012 – zu einer Erhöhung der Pensionsrückstellung um 10,0 Mio. € führen. Mit dem Wechsel von der Korridormethode hin zur geänderten Methode bleibt die Gewinn- und Verlustrechnung des ZEAG-Konzerns zukünftig frei von Effekten aus versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten (z. B. aufgrund von Zinssatzschwankungen), da diese dann zwingend im sonstigen Ergebnis zu erfassen sind.

Die geänderte Definition der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (termination benefits) wird sich auf die Bilanzierung der im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufstockungsbeträge auswirken. Bislang wurden die Aufstockungsbeträge als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses klassifiziert und demzufolge im Zeitpunkt der Vereinbarung eines Altersteilzeitvertrags mit ihrem Gesamtbetrag zurückgestellt. Aufgrund der definitorischen Änderung der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erfüllt der Aufstockungsbetrag bei Anwendung des IAS 19 (revised 2011) nicht mehr die Voraussetzungen für das Vorliegen von Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Es handelt sich vielmehr grundsätzlich um andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, die über die betreffende Dienstzeit der Arbeitnehmer ratierlich anzusammeln sind. Infolge der geänderten Definition für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses stellen die im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufstockungsbeträge nunmehr andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer dar. Aufgrund der ratierlichen Ansammlung der Aufstockungsbeträge über die betreffenden aktiven Dienstjahre der altersteilzeitbegünstigten Arbeitnehmer ergäbe sich

zum 31.12.2012 eine um 59T€ niedrigere Rückstellung und für die Folgeperioden 2013 und 2014 eine entsprechende Belastung des operativen Ergebnisses. Die Änderung ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

- Änderungen zu IAS 27 – „Einzelabschlüsse“: Im Rahmen der Verabschiedung des IFRS 10 Consolidated Financial Statements werden die Regelungen für das Kontrollprinzip und die Anforderungen an die Erstellung von Konzernabschlüssen aus dem IAS 27 ausgelagert und abschließend im IFRS 10 behandelt (siehe Ausführungen zu IFRS 10). Im Ergebnis enthält IAS 27 künftig nur die Regelungen zur Bilanzierung von Tochtergesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen in IFRS-Einzelabschlüssen. Die Änderung ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.



- Änderungen zu IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“: Mit der Verabschiedung des IFRS 11 „Gemeinschaftliche Vereinbarungen“ und IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ wurde IAS 28 in „Anteile an assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“ umbenannt und sein Regelungsbereich, der sich bislang auf die assoziierten Unternehmen beschränkte, auf die Anwendung der Equity-Methode auf Gemeinschaftsunternehmen ausgeweitet. Die Anwendung der quotalen Konsolidierung für Gemeinschaftsunternehmen entfällt mithin. Künftig sind auch potentielle Stimmrechte und andere derivative Finanzinstrumente bei der Beurteilung, ob ein Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat, bzw. bei der Bestimmung des Anteils des Investors am Vermögen der Gesellschaft zu berücksichtigen. Eine weitere Änderung betrifft die Bilanzierung nach IFRS 5, wenn nur ein Teil eines Anteils an einem assoziierten Unternehmen oder an einem Joint Venture zum Verkauf bestimmt ist. Der IFRS 5 ist dann partiell anzuwenden, wenn nur ein Anteil oder ein Teil eines Anteils an einem assoziierten Unternehmen (oder an einem Joint Venture) das

Kriterium „zur Veräußerung gehalten“ erfüllt. Der überarbeitete Standard ist erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen und hat keine wesentlichen Auswirkungen auf den ZEAG-Konzern.

- Änderung IAS 32 „Finanzinstrumente: Anhangangaben – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden“: Die Änderung stellt die Formulierung „hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Rechtsanspruch auf Verrechnung“ klar. Die Anwendung der Saldierungskriterien des IAS 32 auf Abwicklungssysteme, die einen Bruttoausgleich vornehmen, bei dem die einzelnen Geschäftsvorfälle nicht gleichzeitig stattfinden, wird präzisiert. Der Erstanwendungszeitpunkt ist ab dem 1. Januar 2014 vorgesehen und wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.
- IFRS 7 „Finanzinstrumente: Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten“: Ein Unternehmen muss Informationen zu Aufrechnungsrechten und damit verbundenen Vereinbarungen (z. B. Sicherungsvereinbarungen) offenlegen. Abschlussadressaten erhalten Informationen, mit deren Hilfe die Auswirkung der Verrechnungsverträge auf die Finanzlage

von Unternehmen beurteilt werden kann. Die Anwendung ist ab 1. Januar 2013 vorgesehen und hat keinen wesentlichen Einfluss auf den ZEAG-Konzernabschluss.

- IFRS 10 „Konzernabschlüsse“: Mit diesem Standard wird der Begriff der Beherrschung („control“) neu und umfassend definiert. Beherrscht ein Unternehmen ein anderes Unternehmen, hat das Mutterunternehmen das Tochterunternehmen zu konsolidieren. Nach dem neuen Konzept ist Beherrschung gegeben, wenn das potentielle Mutterunternehmen die Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten oder anderer Rechte über das potentielle Tochterunternehmen inne hat, es an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Tochterunternehmen partizipiert und diese Rückflüsse durch seine Entscheidungsgewalt beeinflussen kann.

Aus diesem neuen Standard können Auswirkungen auf den Umfang des Konsolidierungskreises, u. a. für Zweckgesellschaften, entstehen. Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Wenn für ein Investment die Qualifizierung als Tochterunter-

nehmen zwischen IAS 27/SIC-12 und IFRS 10 abweichend festgestellt wird, ist IFRS 10 retrospektiv anzuwenden. Eine vorzeitige Anwendung ist nur zeitgleich mit IFRS 11 und IFRS 12 sowie mit den in 2011 geänderten IAS 27 und IAS 28 zulässig.

- IFRS 11 „Gemeinschaftliche Tätigkeiten“: Mit IFRS 11 wird die Bilanzierung von gemeinschaftlich geführten Aktivitäten (Joint Arrangements) neu geregelt. Nach dem neuen Konzept ist zu entscheiden, ob eine gemeinschaftliche Tätigkeit (Joint Operation) oder ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) vorliegt. Eine gemeinschaftliche Tätigkeit liegt vor, wenn die gemeinschaftlich beherrschenden Parteien unmittelbare Rechte an den Vermögenswerten und Verpflichtungen für die Verbindlichkeiten haben. Die einzelnen Rechte und Verpflichtungen werden anteilig im Konzernabschluss bilanziert. In einem Gemeinschaftsunternehmen haben die gemeinschaftlich beherrschenden Parteien dagegen Rechte am Reinvermögensüberschuss. Dieses Recht wird durch Anwendung der Equity-Methode im Konzernabschluss abgebildet, das Wahlrecht zur quotalen Einbeziehung in den Konzernabschluss entfällt somit. Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014

beginnen. Für den Übergang z. B. von der Quotenkonsolidierung auf die Equity-Methode bestehen spezifische Übergangsvorschriften. Eine vorzeitige Anwendung ist nur zeitgleich mit IFRS 10 und IFRS 12 sowie mit den in 2011 geänderten IAS 27 und IAS 28 zulässig.

IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“: Dieser Standard regelt die Angabepflichten in Bezug auf Anteile an anderen Unternehmen. Die erforderlichen Angaben sind erheblich umfangreicher gegenüber den bisher nach IAS 27, IAS 28 und IAS 31 vorzunehmenden Angaben.

Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

- IFRS 13 „Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert“: Mit diesem Standard wird die Fair Value-Bewertung in IFRS-Abschlüssen einheitlich geregelt. Alle nach anderen Standards geforderten Fair Value-Bewertungen haben zukünftig den einheitlichen Vorgaben des IFRS 13 zu folgen; lediglich für IAS 17 und IFRS 2 wird es weiter eigene Regelungen geben. Der Fair Value nach IFRS 13 ist als exit price definiert, d. h. als Preis, der erzielt werden würde durch den Verkauf eines Vermögenswertes bzw. als Preis,

der gezahlt werden müsste, um eine Schuld zu übertragen. Wie derzeit aus der Fair Value-Bewertung finanzieller Vermögenswerte bekannt, wird ein 3-stufiges Hierarchiesystem eingeführt, das bezüglich der Abhängigkeit von beobachtbaren Marktpreisen abgestuft ist. Die neue Fair Value-Bewertung kann gegenüber den bisherigen Vorschriften zu abweichenden Werten führen. Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

EU Endorsement ist noch ausstehend

- Änderungen zu IFRS 1 „Darlehen der öffentlichen Hand“
- IFRS 9 „Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung“
- Änderungen zu IFRS 9 und IFRS 7 „Verpflichtender Anwendungszeitpunkt und Angaben zum Übergang“
- Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 „Investmentgesellschaften“
- Änderungen zu IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 „Übergangsvorschriften“
- Verbesserungen der IFRS 2009–2011
- IFRS 9 „Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung“: Die Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten nach IFRS 9 wird IAS 39 ersetzen. Finanzielle Vermögenswerte werden zukünftig nur noch in zwei Gruppen klassifiziert und bewertet: Zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum Fair Value. Die Gruppe der finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten besteht aus solchen finanziellen Vermögenswerten, die nur den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen an vorgegebenen Zeitpunkten vorsehen und die zudem im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung das Halten von Vermögenswerten ist. Alle anderen

finanziellen Vermögenswerte bilden die Gruppe zum Fair Value. Unter bestimmten Voraussetzungen kann für finanzielle Vermögenswerte der ersten Kategorie – wie bisher – eine Designation zur Kategorie zum Fair Value („Fair Value Option“) vorgenommen werden. Wertänderungen der finanziellen Vermögenswerte der Kategorie zum Fair Value sind grundsätzlich im Gewinn oder Verlust zu erfassen. Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente jedoch kann vom Wahlrecht Gebrauch gemacht werden, Wertänderungen im sonstigen Ergebnis zu erfassen; Dividendenansprüche aus diesen Vermögenswerten sind jedoch im Gewinn oder Verlust zu erfassen. Die Vorschriften für finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich aus IAS 39 übernommen. Der wesentlichste Unterschied betrifft die Erfassung von Wertänderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten. Zukünftig sind diese aufzuteilen: Der auf das eigene Kreditrisiko entfallende Teil ist im sonstigen Ergebnis zu erfassen, der verbleibende Teil der Wertänderung ist im Gewinn oder Verlust zu erfassen. IFRS 9 ist – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen.

- Änderungen zu IFRS 9 und IFRS 7 „Verpflichtender Anwendungszeitpunkt und Angaben zum Übergang“: Die Änderungen ermöglichen einen Verzicht auf angepasste Vorjahreszahlen bei der Erstanwendung von IFRS 9. Ursprünglich war diese Erleichterung nur bei vorzeitiger Anwendung von IFRS 9 vor dem 1. Januar 2012 möglich. Die Erleichterung bringt zusätzliche Anhangangaben nach IFRS 7 im Übergangzeitpunkt mit sich. Diese Änderungen sind analog zu den Regelungen des IFRS 9 – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen.
- Änderungen zu IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 „Übergangsvorschriften“: Die Änderungen beinhalten eine Klarstellung und zusätzliche Erleichterungen beim Übergang auf IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12. So werden angepasste Vergleichsinformationen lediglich für die vorhergehende Vergleichsperiode verlangt. Darüber hinaus entfällt im Zusammenhang mit Anhangangaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen (structured entities) die Pflicht zur Angabe von Vergleichsinformationen für Perioden, die vor der Erstanwendung von IFRS 12 liegen. Die Änderungen der IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 sind – vorbehaltlich einer noch ausstehenden

Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

- „Verbesserungen der International Financial Reporting Standards (2009–2011)“:
Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an fünf Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Daneben gibt es Änderungen mit Auswirkungen auf die Bilanzierung, den Ansatz, die Bewertung sowie auf Anhangangaben. Betroffen sind die Standards IAS 1, IAS 16, IAS 32, IAS 34 und IFRS 1. Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

Anpassung der Vorjahreszahlen

Schulden aus Ertragsteuern wurden bisher getrennt von den bestehenden Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern innerhalb der Rückstellungen ausgewiesen. Der IAS 12 „Ertragsteuern“ unterscheidet nicht zwischen Rückstellungen und Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern. Deshalb erfolgt im Geschäftsjahr 2012 entsprechend der

allgemein herrschenden Bilanzierungspraxis ein einheitlicher Ausweis innerhalb der Verbindlichkeiten. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Durch die Anpassung der Vorjahreszahlen vermindern sich im Vorjahr die kurzfristigen Rückstellungen um 1.079 T€ auf 2.401 T€.

Konsolidierungsgrundsätze

In den Konzernabschluss werden neben der ZEAG Energie AG ein Wertpapierspezialfonds und alle Gesellschaften einbezogen, bei denen die ZEAG unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik ausüben kann. In der Regel ist dies bei einem Anteilsbesitz oder Stimmrechtsanteil von mehr als 50 % der Fall.

Nach der Equity-Methode werden Beteiligungen bilanziert, bei denen der Konzern einen maßgeblichen Einfluss ausübt. Dies ist in der Regel bei einem Anteilsbesitz zwischen 20 % und 50 % der Fall.

In den Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen sind die voll konsolidierten Beteiligungsgesellschaften und die at equity bewerteten Unternehmen aufgeführt.

Im Rahmen der Konsolidierung werden konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen sowie Ergebnisse eliminiert.

Ab dem Zeitpunkt, ab dem der Konzern nach dem sogenannten Control Concept einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, d. h. ab dem Erwerb bzw. der Gründung der Tochtergesellschaften, werden die wesentlichen Tochtergesellschaften voll konsolidiert. Die Einbeziehung endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen endet.

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Anschaffungskosten der Beteiligungen mit dem auf sie entfallenden, neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung verrechnet. Nach der Zuordnung zu Vermögenswerten ergaben sich im vorliegenden Konzernabschluss keine Unterschiedsbeträge.

Die Bilanzierung der Anteile an assoziierten Unternehmen erfolgt nach der Equity-Methode. Diese Anteile werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden entsprechend dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen angesetzt. Die Buchwerte werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, die Gewinnausschüttungen und die sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht oder reduziert.

Konzern- bilanzen

31.12.2012,
31.12.2011,
31.12.2010

Umgliederung der Vorjahresangaben

(alle Beträge in T€)	2012	2011	2010
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	10.512	7.473	8.098
Sachanlagen	127.664	129.000	125.042
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	641	641	641
Wertpapiere	95.463	98.973	123.117
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	10.833	10.982	11.668
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	3.965	4.387	12.044
Steuererstattungsansprüche	2.171	2.516	2.948
	251.249	253.972	283.558
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	1.094	1.038	969
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.836	18.327	16.144
Wertpapiere	3.897	7.023	2.037
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	22.429	29.130	18.564
Steuererstattungsansprüche Ertragsteuern	2.987	2.128	1.752
Sonstige Vermögenswerte	1.755	120	258
Zahlungsmittel	35.819	21.214	23.750
	85.817	78.980	63.474
	337.066	332.952	347.032
PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	19.400	19.400	19.400
Kapitalrücklage	23.849	23.849	23.849
Gewinnrücklagen	183.955	179.004	184.899
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen	8.302	5.963	11.836
	235.506	228.216	239.984
Nicht beherrschende Anteile	104	–	–
	235.610	228.216	239.984
Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Langfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen	33.106	32.664	33.019
Sonstige Verbindlichkeiten	770	809	863
Ertragsteuerschulden	582	–	–
Latente Steuerschulden	9.440	8.961	9.618
Rechnungsabgrenzungsposten	35.740	35.561	35.796
	79.638	77.995	79.296
Kurzfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen	2.096	2.401	4.384
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	16.747	20.843	18.782
Ertragsteuerschulden	720	1.079	2.432
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.067	1.066	827
Rechnungsabgrenzungsposten	1.188	1.352	1.327
	21.818	26.741	27.752
Summe Schulden	101.456	104.736	107.048
	337.066	332.952	347.032

Konzern- bilanzen

31.12.2012,
31.12.2011,
31.12.2010

ohne Berücksichtigung von
Umgliederungen

(alle Beträge in T€)	2012	2011	2010
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	10.512	7.473	8.098
Sachanlagen	127.664	129.000	125.042
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	641	641	641
Wertpapiere	95.463	98.973	123.117
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	10.833	10.982	11.668
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	3.965	4.387	12.044
Steuererstattungsansprüche	2.171	2.516	2.948
	251.249	253.972	283.558
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	1.094	1.038	969
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.836	18.327	16.144
Wertpapiere	3.897	7.023	2.037
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	22.429	25.000	15.000
Sonstige Vermögenswerte ¹	4.742	6.378	5.574
Zahlungsmittel	35.819	21.214	23.750
	85.817	78.980	63.474
	337.066	332.952	347.032
PASSIVA			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	19.400	19.400	19.400
Kapitalrücklage	23.849	23.849	23.849
Gewinnrücklagen	183.955	179.004	184.899
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen	8.302	5.963	11.836
	235.506	228.216	239.984
Nicht beherrschende Anteile	104	–	–
	235.610	228.216	239.984
Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Langfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen ²	33.688	32.664	33.019
Sonstige Verbindlichkeiten	770	809	863
Latente Steuerschulden	9.440	8.961	9.618
Rechnungsabgrenzungsposten	35.740	35.561	35.796
	79.638	77.995	79.296
Kurzfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen ³	2.816	3.480	6.816
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	17.814	21.909	19.609
Rechnungsabgrenzungsposten	1.188	1.352	1.327
	21.818	26.741	27.752
Summe Schulden	101.456	104.736	107.048
	337.066	332.952	347.032
¹ davon Steuererstattungsansprüche (kurzfristig)	2.987	2.128	1.752
² davon für Ertragsteuern (langfristig)	582	–	–
³ davon für Ertragsteuern (kurzfristig)	720	1.079	2.432

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögenswerte** werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten – vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen – bewertet. Ein Strombezugsrecht wird leistungsbezogen abgeschrieben. Die Abschreibung geleisteter Baukostenzuschüsse erfolgt über einen Zeitraum von 20 Jahren, die Abschreibung von Wassernutzungsrechten entsprechend ihrer Laufzeit mit bis zu 83 Jahren. Bei den Abschreibungen auf entgeltlich erworbene Software wird eine Nutzungsdauer von drei Jahren zugrunde gelegt. Ein im Rahmen eines früheren Unternehmenszusammenschlusses erworbener Kundenstamm wird entsprechend der Laufzeit der zugrunde liegenden Konzessionsverträge abgeschrieben.

Abschreibungsmethoden, Nutzungsdauern und Restwerte werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten – vermindert um planmäßige Abschreibungen – bewertet. Die Abschreibung erfolgt linear entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer.

Ist für den Erwerb oder die Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts ein beträchtlicher Zeitraum (mehr als zwölf Monate) erforderlich, um diesen in seinen beabsichtigten gebrauchsfertigen Zustand zu versetzen, erfolgt eine Aktivierung der bis zur Erlangung des gebrauchsfertigen Zustands angefallenen und direkt zurechenbaren Fremdkapitalkosten. Sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr wurden keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Wartungs- und Reparaturkosten werden aufwandswirksam erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, die einen künftigen Nutzenzufluss eines Vermögenswerts bewirken, werden aktiviert.

Investitionszuschüsse führen nicht zur Verminderung der Anschaffungs- und Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte. Sie werden passivisch abgegrenzt.

Das Sachanlagevermögen wird linear über die folgenden konzerneinheitlich geschätzten Nutzungsdauern abgeschrieben:

	Jahre
Gebäude	25–50
Kraftwerke	15–50
Stromverteilungsanlagen	25–45
Gasverteilungsanlagen	15–55
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–14

Bei den **als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien** handelt es sich um nicht betriebsnotwendiges Vermögen des 2003 aufgegebenen Segmentbereichs. Die unbebauten Grundstücke sind zu Anschaffungskosten aktiviert. Der im Anhang ausgewiesene

Marktwert der Immobilien wurde nach der in Deutschland anerkannten Methode aus den Bodenrichtwerten abgeleitet. Aus Wesentlichkeitsgründen wurde auf eine Bewertung durch einen unabhängigen Gutachter verzichtet.

Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Vermögenswerte auf **Wertminderungen**. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird anhand eines Werthaltigkeitstests festgestellt, welcher Betrag für den betreffenden Vermögenswert erzielt werden kann. Der erzielbare Betrag ist dabei der höhere aus Nutzungswert und Nettoveräußerungswert. Sofern der erzielbare Betrag des Vermögenswertes den Buchwert unterschreitet, wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Wenn der Vermögenswert Teil einer Zahlungsmittel generierenden Einheit ist, wird der erzielbare Betrag auf Ebene dieser Einheit ermittelt. Die mittelfristig zu erwartenden Cashflows je Zahlungsmittel generierender Einheit werden auf Basis von Planungsrechnungen unter Einbeziehung aktueller Marktzinsen ermittelt. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung weg, werden Zuschreibungen maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

Die **Wertpapiere** werden der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet und sind zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Der beizulegende

de Zeitwert kommt dem Markt- oder Börsenpreis gleich. Unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Folgebewertung werden im Eigenkapital unter Berücksichtigung latenter Steuern solange erfasst, bis diese Finanzinstrumente veräußert werden bzw. bis eine objektive Wertminderung eintritt. Liegen am Bilanzstichtag objektive Hinweise für Wertminderungen vor, erfolgen ergebniswirksame Anpassungen an den Marktwert. Zum Zeitpunkt des Abgangs der Finanzinvestition werden bisher erfolgsneutral über das Eigenkapital verrechnete unrealisierte Gewinne oder Verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Von der Option, finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten, wird kein Gebrauch gemacht.

Die **sonstigen finanziellen Vermögenswerte** beinhalten im Wesentlichen Darlehensforderungen und sonstige Beteiligungen; diese werden der Kategorie „Kredite und Forderungen“ zugeordnet.

Darlehensforderungen werden zu Anschaffungskosten, unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Darlehen zum Barwert bewertet.

Es besteht kein aktiver Markt für die nicht nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen. Da deren beizulegender Wert gegenwärtig nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden sie zu Anschaffungskosten bewertet.

Die **Vorräte** werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder dem zum Bilanzstichtag niedrigeren Nettoveräußerungswert erfasst. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit werden mittels angemessener Abschläge einbezogen.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dieser entspricht grundsätzlich den Anschaffungskosten unter Abzug etwa erforderlicher Wertberichtigungen. Entsprechende Wertberichtigungen berücksichtigen dabei das Ausfallrisiko und werden teilweise unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos vorgenommen. Die Entscheidung, ob eine Wertberichtigung über ein Wertberichtigungskonto erfolgt oder direkt den Buchwert mindert, ist von der Wahrscheinlichkeit des erwarteten Forderungsausfalls abhängig.

Sonstige finanzielle Vermögenswerte werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die übrigen sonstigen Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert bewertet.

Unter den **Zahlungsmitteln** werden die Kassenbestände, die Guthaben bei Kreditinstituten und kurzfristige Einlagen mit ursprünglichen Fälligkeiten von weniger als drei Monaten ausgewiesen.

Passiva

Rückstellungen werden gebildet, wenn rechtliche oder faktische Verpflichtungen entstanden sind, die sich auf ein vergangenes Ereignis beziehen, künftig zu einem wahrscheinlichen Ressourcenabfluss führen und deren Höhe zuverlässig geschätzt werden kann. Die Bewertung erfolgt mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag.

Langfristige Rückstellungen werden mit dem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bewertet. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach IAS 19 angesetzt. Eine durch Zeitablauf bedingte Erhöhung wird im Zinsaufwand berücksichtigt.

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses kommt gemäß IAS 19 das Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) zur Anwendung. Bei diesem Verfahren werden auch künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen berücksichtigt. Veränderungen des Rechnungszinsfußes führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die außerhalb eines Korridors von 10% liegen, werden auf die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit der betroffenen Mitarbeiter linear erfasst. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung im Finanzergebnis ausgewiesen.

Gemäß dem Temporary Concept (IAS 12) werden **latente Steuern** auf sämtliche zeitliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts bzw. einer Schuld in der IFRS-Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz gebildet.

Dabei werden die zum Bilanzstichtag geltenden Steuersätze zugrunde gelegt. Der Konzernsteuersatz beträgt 29,8% (Vorjahr 29%).

Latente Steuerschulden, die sich auf direkt im Eigenkapital erfasste Posten beziehen, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, sofern der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf die Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjekts beruhen und von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und werden nachfolgend mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Unter **Leasingverhältnissen** werden Vereinbarungen verstanden, bei denen der Leasinggeber dem Leasingnehmer das Nutzungsrecht an einem bestimmten Vermögenswert für einen festgelegten Zeitraum gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen überträgt. Dies gilt auch für Vereinbarungen, bei denen die Übertragung eines solchen Rechts nicht ausdrücklich beschrieben ist. Leasingverhältnisse sind als Finanzierungsleasing oder als Operating-Leasing einzustufen.

Bei Finanzierungsleasing handelt es sich um Leasingverhältnisse, bei denen die ZEAG Energie AG als Leasingnehmer im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand trägt. Der Leasinggegenstand wird mit dem niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und dem Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt und planmäßig über den kürzeren Zeitraum aus wirtschaftlicher Nutzungsdauer und Laufzeit des Leasingverhältnisses abgeschrieben. Eine Leasingverbindlichkeit, die in den Folgeperioden getilgt und nach der Effektivzinsmethode fortgeschrieben wird, ist in gleicher Höhe passiviert. Die Leasingzahlungen werden bei der Folgebewertung als Kapitalrückzahlung und Finanzaufwand behandelt. Die übrigen Leasingverhältnisse werden als Operating-Leasingverhältnisse behandelt, deren Leasingraten bzw. Mietzahlungen direkt als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden.

Die Baukostenzuschüsse und vorausgezahlten Erbbauzinsen werden als **Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesen. Die Baukostenzuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögenswerte über einen Zeitraum von in der Regel 40 bis 45 Jahren ertragswirksam aufgelöst. Der Rechnungsabgrenzungsposten für vorausgezahlte Erbbauzinsen wird in jährlich gleichbleibenden Raten entsprechend der Laufzeit des Erbbaurechts aufgelöst.

Die Erträge aus der Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens für im Voraus gezahlte Erbbauzinsen sowie für bis 2008 vereinnahmte Baukostenzuschüsse werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Die Auflösungsbeträge für ab 2009 vereinnahmte Baukostenzuschüsse werden unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich ermittelt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden in der Bilanz nicht erfasst.

Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse werden beim Risikoübergang auf den Kunden realisiert. Beim Eigentumsübergang oder bei Besitzübergang gehen die Chancen und Risiken grundsätzlich auf den Kunden über. Die Umsatzerlöse für Güter bzw. Dienstleistungen werden nach dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu erhaltenden Gegenleistung bewertet.

Die Umsatzerlöse werden um Erlöschmälerungen, wie z. B. Preisnachlässe oder Skonti, vermindert und ohne Umsatzsteuer sowie nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen. Sie ergeben sich größtenteils aus Strom- und Gasverkäufen, aus den Entgelten für die Verteilung von Strom und Gas und aus energienahen Dienstleistungen.

Zinserträge werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode zeitanteilig erfasst. Dividendenerträge werden erfasst, wenn das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

Änderungen und Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Rahmen der Erstellung des ZEAG-Konzernabschlusses sind Ermessensentscheidungen und Schätzungen durchzuführen, die sich verändern können und damit einen Einfluss auf die Darstellung

der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben können.

Ermessensentscheidungen:

Bei der Anwendung der Rechnungslegungsmethoden des Konzerns hat das Management folgende Ermessensentscheidungen getroffen, die die Bewertungsansätze im ZEAG-Konzernabschluss wesentlich beeinflussen:

- Finanzielle Vermögenswerte sind den Bewertungskategorien „zu Handelszwecken gehalten“, „zur Veräußerung verfügbar“, „bis zur Endfälligkeit gehalten“ und „Kredite und Forderungen“ zuzuordnen. Wertänderungen bei „zur Veräußerung verfügbaren“ finanziellen Vermögenswerten werden erfolgsneutral im Eigenkapital berücksichtigt, Wertänderungen bei „bis zur Endfälligkeit gehaltenen“ finanziellen Vermögenswerten werden dagegen nach der Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet (siehe dazu auch Erläuterung zu Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten).
- Pensionsleistungen
Der Aufwand aus einem leistungsorientierten Plan nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sowie der Barwert der Pensionsverpflichtung werden anhand versicherungsmathematischer Berechnungen ermittelt. Eine versicherungsmathe-

matische Berechnung erfolgt auf der Grundlage diverser Annahmen, die von den tatsächlichen Entwicklungen in der Zukunft abweichen können. Hierzu zählen die Bestimmung der Abzinsungssätze, künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, die Sterblichkeitsrate und künftige Rentensteigerungen. Aufgrund der Komplexität der Bewertung und ihrer Langfristigkeit reagiert eine leistungsorientierte Verpflichtung höchst sensibel auf Änderungen dieser Annahmen.

Die Schätzungen stützen sich auf Annahmen und Prognosen, die naturgemäß ungewiss und veränderlich sind. Diese stellen ein beträchtliches Risiko dar, welches innerhalb des nächsten Geschäftsjahrs eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich machen könnte. Die relevantesten zukunftsbezogenen Annahmen und sonstige am Stichtag existierende Quellen von Schätzungsunsicherheiten werden nachfolgend näher beschrieben:

Sachanlagen: Wertminderungen durch technischen Fortschritt und Schäden können eine außerplanmäßige Abschreibung der Sachanlagen bedingen.

Bewertung der at equity-Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG:

Auf der Grundlage der abgeschlossenen Mietverträge wurden die mit 6,2 % (Vorjahr 6 %) (nach Steuern) diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2059 abgezinst und dem Buchwert gegenübergestellt. Der Differenzbetrag wurde als Zuschreibung (im Vorjahr Abschreibung) in Höhe von 98 T€ (Vorjahr 51 T€) auf den Beteiligungsbuchwert im Periodenergebnis erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:

Wertänderungen von finanziellen Vermögenswerten, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet sind, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Voraussetzlich dauerhafte Wertminderungen werden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst. Bei Eigenkapitalinstrumenten bestehen objektive, substantielle Hinweise für das Vorliegen einer nachhaltigen Wertminderung nach herrschender Meinung, wenn der beizulegende Zeitwert um mindestens 20 % oder während der letzten neun Monate unter dem Wert der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Im Geschäftsjahr 2012 waren ergebniswirksam außerplanmäßige Abschreibungen auf zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen in Höhe von 1.358 T€ vorzunehmen (Vorjahr 7.441 T€).

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

Der beizulegende Zeitwert der finanziellen Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten wird basierend auf Börsenkursen oder auf Grundlage anerkannter Bewertungsverfahren einschließlich der Discounted-Cashflow-Methode bestimmt. Wenn sich die in das Bewertungsverfahren eingehenden Parameter nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, sind entsprechende Annahmen zu treffen, die sich auf die Höhe des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken können.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte:

Durch die Bildung von Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen wird dem Kreditrisiko Rechnung getragen. Die Höhe der Wertberichtigung ist abhängig von Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, Fälligkeitsstrukturen der Forderungssalden, die Bonität der Kunden, Erfahrungen in Bezug auf Ausbuchungen von Forderungen der Vergangenheit und Veränderungen von Zahlungsbedingungen. Zum 31. Dezember 2012 betragen die Wertberichtigungen bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie den sonstigen Vermögenswerten insgesamt 157 T€ (Vorjahr 236 T€).

Pensionsrückstellungen:

Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen können sich durch die Auswahl der Prämissen, wie Rechnungszins oder Trendannahmen, durch den Ansatz biometrischer Wahrscheinlichkeiten nach den Heubeck-Richttafeln 2005 G sowie durch anerkannte Näherungsverfahren bei der Berechnung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ggf. Abweichungen gegenüber den im Zeitablauf tatsächlich entstehenden Verpflichtungen ergeben.

Sonstige Rückstellungen:

Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen, insbesondere für die Erneuerungsverpflichtung bezüglich eines Wasserkraftwerks und für Umweltschutzmaßnahmen, stützt sich auf erwartete Nutzungszeiträume und vergangenheitsbezogene Annahmen. Eine Abweichung der tatsächlichen Nutzungszeiträume und sonstigen Berechnungsgrundlagen von diesen Ansätzen ist im Falle einer Inanspruchnahme möglich.

Ertragsteuern:

Aufgrund abweichender bilanzieller Behandlung einzelner Abschlussposten sind für die Bewertung von Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern sowie bei der Beurteilung temporärer Differenzen zwischen IFRS und Steuerbilanz Schätzungen vorzunehmen. Das zukünftige voraussichtliche steuerpflichtige Einkommen wurde bei der Beurteilung der Werthaltigkeit, der Höhe und des Zeitpunkts der Inanspruchnahme von aktiven latenten Steuern berücksichtigt.

Segment- berichterstattung

Segmente

Der ZEAG-Konzern ist dem Zweck der Unternehmenssteuerung entsprechend nach Produkten in Geschäftseinheiten organisiert. Die operativen Segmente Verteilung und Vertrieb wurden aufgrund deren gleichartiger Entwicklung gemäß IFRS 8.12 zusammengefasst.

Die Segmentdaten wurden in Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss ermittelt.

Daraus ergeben sich folgende berichtspflichtige Geschäftssegmente:

Im **Geschäftssegment Strom** werden die Stromverteilung durch die NHF, der Verkauf von elektrischer Energie sowie die Erbringung energienaher Dienstleistungen durch die ZEAG erfasst. Die Städte Heilbronn und Lauffen a. N., die Gemeinden Neckarwestheim und Kirchheim a. N. bilden das Versorgungsgebiet der ZEAG, in dem der überwiegende Teil der Geschäftstätigkeit stattfindet. In 2012 wurde der Vertrieb von elektrischer Energie auch außerhalb des konzessionierten Versorgungsgebiets aufgenommen.

Im **Geschäftssegment Gas** werden die Aktivitäten der Gasversorgung Unterland GmbH im Vertrieb von Erdgas abgebildet, die Gasverteilung in dieser Sparte wird von der NHF durchgeführt.

Das Versorgungsgebiet der Gasversorgung Unterland GmbH umfasst im Landkreis Heilbronn sechs Kommunen nordwestlich von Heilbronn sowie die Gemeinden Obersulm, Langenbrettach und Neckarwestheim. Im Neckar-Odenwald-Kreis stellt die Gasversorgung Unterland GmbH die Erdgasversorgung für die Stadt Adelsheim und im Landkreis Ludwigsburg für die Gemeinde Kirchheim a. N. bereit. Seit Anfang 2010 wird Erdgas auch außerhalb des Netzgebiets vertrieben. Das Heizwerk in Heilbronn, Badstraße, das dem Segment Strom zugeordnet ist, wird seit 2009 konzernintern durch das Segment Gas mit Erdgas versorgt. Deshalb sind konzerninterne Umsatzerlöse in Höhe von 1.353 T€ (Vorjahr 1.436 T€) zu berücksichtigen.

Um Entscheidungen über die Ressourcenverteilung zu treffen und die Ertragskraft der Einheiten zu bestimmen, wird das Betriebsergebnis der Geschäftseinheiten getrennt überwacht.

Die Entwicklung der Segmente wird anhand des Betriebsergebnisses gesteuert und im Zusammenhang mit dem Konzernbetriebsergebnis bewertet.

Die Leistungsverrechnung zwischen den Segmenten beruht auf marktüblichen Konditionen. Segmenterträge, Segmentaufwendungen und das Segmentergebnis beinhalten neben den externen Erträgen und Aufwendungen auch die bei der Konsolidierung eliminierten Verrechnungen zwischen den Geschäftsbereichen.

Für Konsolidierungszwecke werden Erlöse aus Geschäften mit anderen Segmenten neutralisiert.

Das Tätigkeitsfeld des ZEAG-Konzerns lässt sich im Wesentlichen auf Baden-Württemberg eingrenzen. Daher wird keine geografische Segmentierung vorgenommen.

Im Segment Strom wurden mit einem Kunden erstmals Umsätze in einem wesentlichen Umfang getätigt (28,6 Mio. €). Im Vorjahr wurden im Geschäftssegment Gas mit einem wesentlichen Kunden Umsatzerlöse in Höhe von 1.561 T€ erzielt. Im Geschäftsjahr 2012 erreichten die Umsätze im Segment Gas mit keinem Kunden einen wesentlichen Umfang.

Informationen zu Erträgen und Ergebnissen sowie bestimmte weitere Informationen zu Vermögenswerten und Schulden der Geschäftsfelder des Konzerns werden nachfolgend tabellarisch für die Geschäftsjahre 2012 und 2011 dargestellt.

Geschäftsjahr
2012

(alle Beträge in T€)	Geschäfts- bereich Strom	Geschäfts- bereich Gas	Konsolidierung	Summe Geschäftsbereiche
Umsatzerlöse	145.188	11.962	-1.548	155.602
davon intrasegmentär	195	1.353		
Segmentergebnis	8.029	690		8.719
davon zahlungsunwirksame Erträge	1.002	195		
Nicht zuordenbares Ergebnis				-313
Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanzergebnis				8.406
Sonstiges Beteiligungsergebnis				-
Ergebnis at equity bewertete Beteiligungen				313
Zinserträge				4.731
Zinsaufwendungen				-2.071
Sonstiges Finanzergebnis				3.842
Ergebnis vor Ertragsteuern				15.221
Ertragsteuern	-2.393	-206		-3.471
Ergebnis nach Steuern				11.750
Vermögenswerte und Schulden				
Segmentvermögen	185.099	31.828	-3.224	213.703
Nicht zuordenbare Vermögenswerte				123.363
Summe Vermögenswerte				337.066
Segmentsschulden	85.428	16.936	-3.224	99.140
Nicht zuordenbare Schulden				2.317
Summe Schulden				101.457
Sonstige Segmentinformationen				
Investitionen				
Immaterielle Vermögenswerte	4.882	-		
Sachanlagen	4.886	533		
Abschreibungen auf				
immaterielle Vermögenswerte	933	16		
Sachanlagen	5.878	748		

Geschäftsjahr
2011

(alle Beträge in T€)	Geschäfts- bereich Strom	Geschäfts- bereich Gas	Konsolidierung	Summe Geschäftsbereiche
Umsatzerlöse	131.762	11.851	-2.163	141.450
davon intrasegmentär	727	1.436		
Segmentergebnis	6.293	801		7.094
davon zahlungsunwirksame Erträge	2.441	304		
Nicht zuordenbares Ergebnis				-300
Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanzergebnis				6.794
Sonstiges Beteiligungsergebnis				-
Ergebnis at equity bewertete Beteiligungen				174
Zinserträge				5.199
Zinsaufwendungen				-2.773
Sonstiges Finanzergebnis				-4.925
Ergebnis vor Ertragsteuern				4.469
Ertragsteuern	-1.825	-232		-730
Ergebnis nach Steuern				3.739
Vermögenswerte und Schulden				
Segmentvermögen	172.199	29.000	-1.064	200.135
Nicht zuordenbare Vermögenswerte				132.817
Summe Vermögenswerte				332.952
Segmentsschulden	88.976	13.752	-1.064	101.664
Nicht zuordenbare Schulden				3.072
Summe Schulden				104.736
Sonstige Segmentinformationen				
Investitionen				
Immaterielle Vermögenswerte	223	-		
Sachanlagen	9.915	1.225		
Abschreibungen auf				
immaterielle Vermögenswerte	833	15		
Sachanlagen	5.707	728		

Die nicht zuordenbaren Vermögenswerte des Konzerns betreffen wie im Vorjahr im Wesentlichen Wertpapiere, die nicht zuordenbaren Schulden betreffen Verbindlichkeiten für Ertrag-

steuern und latente Steuern. Das nicht zuordenbare Ergebnis betrifft insbesondere Verwaltungsgebühren für Wertpapiere.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung sowie Angaben zu Beschäftigten und zum Dividendenvorschlag

(1) Umsatzerlöse

Umsatzerlöse werden erfasst, wenn das Risiko auf die Kunden übergeht.

Sie werden offen um die Strom- und Energiesteuer von den Umsatzerlösen gekürzt.

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
Umsatzerlöse inkl. Strom- und Energiesteuer	145.669	134.934
Strom- und Energiesteuer	-11.598	-12.779
Umsatzerlöse aus Energielieferungen	134.071	122.155
Umsatzerlöse aus netznahen Dienstleistungen	21.531	19.295
Umsatzerlöse	155.602	141.450

In der Segmentberichterstattung werden die Umsatzerlöse nach Geschäftsbereichen segmentiert ausgewiesen.

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland generiert.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Die aus der Erbringung von Dienstleistungen resultierenden sonstigen betrieblichen Erträge werden, sofern deren Höhe verlässlich messbar ist,

mit der Erbringung erfasst. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und die periodenfremden Erträge werden ab dem Geschäftsjahr 2012, so-

weit zuordenbar, nach herrschender Meinung bei den jeweiligen Aufwandspositionen verrechnet. Die betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
Erträge		
aus Anlageabgängen	87	259
aus Auflösung von Rückstellungen	-	1.314
aus Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten	1.119	1.341
aus Kostenverrechnungen (Dienstleistungen)	2.253	1.925
Periodenfremde Erträge	295	1.360
Sonstige	2.157	2.380
	5.911	8.579

(3) Materialaufwand

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	104.628	97.757
(davon aus der Auflösung von Rückstellungen)	(-1.256)	(-)
Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.691	16.862
(davon Konzessionsabgaben)	(5.567)	(5.741)
	124.319	114.619

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe umfassen im Wesentlichen Strom- und Gasbezugskosten. Davon entfallen 1.638 T€ (Vorjahr 2.460 T€) auf den Verbrauch von Vorräten.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten Aufwendungen für die Netznutzung, Fremdleistungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen sowie die vom Konzern an

die Konzessionsgemeinden für die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze zu entrichtenden Konzessionsabgaben.

(4) Personalaufwand

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Löhne und Gehälter	10.615	10.315
Soziale Abgaben	1.712	1.733
(davon Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung)	(853)	(861)
Aufwendungen für Altersversorgung und ähnliche Verpflichtungen*	526	502
	12.853	12.550

* einschließlich Beiträge an den Pensionssicherungsverein a. G.

(5) Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

	2012	2011
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	148	146
Auszubildende	20	23
	168	169

(6) Abschreibungen

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	949	848
Sachanlagen	6.626	6.436
	7.575	7.284



(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Verluste aus Anlageabgängen	902	490
Verwaltungs- und Vertriebskosten	7.948	8.337
Periodenfremde Aufwendungen	-367	85
Sonstige Steuern	88	91
Übrige	327	341
	8.898	9.344

(8) Ergebnis aus at equity bewerteten Beteiligungen

Das Ergebnis aus den at equity bewerteten Beteiligungen enthält den Gewinnanteil aus der Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG sowie Zuschreibungen (im Vorjahr

Abschreibungen) auf den Beteiligungsbuchwert. Die Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert war im Vorjahr aufgrund eines durchgeführten Impairmenttests erforderlich.

(9) Übriges Beteiligungsergebnis

Im übrigen Beteiligungsergebnis werden die Erträge aus sonstigen Beteiligungen ausgewiesen.

(10) Finanzergebnis

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.506	3.718
(davon aus Wertpapieren)	(1.929)	(2.125)
Dividenden	1.225	1.481
Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren, Optionen und Zuschreibungen auf Wertpapiere und Ausleihungen	8.242	5.928
(davon aus Zuschreibungen)	(10)	(76)
Finanzerträge	12.973	11.127
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-468	-1.198
Zinsanteil der Zuführungen zu den Personalrückstellungen	-1.603	-1.575
Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren, Optionen und Abschreibungen auf Wertpapiere	-4.645	-10.889
(davon aus Abschreibungen)	(-1.358)	(-7.441)
Finanzaufwendungen	-6.716	-13.662
Finanzergebnis	6.257	-2.535

Die Zinsen und ähnlichen Erträge umfassen im Wesentlichen Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Bankguthaben.

Die unter den Erträgen im Finanzbereich ausgewiesenen Zinsen und Dividenden werden periodengerecht

erfasst, sobald ein vertraglicher und rechtlicher Anspruch besteht.

Zinserträge für finanzielle Vermögenswerte, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert auszuweisen sind, betragen 4.218 T€ (Vorjahr 5.077 T€). In diesen Zinserträgen sind

1.886 T€ (Vorjahr 2.043 T€) an Zinserträgen nach der Effektivzinsmethode enthalten.

Wie im Vorjahr sind keine Zinsen für finanzielle Verbindlichkeiten angefallen, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind.

(11) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Laufende Ertragsteuern	4.044	1.240
Latente Steuern	-573	-510
Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	3.471	730

Die Berechnung der latenten Steuern wurde mit einem Gesamtsteuersatz von 29,8 % vorgenommen (Vorjahr 29 %). Der Körperschaftsteuersatz betrug unverändert 15,0 % zuzüglich des Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer.

Der Gewerbesteuersatz erhöhte sich von 13,2 % auf 13,9 %.

Im laufenden Steueraufwand sind aperiodische Steueraufwendungen in Höhe von 405 T€ (Vorjahr Steuererträge 1.054 T€) enthalten.

Die folgende Aufstellung zeigt eine Überleitung vom erwarteten Steuerergebnis auf das effektiv ausgewiesene Steuerergebnis:

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Ergebnis vor Steuern	15.221	4.469
Theoretischer Steuersatz	29,8%	29%
Erwarteter Steueraufwand	4.536	1.296
Steuereffekte durch Steuersatzänderungen	205	-
Steuerfreie Erträge	-2.488	-2.172
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	517	2.369
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen	185	252
Periodenfremde Steuern	405	-1.054
Sonstige Effekte	111	39
Effektive Ertragsteuern (-Ertrag/+Aufwand)	3.471	730

(12) Ergebnis je Aktie

Vom Ergebnis des Konzerns sind 11.751 T€ den Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnen.

Das Ergebnis je Aktie wird ermittelt, indem das den Inhabern der Aktien des Mutterunternehmens zuzurech-

nende Ergebnis mit der Anzahl der während des Jahres 2012 ausgegebenen Aktien dividiert wird.

Bei unverändert im Umlauf befindlichen 3.778.000 Stück Inhabers-
Stückaktien beläuft sich bei dem

ausgewiesenen Periodenergebnis von 11.751 T€ (Vorjahr 3.739 T€) das Ergebnis auf 3,11 € (Vorjahr 0,99 €) je Aktie. Wie im Vorjahr ergaben sich auch im Geschäftsjahr keine Verwässerungseffekte.

(13) Dividendenvorschlag

Auf der voraussichtlich am 7. Mai 2013 stattfindenden Hauptversammlung werden Vorstand und Aufsichtsrat den Aktionären die Ausschüttung einer

Dividende in Höhe von 3,00 € (Vorjahr 1,80 €) je Stückaktie für das Geschäftsjahr 2012 vorschlagen.

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
Dividende für 2012: 3,00 € (Vorjahr 1,80 €) je Aktie	11.334	6.800
Ausschüttungsvorschlag	11.334	6.800



Erläuterungen zur Bilanz und zur Kapitalflussrechnung

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Vermögenswerte entwickelten sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt:

(alle Beträge in T€)	Geleistete Baukosten-zuschüsse	Strombezugs- und sonstige Nutzungsrechte	Software	Kundenstamm*	Summe
Stand 01.01.2012					
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.507	14.339	1.935	2.362	22.143
Kumulierte Abschreibungen	-3.171	-7.592	-1.600	-2.307	-14.670
Buchwert 01.01.2012	336	6.747	335	55	7.473
Zugänge	-	4.800	82	-	4.882
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-894	-	-	-894
Abschreibungen	-89	-673	-173	-14	-949
Buchwert 31.12.2012	247	9.980	244	41	10.512
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.507	14.835	1.876	2.362	22.580
Kumulierte Abschreibungen	-3.260	-4.855	-1.632	-2.321	-12.068
Buchwert 31.12.2012	247	9.980	244	41	10.512
Stand 01.01.2011					
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.507	14.339	3.951	2.362	24.159
Kumulierte Abschreibungen	-3.083	-7.050	-3.635	-2.293	-16.061
Buchwert 01.01.2011	424	7.289	316	69	8.098
Zugänge	-	-	223	-	223
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-88	-542	-204	-14	-848
Buchwert 31.12.2011	336	6.747	335	55	7.473
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.507	14.339	1.935	2.362	22.143
Kumulierte Abschreibungen	-3.171	-7.592	-1.600	-2.307	-14.670
Buchwert 31.12.2011	336	6.747	335	55	7.473

* im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworben

Die Restnutzungsdauer für ein Strombezugsrecht beträgt zehn Jahre. Für die Rechte aus einer virtuellen Kraft-

werksscheibe beträgt die Restnutzungsdauer 29 Jahre und für Wasser-nutzungsrechte bis zu 31 Jahren.

(15) Sachanlagen

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Sachanlagen stellt sich wie folgt dar:

(alle Beträge in T€)	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Anlagen im Bau	Summe
Stand 01.01.2012				
Anschaffungs- und Herstellungskosten	17.818	230.625	2.339	250.782
Kumulierte Abschreibungen	-6.843	-114.939	-	-121.782
Buchwert 01.01.2012	10.975	115.686	2.339	129.000
Zugänge	12	5.050	357	5.419
Umbuchungen	-	1.950	-1.950	-
Abgänge	-123	-6	-	-129
Abschreibungen	-287	-6.339	-	-6.626
Buchwert 31.12.2012	10.577	116.341	746	127.664
Anschaffungs- und Herstellungskosten	17.644	237.168	746	255.558
Kumulierte Abschreibungen	-7.067	-120.827	-	-127.894
Buchwert 31.12.2012	10.577	116.341	746	127.664
Stand 01.01.2011				
Anschaffungs- und Herstellungskosten	18.070	223.830	2.014	243.914
Kumulierte Abschreibungen	-6.761	-112.111	-	-118.872
Buchwert 01.01.2011	11.309	111.719	2.014	125.042
Zugänge	23	10.150	967	11.140
Umbuchungen	-	642	-642	-
Abgänge	-66	-681	-	-747
Abschreibungen	-291	-6.144	-	-6.435
Buchwert 31.12.2011	10.975	115.686	2.339	129.000
Anschaffungs- und Herstellungskosten	17.818	230.625	2.339	250.782
Kumulierte Abschreibungen	-6.843	-114.939	-	-121.782
Buchwert 31.12.2011	10.975	115.686	2.339	129.000



(16) Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Stand 01.01.		
Anschaffungs- und Herstellungskosten	1.033	1.033
Kumulierte Abschreibungen	-392	-392
Buchwert 01.01.	641	641
Abgänge	-	-
Abschreibungen	-	-
Buchwert 31.12.	641	641
Anschaffungs- und Herstellungskosten	1.033	1.033
Kumulierte Abschreibungen	-392	-392
Buchwert 31.12.	641	641

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien betreffen unbebaute Grundstücke des ehemaligen Zementbereichs. Wie im Vorjahr hatten diese Grundstücke zum Bilanzstichtag einen Marktwert in Höhe von 1.267 T€.

Die Pachterträge aus diesen Immobilien betragen 6 T€ (Vorjahr 7 T€). Die direkt zurechenbaren betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 1 T€ (Vorjahr 5 T€). Die Pachtverträge sind jährlich kündbar.

Verpflichtungen zum Erwerb von als Finanzinvestitionen zu haltenden Immobilien bestehen nicht.

(17) Wertpapiere (langfristig)

Die Wertpapiere werden der Kategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet und damit zum „beizulegenden Zeitwert“ bewertet. Darunter fallen börsennotierte festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Anteile an Publikumsfonds.

Aufgrund der längerfristigen Anlagestrategie werden die im Bestand gehaltenen Wertpapiere, soweit diese

bei fester Laufzeit am Bilanzstichtag eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesen.

Im Berichtsjahr waren bei verschiedenen Aktienbeständen aufgrund signifikanter bzw. länger andauernder Wertminderungen erfolgswirksam Abschreibungen vorzunehmen. Im Geschäftsjahr erfolgten Abschreibungen

auf den Wertpapierbestand in Höhe von 1.358 T€ (Vorjahr 7.441 T€). Zum Bilanzstichtag besteht aus der erfolgsneutralen Bewertung zum Fair Value eine Neubewertungsrücklage in Höhe von 8,3 Mio. € (Vorjahr 6,0 Mio. €).

Bei den Angaben zum Finanzrisikomanagement und den Finanzinstrumenten erfolgen hierzu weitere Erläuterungen.

(18) At equity bewertete Unternehmen

Bei dem nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen handelt es sich um die 44,11 %-ige Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG, Heilbronn.

Auf die nach der Equity-Methode bewertete Beteiligung wurde auf der Grundlage einer Werthaltigkeitsprüfung, eines sogenannten Impairmenttests nach IAS 36, eine Zuschreibung (Vorjahr Abschreibung) in Höhe von 98 T€ (Vorjahr 51 T€) vorgenommen. Im Rahmen des Impairmenttests wurde der erzielbare Betrag anhand des

Nutzungswerts ermittelt, dieser beträgt 10.833 T€ (Vorjahr 10.982 T€).

Der Nutzungswert wurde als Barwert der erwarteten künftigen Cashflows berechnet. Für den zugrunde liegenden Zeitraum wurden die Laufzeiten der Mietverträge inklusive Mietverlängerungsoptionen berücksichtigt, so dass der Betrachtungszeitraum im Jahr 2059 endet. Bei der Berechnung des Barwerts wurde ein Zinssatz von 6,2 % (Vorjahr 6,0 %) zugrunde gelegt, eine Extrapolation erfolgte wegen der Betrachtung des Gesamtzeitraumes nicht.

Die wesentlichen Annahmen beruhen auf den Erfahrungswerten des Managements.

Der Anteil am Haftkapital der Gesellschaft beläuft sich wie im Vorjahr auf 5.000 T€, der Anteil an den Eventualverpflichtungen der Gesellschaft auf 2.048 T€ (Vorjahr 2.125 T€).

Die Entwicklung der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG im Rahmen ihrer Vermietungstätigkeit des Verwaltungs- und Werkstattgebäudes in Heilbronn per 31. Dezember 2012 lässt sich wie folgt darstellen (100 %):

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Angaben nach IFRS		
Langfristiges Vermögen	25.517	26.314
Kurzfristiges Vermögen	1.273	1.053
Langfristige Schulden	6.361	6.395
Kurzfristige Schulden	391	375
Eigenkapital	20.038	20.597
Umsatzerlöse	2.850	3.079
Jahresergebnis	489	509
Angaben nach HGB		
Jahresergebnis	1.049	928

(19) Übrige finanzielle Vermögenswerte

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Sonstige Beteiligungen	3.598	4.037
Forderungen an nahestehende Unternehmen	367	350
	3.965	4.387



Bei den zu Anschaffungskosten bewerteten sonstigen Beteiligungen im Strombereich handelt es sich größtenteils um die Beteiligung an der Baltic

Windpark Beteiligungen GmbH & Co. KG. Der Konzern ist an dieser Gesellschaft nach wie vor mit 8,3% beteiligt. Im Berichtsjahr hat diese die

bei ihr durch Einzahlung gebildete Kapitalrücklage teilweise (414 T€) zurückgezahlt. Der Buchwert verminderte sich daher auf 2.970 T€ (Vorjahr 3.384 T€).

(20) Steuererstattungsansprüche

Unter den Steuererstattungsansprüchen ist das abgezinste Körperschaftsteuerguthaben aus der Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren nach dem Steuersenkungsgesetz vom

23. Oktober 2000 durch die Neuregelung des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher

Vorschriften (SEStEG) vom 7. Dezember 2006 ausgewiesen. Die Auszahlung des Körperschaftsteuerguthabens erfolgt in zehn gleichen Jahresraten beginnend ab dem Jahr 2008.

(21) Vorräte

Die Vorräte beinhalten die zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag bewerteten Roh-, Hilfs- und

Betriebsstoffe in Höhe von 1.094 T€ (Vorjahr 1.038 T€). Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Vorräte in Höhe von 9 T€ (Vorjahr 11 T€) vorge-

nommen. Von den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind am Bilanzstichtag 160 T€ (Vorjahr 70 T€) zum Nettoveräußerungswert in der Bilanz aufgeführt.

(22) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
– an Dritte	17.083	16.594
– an nahestehende Unternehmen	753	1.733
	17.836	18.327

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind abgegrenzte Forderungen in Höhe von 15,3 Mio. € (Vorjahr 14,8 Mio. €) aus noch nicht abgerechneten Strom- und Gasbezügen unserer Kunden enthalten. Dabei erfolgte eine Verrechnung von erhaltenen Abschlagszahlungen in Höhe von 37,4 Mio. € (Vorjahr 37,2 Mio. €).

Die grundsätzlich kurzfristig fälligen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind nicht verzinslich. Im Berichtsjahr sind Forderungsverluste in Höhe von 327 T€ (Vorjahr 341 T€) zu verzeichnen.

Per 31. Dezember 2012 waren von den ausgewiesenen Forderungen Außenstände in Höhe von 249 T€ (Vorjahr

374 T€) wertgemindert für die Einzelwertberichtigungen gebildet worden. Aufgrund der Vielzahl der Forderungen werden Wertberichtigungen über ein Sammelwertberichtigungskonto erfasst.

Das Wertberichtigungskonto hat sich folgendermaßen verändert:



(alle Beträge in T€)	2012	2011
Einzelwertberichtigungen		
Stand 01.01.	236	213
Auflösung	92	5
Zuweisung	13	28
Stand 31.12.	157	236

Die nicht einzelwertberichtigten Forderungen zeigten zum Bilanzstichtag folgende Altersstruktur:

(alle Beträge in T€)	31.12.2012	31.12.2011
weder überfällig noch wertgemindert	17.518	17.854
30–60 Tage	62	136
60–90 Tage	91	184
90–120 Tage	86	18
> 120 Tage	79	135
Summe	17.836	18.327

(23) Wertpapiere

Unter den Wertpapieren innerhalb der kurzfristigen Vermögenswerte werden als zur Veräußerung verfügbare Finanz-

instrumente zusammengefasst, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die hierin enthaltenen festver-

zinslichen Wertpapiere sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

(24) Sonstige finanzielle Vermögenswerte

Das im Vorjahr gewährte, marktüblich verzinsten Darlehen an die EnBW Energie Baden-Württemberg AG wurde am 19. März 2012 vollständig zurückgezahlt.

Festgeldanlagen bei Kreditinstituten mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten werden als sonstige finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen.

(25) Sonstige Vermögenswerte

Bei dieser Position handelt es sich im Wesentlichen um geleistete Vorauszahlungen und Zinsabgrenzungen.

(26) Zahlungsmittel

Die Guthaben bei Kreditinstituten werden mit variablen Zinssätzen für täglich verfügbare Guthaben verzinst. Die kurzfristigen Einlagen werden zwischen einem Tag und mehreren Monaten angelegt. Die Tages- und Festgeldanlagen (ursprüngliche Anlagedauer

unter drei Monate) werden mit dem jeweils gültigen Zinssatz für kurzfristige Einlagen verzinst.

Per 31. Dezember 2012 verfügt der Konzern über Kreditlinien in Höhe von 3,0 Mio. € (Vorjahr 3,0 Mio. €). Davon

wurden 0,3 Mio. € für Bürgschaften in Anspruch genommen. Für die Inanspruchnahme der Kredite sind alle notwendigen Bedingungen erfüllt.

(27) Eigenkapital

Das **Grundkapital** der Gesellschaft beträgt weiterhin 19.400.000 €, ist vollständig eingezahlt und in 3.778.000 Stück nicht einzeln verbriefte, voll stimmberechtigte, nennwertlose Inhaber-Stückaktien eingeteilt.

Zum Bilanzstichtag halten die EnBW Energie Baden-Württemberg AG und die mit ihr verbundenen Gesellschaften wie im Vorjahr 98,26 % des Grundkapitals der ZEAG Energie AG.

Für die Darstellung der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung nach IFRS/IAS wurden die Ansätze des Grundkapitals und der Kapitalrücklage aus dem Einzelabschluss der ZEAG Energie AG übernommen.

Die **Kapitalrücklage** umfasst ausschließlich Agiobeträge aus Kapitalerhöhungen früherer Jahre.

Soweit sie nicht ausgeschüttet werden, fließen die in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen in die **Gewinnrücklagen** ein.

Der Jahresabschluss der ZEAG Energie AG per 31. Dezember 2012 weist einen Jahresüberschuss nach § 58 Abs. 2 AktG in Höhe von 15,4 Mio. € (Vorjahr 13,6 Mio. €) aus. Nach Einstellung von 4,5 Mio. € (Vorjahr 6,7 Mio. €) in die anderen Gewinnrücklagen ergibt sich bei einem Gewinnvortrag von 0,6 Mio. € (Vor-

jahr 0,5 Mio. €) ein Bilanzgewinn in Höhe von 11,5 Mio. € (Vorjahr 7,4 Mio. €).

Die Ausschüttungen, die in der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung ausgewiesen werden, entsprechen 1,80 € (Vorjahr 2,55 €) je Stückaktie.

Bei den **kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen** nach IAS 39 handelt es sich um die unrealisierten Gewinne und Verluste der als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifizierten Wertpapiere.

Sie zeigten im Berichtsjahr folgende Entwicklung:

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
Stand 01.01.	5.963	11.836
Abgang aufgrund von Verkäufen	-7.099	-4.731
Abgang für Wertminderungen	1.358	6.895
Zu-/Abgang aufgrund von Marktänderungen	9.131	-8.184
Latente Steuern (- Aufwand/+ Ertrag)	-1.051	147
(davon aus Abgang)	(623)	(-17)
Stand 31.12.	8.302	5.963

(28) Rückstellungen

(alle Beträge in T€)	Stand 01.01.2012	Zufüh- rungen	Auf- lösungen	Über- tragungen	Auf- zinsungen	Inanspruch- nahmen	Stand 31.12.2012
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28.302	469	–	53	1.556	1.678	28.702
Personalarückstellungen	929	389	–	–	47	217	1.148
Sonstige Rückstellungen	5.834	597	1.347	–	378	110	5.352
	35.065	1.455	1.347	53	1.981	2.005	35.202
davon langfristig	32.664						33.106
davon kurzfristig	2.401						2.096

Der Konzern gewährt dem Vorstand und der Mehrzahl der Belegschaft aufgrund einzelvertraglicher oder betrieblicher Regelungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses Ruhegelder und andere Leistungen. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind für die Verpflichtungen aus den gegenüber den berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeitern sowie deren Hinterbliebenen gegebenen Versorgungs-

zusagen gebildet. Die Übertragungen betreffen im Saldo Rückstellungen zu Gunsten von Mitarbeitern, die in andere EnBW-Gesellschaften gewechselt sind.

Die zugesagten Versorgungsleistungen sind von der Höhe der Vergütung der Mitarbeiter und der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig.

Gemäß IAS 19 werden die Verpflichtungen mit dem nach versicherungs-

mathematischen Methoden berechneten Barwert angesetzt, der nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt wurde. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sind bei der Bemessung der Rückstellung mit einbezogen.

Der Berechnung liegen folgende Parameter zugrunde:

	2012	2011
Diskontierungszins	3,80 %	5,25 %
Zukünftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	2,5 % ¹	1,8 % ²
Zukünftig erwartete Rentensteigerung	2,0 %	2,0 %

¹ 2013 0,00 %, 2014 0,70 %, 2017 4,30 % ² 2012 0,00 % / 1,80 %, 2013 2,5 %

Die Berechnungen basieren auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Zur Ableitung des laufzeitkongruenten Diskontierungszinssatzes der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen boten in der Vergangenheit die auf Euro lautenden Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating

des AA-Corporate Bond Universum von Bloomberg eine solide Datengrundlage. Der seit Ausbruch der Finanzkrise zu beobachtende signifikante Anstieg des Spreads zwischen AA-gerateten Unternehmensanleihen und Staatsanleihen hat u. a. dazu geführt, dass man es allgemein als notwendig erachtet, die Datenbasen näher zu analysieren und durch eine

Modifikation der Grundgesamtheit der Anleihen eine höhere Kontinuität und damit einen besseren Einblick in die Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zu gewährleisten. Die Einführung dieses Verfahrens führt im Berichtsjahr zu einem Anstieg des Diskontierungszinssatzes um 40 Basispunkte und einem versicherungsmathematischen Gewinn in Höhe von 2,6 Mio. €.

Für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind im Berichtsjahr folgende Aufwendungen erfasst:

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Aufwand für im Berichtsjahr erdiente Versorgungsansprüche	441	440
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	28	28
	469	468
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	1.556	1.548
	2.025	2.016

Die Aufwendungen für im Berichtsjahr erdiente Versorgungsansprüche und für versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sind im Personal-

aufwand, die Zinsaufwendungen für bereits erworbene Versorgungsansprüche unter den Finanzaufwendungen ausgewiesen.

Der Barwert der Versorgungsansprüche für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen leitet sich zum bilanzierten Wert der Versorgungsansprüche wie folgt über:

Anwartschaftsbarwert (alle Beträge in T€)	2012	2011
Versorgungsverpflichtung zu Jahresbeginn	30.477	30.335
Laufender Dienstzeitaufwand	441	440
Aufzinsung der in Vorjahren erworbenen Ansprüche	1.556	1.548
Versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+)	7.898	-151
Übertragungen von Versorgungsverpflichtungen	53	-14
Gezahlte Versorgungsleistungen	-1.678	-1.681
Versorgungsverpflichtung zum Jahresende	38.747	30.477
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-10.045	-2.175
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28.702	28.302

Die Entwicklung der Versorgungsverpflichtungen und erfahrungsbedingten Anpassungen stellt sich wie folgt dar:

(alle Beträge in T€)	2012	2011	2010	2009	2008
Versorgungsverpflichtungen	38.747	30.477	30.335	27.933	26.778
Erfahrungsbedingte Anpassungen in Bezug auf die Pensionsverpflichtungen	324	232	-42	305	140

Die Restlaufzeit der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beträgt durchschnittlich mehr als zehn Jahre.

Die **Personalarückstellungen** umfassen Verpflichtungen aus dem Altersteilzeittarif der Elektrizitätswirtschaft und andere arbeits- und sozialrechtliche Verpflichtungen. Der wesentliche

Teil der Personalarückstellungen hat eine Laufzeit von zwei bis fünf Jahren.

Unter den **sonstigen Rückstellungen** sind Rückstellungen für Erneuerungsverpflichtungen des von uns genutzten Wasserkraftwerks sowie Rückstellungen von Kosten für zu erwartende Umweltschutzmaßnahmen im stillgelegten Steinbruch Lauffen ausge-

wiesen. Der wesentliche Teil der sonstigen Rückstellungen hat eine Laufzeit von über fünf Jahren.

Der Bewertung der Rückstellung für Erneuerungsverpflichtungen liegen branchenübliche Erfahrungswerte zugrunde, die spezifischen Unsicherheitsfaktoren unterworfen sind.

(29) Sonstige Verbindlichkeiten

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	749	755
Sonstige Verbindlichkeiten	21	54
	770	809

Die Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen beinhalten die langfristigen Verpflichtungen aus Leasingverpflichtungen gegenüber der Neckar AG. Hierbei handelt es sich um Vereinbarungen zur Nutzung eines Wasserkraftwerkes, die gemäß den Bestimmungen des IFRIC 4 als eingebettetes Leasingverhältnis gewertet und bilanziert werden.

Die Neckar AG hat sich mit diesem Vertrag (Laufzeit bis 31. Dezember 2050) zur Lieferung des in diesem Kraftwerk hergestellten Stroms an die ZEAG verpflichtet. Die ZEAG trägt neben den vereinbarten laufenden Entgelten auch etwa anfallende Aufwendungen für die Erneuerung der baulichen und maschinellen Anlagen des Kraftwerks.

Am Bilanzstichtag bestehen ausstehende Leasingzahlungen in Höhe von 1.865 T€ (Vorjahr 1.914 T€), die mit einem Barwert (Zinssatz wie im Vorjahr 5,5%) von insgesamt 798 T€ (Vorjahr 803 T€) bewertet sind. Der Buchwert des Gebäudes sowie der technischen Anlagen und Maschinen des Wasserkraftwerks beträgt 0 T€ (Vorjahr 0 T€).

(alle Beträge in T€)	Ausstehende Leasingraten		Barwert der Leasingzahlungen	
	2012	2011	2012	2011
davon fällig				
innerhalb eines Jahres	49	49	48	48
zwischen einem und fünf Jahren	196	196	168	168
länger als fünf Jahre	1.620	1.669	582	587
	1.865	1.914	798	803
Abzinsung	1.067	1.111		

Im Berichtsjahr wurden bedingte Leasingzahlungen in Höhe von 253 T€

(Vorjahr 248 T€) erfolgswirksam verrechnet.

(30) Latente Steuerschulden

(alle Beträge in T€)	31.12.2012		31.12.2011	
	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer
Immaterielle Vermögenswerte	2.598	–	2.787	–
Sachanlagen	246	16.618	–	16.053
Finanzielle Vermögenswerte	839	3.058	1.076	2.846
Vorräte	–	–	–	–
Forderungen und sonstige finanzielle Vermögenswerte	85	39	85	59
Wertpapiere	–	–	–	–
Rückstellungen	4.255	1.529	3.917	1.542
Verbindlichkeiten	3.878	97	3.767	93
Bilanzausweis nach Saldierung	11.901	21.341	11.632	20.593
		9.440		8.961

Die als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten Wertpapiere wurden erfolgsneutral mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für diese erfolgte eine erfolgsneutrale Verrechnung der latenten Steueransprüche in Höhe von

102 T€ (Vorjahr 487 T€) und latenten Steuerschulden in Höhe von 1.051 T€ (Vorjahr 384 T€) mit dem Eigenkapital.

Der Gesamtbetrag der nicht passivierten temporären Unterschiede im Zu-

sammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen beläuft sich auf 7.177 T€ (Vorjahr 7.291 T€).

(31) Rechnungsabgrenzungsposten

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Baukostenzuschüsse	24.490	24.268
Im Voraus erhaltener Erbbauzins	12.438	12.645
	36.928	36.913
davon langfristig	35.740	35.561
davon kurzfristig	1.188	1.352

Für die im Eigentum des Konzerns befindlichen Vermögenswerte des Strom- und Gasbereiches wurden Baukostenzuschüsse vereinnahmt, die in Höhe von 24.490 T€ (Vorjahr 24.268 T€) passiviert wurden.

Ein im Voraus erhaltener Erbbauzins wird auf die Restlaufzeit des Erbbaurechts von 61 Jahren verteilt. Jährlich werden hiervon 207 T€ (Vorjahr 207 T€) ertragswirksam aufgelöst.

(32) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.186	9.237
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	7.860	8.896
Verpflichtungen aus Finanzierungsleasing	48	48
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	2.653	2.662
	16.747	20.843

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich um nicht verzinsliche, in der Regel kurzfristige und innerhalb von 30 Tagen fällige Verpflichtungen.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

sind die Salden aus dem Liefer- und Leistungsverkehr mit den Gesellschaften des EnBW-Konzerns sowie der kurzfristige Anteil der Leasingverpflichtung gegenüber der Neckar AG (Tz 29) über 48 T€ (Vorjahr 48 T€) ausgewiesen. Den Transaktionen lagen bei Vertragsabschluss jeweils marktübliche Konditionen zugrunde.

Die finanziellen und nicht finanziellen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich und innerhalb des folgenden Geschäftsjahrs fällig.

(33) Erläuterungen zur Konzernkapitalflussrechnung

Mit der Konzernkapitalflussrechnung wird die Entwicklung des Finanzmittelbestands der ZEAG in der Berichtsperiode durch Mittelzu- und Mittelabflüsse dargestellt. Der Mittelzufluss wird ausgehend vom Gewinn vor Steuern (EBT) indirekt abgeleitet. Nach Bereinigung um nicht ausgabewirksame Posten der im Investitions- bzw. Finanzierungsbereich auszuweisenden

Posten des Finanzergebnisses und der Veränderung der Mittelbindung der betrieblichen Vermögenswerte und Schulden ergibt sich der operative Cashflow aus der betrieblichen Geschäftstätigkeit.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit wird aus den Mittelab- und Mittelzuflüssen des Investitionsbereichs ein-

schließlich der zahlungswirksamen Posten des Finanzergebnisses abgeleitet. Die Mittelzu- und -abflüsse aus dem Finanzierungsbereich werden im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ausgewiesen.

Die Summe der Cashflows gibt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands wieder.

Finanzrisikomanagement und Finanzinstrumente

Die ZEAG verfügt über unterschiedlichste, unmittelbar aus der Geschäftstätigkeit resultierende finanzielle Vermögenswerte wie Darlehensforderungen, Wertpapiere, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Zahlungsmittel und sonstige kurzfristige Einlagen.

Die wesentlichen im ZEAG-Konzern bestehenden finanziellen Verbindlichkeiten sind Schulden aus Lieferungen und Leistungen und Schulden aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen. Die finanziellen Verbindlichkeiten werden zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit des Konzerns eingesetzt.

Unter die wesentlichen Risiken der Finanzinstrumente fallen zinsbedingte Cashflowrisiken, Preis- sowie Kredit- und Liquiditätsrisiken.

Strategien und Verfahren zur Steuerung einzelner Risikoarten, die durch die Unternehmensleitung beschlossen wurden, werden wie folgt aufgeführt:

Zinsrisiko

In der Regel werden Ausleihungen oder Finanzanlagen nur mit festen Zinssätzen vereinbart. Schwankende Marktzinssätze stellen daher für den Konzern ein Fair-Value-Risiko dar. Aufgrund der Klassifizierung der Wertpapiere als „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden Wertschwankungen bis zur Veräußerung im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital in einer entsprechenden Rücklage erfasst.

Sonstige Preisrisiken

Aufgrund schwankender Börsenkurse ist der Konzern dem Risiko von Wertschwankungen der im Besitz des Konzerns befindlichen Aktien, festverzinslichen Wertpapiere und Anteile an Publikumsfonds ausgesetzt.

Hierbei handelt es sich überwiegend um Wertpapiere in Euro und Emittenten mit Sitz innerhalb der Europäischen Union. Schwankungen der Marktzinssätze haben unmittelbaren Einfluss auf die Börsenkurse für festverzinsliche Wertpapiere.

Bei Anlageentscheidungen für den ZEAG-Konzern wird die jeweils gültige Treasury-Richtlinie beachtet. Ziel der Richtlinie ist die Absicherung des Unternehmens gegen finanzielle Risiken und eine Optimierung des Finanzergebnisses.

Aufgrund der volatilen Marktsituation und dem ungünstigen Kosten-/Nutzenverhältnis wird von einer Absicherung der direkt gehaltenen Wertpapiere (Aktien) wie auch schon im Vorjahr abgesehen.

Im Rahmen der gültigen Anlagerichtlinien sichert das Assetmanagement des Spezialfonds den Wertpapierbestand auf der Basis eines Return-Investment-Ansatzes ab. Richtlinienkonform wird kein Handel mit diesen Derivaten betrieben.

Bei der Sensitivitätsanalyse werden Wertänderungen bei inländischen

Aktien, bei Anteilen an Publikumsfonds und Genussscheinen unter der Prämisse von 15 %-igen Kursschwankungen (Vorjahr 15 %) ermittelt. Bei den festverzinslichen Wertpapieren wird hierbei eine Änderung des Zinsniveaus um 1 % angenommen.

Das Ergebnis und damit auch das Eigenkapital würde sich unter dem gegebenen Risikoszenario um 7,1 Mio. € erhöhen bzw. vermindern (Vorjahr 10,5 Mio. €). Von der hypothetischen Veränderung des Eigenkapitals entfallen 6,8 Mio. € (Vorjahr 6,8 Mio. €) auf Aktien und 0,3 Mio. € (Vorjahr 3,7 Mio. €) auf festverzinsliche und andere Wertpapiere.

Kreditrisiko

Gemäß den Vorschriften der Grundversorgungsverordnung ist die ZEAG verpflichtet, jedermann im Versorgungsgebiet mit elektrischer Energie bzw. Erdgas zu versorgen.

Der Kunde wird einer Bonitätsprüfung unterzogen, wenn die Versorgung außerhalb der Bestimmungen zur Grundversorgung erfolgt. Wenn Zweifel an der Bonität bestehen, wird die Energielieferung erst nach Leistung einer Vorauszahlung vorgenommen.

Eine laufende Überwachung der Forderungsbestände soll das Kreditrisiko senken, damit der Konzern keinen wesentlichen Ausfallrisiken ausgesetzt ist.

Bei Anlageentscheidungen im Zusammenhang mit den sonstigen finanziel-

len Vermögenswerten wie Zahlungsmitteln, zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen und Ausleihungen wird die Treasury-Richtlinie der Gesellschaft beachtet.

Im Vorjahr bestand bei den Ausleihungen an nahestehende Unternehmen hinsichtlich des Umfangs gegenüber nur einem Vertragspartner eine Risikokonzentration. Eine Ausleihung an nahestehende Unternehmen in Höhe von 10,0 Mio. € wurde am 19. März 2012 vollständig durch Rückzahlung getilgt (Vorjahr 10,3 Mio. €).

Ausfallrisiko

Das Gesamtvolumen der Finanzinstrumente in Höhe von 179,4 Mio. € (Vorjahr 179,1 Mio. €) entspricht dem maximalen Ausfallrisiko der Finanzinstrumente, da keine Absicherungen der Finanzinstrumente bestehen.

Von Kunden mit schlechter Bonität wurden Sicherheiten in Höhe von 370 T€ (Vorjahr 357 T€) gestellt, um das Ausfallrisiko zu minimieren. Die Sicherheiten wurden durch Einzahlungen geleistet, so dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht.

Zur Minimierung der Ausfallrisiken wurden Wertberichtigungen für Ausfallrisiken in Höhe von 157 T€ (Vorjahr 236 T€) durchgeführt. Es bestehen keine konkreten Anhaltspunkte für mögliche sonstige Ausfälle.

Das Forderungsportfolio ist branchenbedingt breit gestreut, so dass keine weiteren Risikokonzentrationen vorliegen. Das Risiko von Forderungsausfällen ist daher begrenzt.

Liquiditätsrisiko

Im Rahmen einer kurz- und mittelfristigen Planung überwacht der Konzern kontinuierlich das Risiko eines Liquiditätsengpasses. Laufzeiten der Finanzinvestitionen und der finanziellen Vermögenswerte sowie der erwartete Cashflow aus der Geschäftstätigkeit finden dabei Berücksichtigung.

Mittels Umschichtungen der finanziellen Vermögenswerte verfolgt der Konzern das Ziel, den Finanzmittelbedarf aus dem eigenen Bestand zu decken. Die Flexibilität wird durch die kurzfristige Nutzung von Kontokorrentkrediten sichergestellt.

Die Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten auf Basis der vertraglichen, nicht abgezinsten Zahlungen entwickelten sich wie folgt:

(alle Beträge in T€)	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten
31.12.2012			
bis 3 Monate	6.186	7.860	1.067
3–12 Monate	–	49*	–
1–5 Jahre	–	196*	–
über 5 Jahre	–	1.620*	–
Summe	6.186	9.725	1.067
31.12.2011			
bis 3 Monate	9.223	8.896	1.066
3–12 Monate	14	49*	–
1–5 Jahre	–	196*	–
über 5 Jahre	–	1.669*	–
Summe	9.237	10.810	1.066

* Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasing (Tz 29)

Kapitalsteuerung

Die Kapitalsteuerung zielt darauf ab, die Geschäftstätigkeit durch eine hohe Eigenkapitalquote zu unterstützen, um damit die Ertragskraft des Konzerns zu stärken.

Die Kapitalstruktur wird durch Anpassungen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesteuert. Um die Kapitalstruktur den geänderten wirtschaftlichen Bedingun-

gen anzupassen, kann der Konzern Dividendenzahlungen an die Anteilseigner verändern, Kapitalrückzahlungen an die Anteilseigner vornehmen oder neue Aktien ausgeben. Im Vergleich zum Vorjahr erfolgten keine Änderungen der Ziele, Richtlinien und Verfahren.

Der Kapitaldeckungsgrad entspricht dem Verhältnis des Eigenkapitals einschließlich der langfristig zur Verfügung

stehenden Fremdmittel zum langfristig gebundenen Vermögen. Mithilfe des Kapitaldeckungsgrads überwacht der Konzern seine Kapitalausstattung.

Es wird beabsichtigt, das langfristig gebundene Vermögen zu mindestens 100% durch langfristiges Kapital zu decken. Der Kapitaldeckungsgrad hat sich insbesondere aufgrund des gestiegenen Eigenkapitals von 120,6% im Vorjahr auf 125,5% erhöht.

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
Langfristige Vermögenswerte	251.249	253.972
Eigenkapital	235.610	228.216
Langfristige Fremdmittel	79.638	77.995
Langfristiges Kapital	315.248	306.211
Kapitaldeckungsgrad	125,5%	120,6%

Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 handelt es sich bei den Finanzinstrumenten um Verträge, die bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führen.

Zu den **originären Finanzinstrumenten** auf der Aktivseite zählen Wertpapie-

re, sonstige finanzielle Vermögenswerte, Forderungen sowie Zahlungsmittel und kurzfristige Einlagen. Auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten die originären Finanzinstrumente dar.

Die kurzfristigen Forderungen und finanziellen Verbindlichkeiten entsprechen mit den fortgeführten Anschaffungskosten grundsätzlich dem Nennwert bzw. dem Erfüllungsbetrag.

Originäre Finanzinstrumente werden grundsätzlich zum Erfüllungstag bilanziert. Die Ausbuchung erfolgt nach Bezahlung bzw. Verkauf zum Erfüllungstag. Uneinbringliche Forderungen werden ausgebucht, sofern mit einer Erfüllung nicht mehr zu rechnen ist. Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn der Grund für die Bildung der Verbindlichkeit nicht länger besteht.

Die Klassen der aktivischen Finanzinstrumente entwickelten sich zum 31. Dezember 2012 bzw. 2011 wie folgt:

(alle Beträge in T€)	Beizulegender Zeitwert	Buchwerte nach Bewertungskategorien			Buchwert
		IAS 17	Zur Veräußerung verfügbar	Kredite und Forderungen	
Aktiva per 31.12.2012					
Wertpapiere	99.360	–	99.360	–	99.360
Beteiligungen	–	–	–	3.965	3.965
Festgeld	15.032	–	–	15.032	15.032
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.836	–	–	17.836	17.836
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	7.397	–	–	7.397	7.397
Zahlungsmittel und Zahlungsmittel-äquivalente	35.819	–	–	35.819	35.819
	175.444	–	99.360	80.049	179.409
Aktiva per 31.12.2011					
Wertpapiere	105.996	–	105.996	–	105.996
Beteiligungen	–	–	–	4.387	4.387
Festgeld und ausgereichte Darlehen	25.000	–	–	25.000	25.000
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18.327	–	–	18.327	18.327
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	4.130	–	–	4.130	4.130
Zahlungsmittel und Zahlungsmittel-äquivalente	21.214	–	–	21.214	21.214
	174.667	–	105.996	73.058	179.054

Die langfristigen Wertpapiere in Höhe von 95,4 Mio. € (Vorjahr 98,9 Mio. €) umfassen börsennotierte Aktien, Rentenfonds und Anteile an Publikumsfonds in Höhe von 46,2 Mio. € (Vorjahr 45,9 Mio. €), die Markt- und Preisrisiken unterliegen. Die unter der gleichen Position ausgewiesenen festverzinslichen Wertpapiere entspre-

chen dem Nennwert von 49,1 Mio. € (Vorjahr 53,0 Mio. €) und unterliegen einem marktzensabhängigen Risiko.

Das maximale Ausfallrisiko je Klasse entspricht dem jeweiligen Buchwert. Hinsichtlich der überfälligen, nicht wertberechtigten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird

auf die Angaben in Tz 22 verwiesen. In den übrigen Klassen sind keine überfälligen Forderungen zu verzeichnen.

Wertpapiere mit einem Buchwert von 26,4 Mio. € (Vorjahr 25,4 Mio. €) weisen eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren auf.

Für die Verwaltung der Wertpapiere sind Entgelte in Höhe von 315 T€ (Vorjahr 308 T€) aufgewendet worden.

Der Bilanzwert entspricht dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere und basiert auf den veröffentlichten Marktpreisen am Bilanzstichtag.

Bei festverzinslichen Finanzinstrumenten wird über die gesamte Laufzeit ein Marktzinssatz vereinbart. Bei Änderungen der Marktzinsen besteht das Risiko darin, dass sich der beizulegende Zeitwert des Finanzinstruments verändert (zinsbedingtes Kursrisiko). Der Zeitwert bestimmt sich aus dem Barwert der künftigen Zahlungen

(Zinsen und Rückzahlungsbetrag). Die Zahlungen werden mit dem am Bilanzstichtag für die Restlaufzeit ermittelten Marktzinssatz abgezinst. Ein Gewinn oder Verlust aus dem zinsbedingten Risiko tritt nur bei Veräußerung des festverzinslichen Finanzinstruments vor Ende der Laufzeit ein.

Zum 31. Dezember 2012 hat die Gesellschaft folgende mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewertende Finanzinstrumente im Bestand:

(alle Beträge in T€)	Hierarchie			Buchwert	Buchwert Vorjahr
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte					
Aktien	26.619	–	–	26.619	30.183
Anteile an Publikumsfonds	19.648	–	–	19.648	15.752
Genussscheine	–	–	–	–	–
Festverzinsliche Wertpapiere	53.093	–	–	53.093	60.061
	99.360	–	–	99.360	105.996

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten erfolgt auf folgender Bewertungshierarchie:

In der Stufe 1 erfolgt die Bewertung aufgrund notierter Preise für gleichartige Vermögenswerte auf aktiven Märkten.

Eine Bewertung, bei der sich die verwendeten beobachtbaren direkten oder indirekten Input-Parameter wesentlich auf den Zeitwert auswirken, ist der Stufe 2 zugeordnet.

Bei dem Bewertungsverfahren der Stufe 3 werden Input-Parameter verwendet, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken und nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

Im Vorjahr war in den kurzfristigen sonstigen finanziellen Vermögenswerten eine verzinsliche Ausleihung über 10.000 T€ an die EnBW Energie Baden-Württemberg AG enthalten, die entsprechend der Marktsituation bei Vertragsabschluss mit 1,47 % verzinst

und am 19. März 2012 getilgt wurde. Ferner wird einer EnBW-Konzerngesellschaft ein unverzinsliches Darlehen mit einem Buchwert in Höhe von 367 T€ (Vorjahr 350 T€) gewährt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen dem am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert, da sie meist kurzfristig fällig sind. Da der beizulegende Zeitwert der Finanzinstrumente auf der Passivseite keinem langfristigen Zinsänderungsrisiko unterliegt, deckt sich dieser mit dem Buchwert.

Die Klassen der passivischen Finanzinstrumente haben sich wie folgt entwickelt:

(alle Beträge in T€)	Buchwerte nach Bewertungskategorien				
	Beizulegender Zeitwert	IAS 17	Zu Handelszwecken gehalten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Buchwert
Passiva per 31.12.2012					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.045	–	–	14.045	14.045
Finanzierungsleasing	798	798	–	–	798
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.067	–	–	1.067	1.067
	15.910	798	–	15.112	15.910
Passiva per 31.12.2011					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.133	–	–	18.133	18.133
Finanzierungsleasing	803	803	–	–	803
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1.066	–	–	1.066	1.066
	20.002	803	–	19.199	20.002

Der beizulegende Zeitwert für kurzfristige Verbindlichkeiten stimmt mit dem Buchwert überein. Bei den langfristigen Verbindlichkeiten wird der Marktwert durch die Abzinsung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Durch die Abzinsung der zu leistenden Zahlungen wird der Zeitwert der Leasingverbindlichkeiten ermittelt.

Die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich und innerhalb des folgenden Geschäftsjahrs fällig.

Die aktiven Finanzinstrumente dienen dazu, langfristige Verpflichtungen und teilweise auch das laufende Geschäft abzudecken.

Die Wertpapiere des Spezialfonds werden in der Konzernbilanz gesondert nach der jeweiligen Anlageart ausgewiesen. Der Wertpapierspezialfonds erzielte laufende Erträge in Höhe von 2.734 T€ (Vorjahr 2.125 T€).

Die Nettogewinne oder -verluste sind nach Bewertungskategorien nachfolgend dargestellt:

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	10.209	1.842
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte	-2.783	-2.362
Kredite und Forderungen	-327	-737
	7.099	-1.257

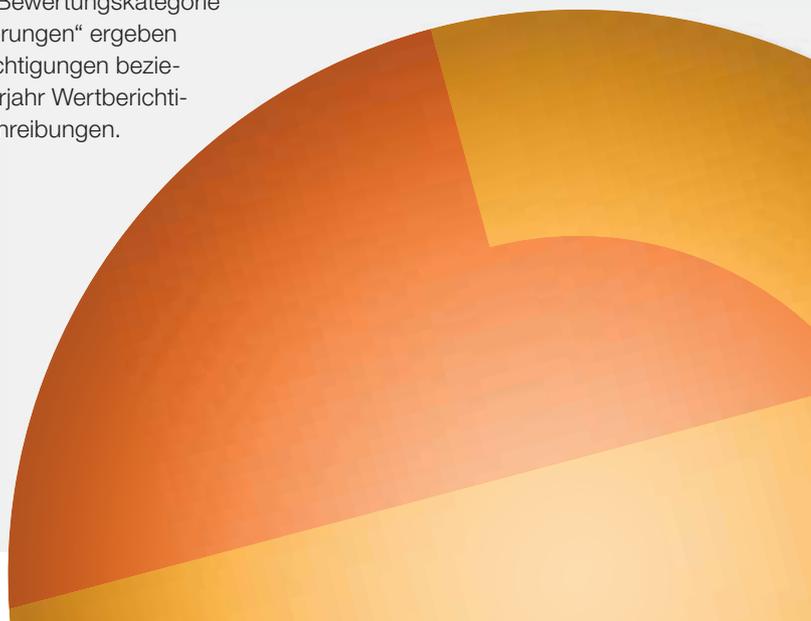
Die Nettogewinne der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ beinhalten neben Wertberichtigungen auch realisierte Verluste bzw. Erträge aus deren Abgang. Aufgrund dauerhafter Wertminderungen der Wertpapiere waren erfolgswirksame Wertberichtigungen in Höhe von 1.358 T€ (Vorjahr 7.441 T€) vorzunehmen, davon waren bereits 1.358 T€ (Vorjahr 6.895 T€) erfolgsneutral in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasst. Infolge der positiven Entwicklung der Marktwerte der Finanzinstrumente der Kategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ wurden 9,1 Mio. € (Vorjahr –8,2 Mio. €) erfolgsneutral erfasst.

Im Berichtsjahr wurden aus den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren Dividenden in Höhe von 1.225 T€ (Vorjahr 1.481 T€) vereinnahmt.

Die Nettoverluste (-gewinne) aus den „zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten“ betreffen unterjährige Kontrakte. Zum Bilanzstichtag befanden sich keine Vermögenswerte im Bestand, die zu Handelszwecken gehalten werden.

Nettoverluste der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ ergeben sich aus Wertberichtigungen beziehungsweise im Vorjahr Wertberichtigungen und Abschreibungen.

Die bestehenden Energielieferungsverträge fallen nicht in den Anwendungsbereich des IAS 39 für Derivate (Own Use Exemption). Deren Abschluss dient ausschließlich dem Zweck des Empfangs oder der Lieferung auf der Grundlage der erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- und Nutzungsbedarfs der Unternehmen. Somit liegen die einschränkenden Voraussetzungen des IAS 39.6 nicht vor.



Sonstige Angaben

**Sonstige finanzielle
Verpflichtungen und
Eventualverbindlichkeiten**

Aus Leasing- und Mietverträgen für EDV-Anlagen, Anlagen in fremden Gebäuden und angemieteten Büro- und Werkstatträumen mit einer

Laufzeit bis 2029 sowie eingeräumten Grunddienstbarkeiten bestehen folgende Zahlungsverpflichtungen:

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Innerhalb eines Jahres	1.875	1.780
Zwischen einem und fünf Jahren	3.432	4.122
Über fünf Jahre	10.294	11.092

Im Zusammenhang mit angemieteten Büroräumen bestehen Mietverlängerungsoptionen bis zum Jahr 2059. Im Berichtsjahr wurden Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 1.870 T€ (Vorjahr 1.677 T€) geleistet. Für bereits bestellte, aber noch nicht gelieferte Sachanlagen ist zum Bilanzstichtag ein Bestellobligo über 1,0 Mio. € (Vorjahr 3,1 Mio. €) zu verzeichnen.

Eventuelle Ansprüche aus am Bilanzstichtag schwebenden Rechtsstreitigkeiten gegen Konzernunternehmen sind im vorliegenden Abschluss – soweit erforderlich – durch Bildung entsprechender Rückstellungen berücksichtigt.

Im Falle betriebsbedingter Kündigungen und/oder einer Überfremdung der betreffenden Gesellschaft bestehen im Zusammenhang mit Teilbetriebsübergängen – befristet bis 31. Dezember 2013 – Eventualverbindlichkeiten aus personalwirtschaftlichen Verpflichtungen von bis zu 2,2 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €). Nach derzeitiger Einschätzung ist mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen, da eine Überfremdung der betreffenden Gesellschaft in der Verpflichtungsperiode nicht absehbar ist.

Darüber hinaus bestehen Risiken aufgrund von Abweichungen zwischen Bilanzkreisabrechnungen und dem

tatsächlichen Verbrauch unserer Kunden sowie aus möglichen Steuernachzahlungen nach steuerlichen Außenprüfungen.

Im Falle nuklearer Schäden bestehen Risiken aus Vereinbarungen zum Strombezug aus dem GKN. Diese ergeben sich aus einer möglichen Inanspruchnahme im Rahmen der von den Betreibern der Kernkraftwerke zu erfüllenden Deckungsvorsorge nach dem Atomgesetz. Die finanziellen Auswirkungen können nicht eingeschätzt werden.

Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

In den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG sind die Jahresabschlüsse der folgenden Gesellschaften einbezogen:

Vollkonsolidierte Unternehmen	Sitz	Fuß- note	Kapitalanteil (%)	Eigenkapital (T€)	Ergebnis (T€)
Gasversorgung Unterland GmbH	Heilbronn	¹	100	6.468	1.010
NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH	Heilbronn	^{1,2}	100	1.000	–
ZEAG Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH	Heilbronn	¹	100	38	12
Bürgerenergie Widdern GmbH & Co. KG	Widdern	¹	99	80	–20
BürgerEnergie Königheim GmbH & Co. KG	Königheim	¹	99	96	–4
EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG	Braunsbach	¹	99	89	–11
EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG	Heilbronn	¹	90	996	–4
EE Bürgerenergie Hardthausen GmbH & Co. KG	Hardthausen	¹	98	94	–6

¹ Bei den Einzelgesellschaften sind die Angaben aus den nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellten Jahresabschlüssen entnommen und zeigen nicht den Beitrag der Gesellschaften zum Konzernergebnis.

² Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsvertrag

Die Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG, Heilbronn, ist mit einem Buchwert von 10.833 T€ (Vorjahr 10.982 T€) at equity konsolidiert.

Aus Wesentlichkeitsgründen wird die 2011 neu gegründete ZEAG Erneuerbare Energien GmbH, Heilbronn, nach

IAS 39 bilanziert und nicht konsolidiert in den ZEAG-Konzernabschluss einbezogen.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, ist dem Konzern übergeordnet, in deren Konzernabschluss werden die nach IFRS aufge-

stellten Jahresabschlüsse der ZEAG Energie AG, der NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH, der Gasversorgung Unterland GmbH sowie der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG einbezogen. Die EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart, ist direkte Muttergesellschaft.

In der folgenden Tabelle werden die Transaktionen zwischen dem Konzern und den nahestehenden Unternehmen

des EnBW-Konzerns und deren Einfluss auf den Konzernabschluss dargestellt:

(alle Beträge in T€)	2012	2011	wesentliche zugrunde liegende Geschäfte
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	42.569	22.694	Strom- und Gaslieferungen
davon mit Mutterunternehmen	1	–	
davon mit Schwestergesellschaften	42.568	22.694	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	372	464	
Sonstige betriebliche Erträge	3.214	4.289	Dienstleistungen
davon mit Schwestergesellschaften	3.214	4.289	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	516	673	
Materialaufwand	102.788	89.022	Stromlieferungen
davon mit Schwestergesellschaften	102.788	89.022	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.494	2.899	Dienstleistungen, Mieten
davon mit Mutterunternehmen	48	11	
davon mit Schwestergesellschaften	3.446	2.888	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	1.825	1.441	
Finanzergebnis	333	–786	Darlehensgewährungen
davon mit Mutterunternehmen	25	187	
davon mit Schwestergesellschaften	308	–973	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	315	–	
Bilanz			
Lang- und kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	367	10.350	Darlehen
davon mit Mutterunternehmen	–	10.000	
davon mit Schwestergesellschaften	367	350	
Sonstige Vermögenswerte	755	1.868	Lieferungen und Leistungen
davon mit Mutterunternehmen	–	124	
davon mit Schwestergesellschaften	755	1.744	
Rückstellungen	4.189	4.752	Stromlieferungen
davon mit Schwestergesellschaften	4.189	4.752	
Sonstige Verbindlichkeiten	798	803	Leasingverhältnis
davon mit Schwestergesellschaften	798	803	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.881	8.888	Lieferungen und Leistungen
davon mit Schwestergesellschaften	9.881	8.888	

Den Transaktionen liegen bei Vertragsabschluss unter unabhängigen Geschäftspartnern übliche Konditionen zugrunde. Zum Geschäftsjahresende sind die Forderungen und Verbindlichkeiten nicht besichert; die Salden aus dem gegenseitigen Liefer- und Leistungsverkehr werden nicht verzinst.

Darlehen werden mit den Zinssätzen verzinst, die bei Vertragsabschluss unter unabhängigen Geschäftspartnern üblich waren. Als Äquivalent für die Gewährung eines Strombezugsrechts wurde einem Vertragspartner ein unverzinsliches Darlehen gewährt.

Es bestehen keine Garantien für Forderungen oder Schulden gegen nahestehende Unternehmen.

Alle Forderungen oder Verbindlichkeiten werden durch Geldleistungen beglichen. Wie im Vorjahr waren keine Wertberichtigungen auf diese Forderungen notwendig.

Aus ausstehenden Leasingraten besteht eine Verbindlichkeit, die mit dem Barwert angesetzt ist. Diese betrifft eine Vereinbarung über Stromlieferungen aus dem Wasserkraftwerk Heilbronn-Horkheim, die nach IFRIC 4 als Finanzierungsleasing einzustufen ist.

Mit nahestehenden Personen wurden keine wesentlichen Geschäfte getätigt.

Der Vergütungsbericht, der Bestandteil des Lageberichts ist, gibt Aufschluss über die Grundzüge des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen von Vorstand, Aufsichtsrat und früheren Vorstandsmitgliedern.

Die Bezüge des Vorstands gliedern sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt:

2012 (alle Beträge in T€)	Erfolgsunabhängige Vergütung	Sonstiges	Erfolgsbezogene Vergütung*	Gesamt
Eckard Veil	205	11	52	268
	205	11	52	268

* Rückstellung per 31.12.2012, abzügl. Auflösung Rückstellung Vorjahr

Mit folgender Tabelle werden die Gesamtbezüge des Vorstands im Vorjahr dargestellt:

2011 (alle Beträge in T€)	Erfolgsunabhängige Vergütung	Sonstiges	Erfolgsbezogene Vergütung*	Gesamt
Kai Fischer	116	5	18	139
Eckard Veil	160	7	49	216
	276	12	67	355

* Rückstellung per 31.12.2011

Von den im Geschäftsjahr 2012 gewährten Bezügen entfallen 17 T€ (Vorjahr 12 T€) auf Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Für diesen Personenkreis beträgt die Zuführung zur Pensionsverpflichtung im Geschäftsjahr 84 T€ (Vorjahr 24 T€) und beinhaltet den Dienstzeit- und Zinsaufwand.

Die Pensionsverpflichtung (Defined Benefit Obligation) für den Vorstand belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 179 T€ (2011 95 T€; 2010 522 T€).

An ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 2012 Ruhegeldzahlungen in Höhe von 361 T€ (Vorjahr 374 T€) geleistet. Gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) in Höhe von 5.568 T€ (Vorjahr 4.926 T€).

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats wird im Vergütungsbericht als Bestandteil des Corporate Governance Berichts im Abschnitt „Vergütung des Aufsichtsrats“ dargestellt.

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung dem Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinnes zustimmt, belaufen sich die Vergütungen an den Aufsichtsrat auf 110 T€ (Vorjahr 113 T€).

An ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrats werden keine Leistungen gewährt.

Wie im Vorjahr wurden im Geschäftsjahr 2012 keine Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gewährt.

Konzessionen

Für die Strom- und Gasversorgung bestehen Konzessionsverträge mit verschiedenen Städten und Gemeinden. Zwischen den Gesellschaften des Konzerns und den Gemeinden sind Konzessionsverträge im Strom- und Gasbereich geschlossen, deren Restlaufzeit zwischen zwei und siebzehn Jahren betragen. Die Verträge werden nicht nach IFRIC 12 als Dienstleis-

tungskonzessionsverträge klassifiziert. Das Verteilungsnetz wird daher im Sachanlagevermögen bilanziert.

Für den Anschluss an die Versorgungsnetze bestehen gesetzliche Regelungen. Der Konzessionsnehmer ist nach den Regelungen dieser Verträge verpflichtet, die zur allgemeinen Versorgung benötigten Anlagen herzustellen und zu unterhalten.

Für die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze für die Versorgungsanlagen ist eine Konzessionsabgabe an die Kommune zu entrichten.

Nach Beendigung eines Konzessionsvertrages sind die Versorgungsanlagen gegen eine angemessene Entschädigung an die Gemeinde bzw. den nachfolgenden Netzbetreiber zurück- bzw. abzugeben.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben könnten, sind nicht eingetreten.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde vom Vorstand am 14. Februar 2013 zur Veröffentlichung freigegeben.

Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers

Mit den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurden für

die Dienstleistungen des Abschlussprüfers, KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, folgende Honorare vereinbart bzw. abgerechnet:

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Abschlussprüfung	71	76
Sonstige Beratungsleistungen	55	–
	126	76

Erklärung nach § 161 AktG

Der Kommunikation mit den Aktionären, den Investoren und der Öffentlichkeit liegt der Deutsche Corporate Governance Kodex in der jeweils gültigen Fassung zugrunde.

Die Entsprechenserklärung wurde von Vorstand und Aufsichtsrat abgegeben und entsprechend § 161 Abs. 2 AktG im Internet auf der ZEAG-Homepage unter der Adresse www.zeag-energie.de unter der Rubrik „Investor Relations“ öffentlich zugänglich gemacht.

Heilbronn, 14. Februar 2013

ZEAG Energie AG

Der Vorstand

Erklärung des gesetzlichen Vertreters

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen ent-

sprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Heilbronn, im Februar 2013

ZEAG Energie AG

Der Vorstand

Eckard Veil



Aktuelle Technologien

Aktuelle Technologien und Umweltschutz sind für unser unternehmerisches Handeln besonders wichtig und fest in unseren Unternehmenszielen verankert. Unser Umweltmanagementsystem ist nach der internationalen Norm DIN EN ISO 14001 zertifiziert.

Willkommen daheim.



Sonstige Angaben

Mandate von Vorstand und Aufsichtsrat

Aufsichtsrat

Dr. Dirk Mausbeck

Mitglied des Vorstands der EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Vorsitzender (seit 08.05.2012)
Weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- EPEX SPOT SE (seit 18.06.2012)
- EnBW Operations GmbH ³⁾
- EnBW Regional AG ³⁾
- EnBW Vertrieb GmbH ³⁾
- European Energy Exchange AG
- Gasversorgung Süddeutschland GmbH ³⁾ (seit 01.10.2012)
- Pražská energetika a. s. (seit 17.10.2012)
- Stadtwerke Düsseldorf AG

Dr. Thomas Gößmann

Sprecher der Geschäftsführung der terranets bw GmbH
Vorsitzender (bis 02.03.2012)
Weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- e.wa riss GmbH & Co. KG
- Heilbronner Versorgungs GmbH (bis 02.03.2012)
- Stadtwerke Düsseldorf Netz GmbH (bis 02.03.2012)
- Stadtwerke Sindelfingen GmbH (bis 02.03.2012)
- TransnetBW GmbH/EnBW Transportnetze AG (bis 02.03.2012)

Walter Böhmerle

Mitglied des Vorstands und Arbeitsdirektor der EnBW Regional AG
1. stellv. Vorsitzender
Weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Verwaltungsrat BKK VerbundPlus
- Elektrizitätswerk Mittelbaden AG & Co. KG
- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH
- EnBW Perspektiven GmbH
- Esslinger Wohnungsbau GmbH
- Gasversorgung Sachsenheim GmbH
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- Stadtwerke Nürtingen GmbH
- Thermogas Gas- und Gerätevertriebs GmbH

Helmut Engelhardt

Elektromeister ^{1) 2)}
2. stellv. Vorsitzender

Tomislav Boras

Elektromeister,
Leiter Montageservice ^{1) 2)}

Klaus Brändle

Leiter kaufm. Angelegenheiten der EnBW Regional AG
Weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Elektrizitätswerk Aach GmbH ³⁾
- Elektrizitätswerk Weißenhorn AG ³⁾
- e.wa riss GmbH & Co. KG
- Holzheizkraftwerk Scharnhäuser Park GmbH & Co. KG
- RBS wave GmbH
- Stadtwerke Esslingen am Neckar GmbH & Co. KG

Helmut Himmelsbach

Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn
Weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- EnBW Regional AG
- Verwaltungsrat Kreissparkasse Heilbronn ⁴⁾
- Landesbank Baden-Württemberg
- Regionale Gesundheitsholding Heilbronn-Franken GmbH ³⁾
- SLK-Kliniken Heilbronn GmbH ³⁾
- Stadtsiedlung Heilbronn GmbH ³⁾
- Südsalz GmbH ⁴⁾
- Südwestdeutsche Salzwerke AG ³⁾
- WGV Holding AG
- WGV Lebensversicherung AG
- Württembergische Gemeindeversicherung a. G. ⁵⁾

Gerhard Kleih

Mitglied der Geschäftsführung der EnBW Vertrieb GmbH
Weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- EnBW Operations GmbH
- EnBW Ostwürttemberg Donau Ries AG (bis 30.04.2012)
- EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH
- Erdgas Südwest GmbH
- Gasversorgung Pforzheim Land GmbH
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH
- Naturenergie+ Deutschland GmbH

Hans-Günther Meier

Mitglied der Geschäftsführung der EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH ²⁾

Steffen Pfisterer

Elektrotechnikermeister ¹⁾

Weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH
- EnBW Regional AG

Vorstand**Eckard Veil**

Weitere Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien:

- Verwaltungsrat Elektrizitätswerk Braunsbach-Tullau GmbH ³⁾
- EnBW Kernkraft GmbH
- Verwaltungsrat Energieversorgung Gaildorf OHG ⁴⁾
- Heilbronner Versorgungs GmbH
- NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH ³⁾

Personalausschuss

- Dr. Dirk Mausbeck, Vorsitzender (seit 08.05.2012)
- Dr. Thomas Gößmann, Vorsitzender (bis 02.03.2012)
- Walter Böhmerle
- Helmut Engelhardt

Prüfungsausschuss

- Walter Böhmerle, Vorsitzender
- Gerhard Kleih
- Steffen Pfisterer

Nominierungsausschuss

- Dr. Dirk Mausbeck, Vorsitzender (seit 08.05.2012)
- Dr. Thomas Gößmann, Vorsitzender (bis 02.03.2012)
- Walter Böhmerle
- Helmut Himmelsbach

1) Arbeitnehmervertreter

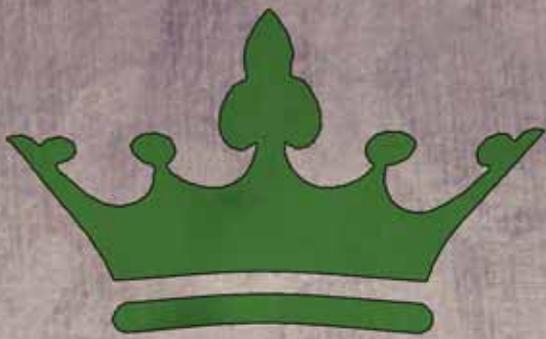
2) keine weiteren Aufsichtsratsmandate und Mandate in vergleichbaren Kontrollgremien

3) Vorsitzender

4) stellv. Vorsitzender

5) 2. stellv. Vorsitzender





Service

... ist für uns nicht die 24 Stunden verfügbare Telefonansage, sondern die Präsenz vor Ort und die Kompetenz rund um das Thema Energie. Von der Anmeldung über Vertragsänderungen bis hin zur Energieberatung sind wir für unsere Kunden da – bei uns ist der Kunde König!

Willkommen daheim.



Zusätzliche Angaben zum Jahresabschluss

der ZEAG Energie AG (Auszug)

Bilanz zum 31.12.2012

(alle Beträge in T€)

	2012	2011
AKTIVA		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	11.443	7.516
Sachanlagen	61.983	63.263
Finanzanlagen	89.215	88.469
	162.641	159.248
Umlaufvermögen		
Vorräte	1.094	1.038
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.852	46.415
Wertpapiere	9.344	15.402
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	41.428	29.518
	91.718	92.373
	254.359	251.621
PASSIVA		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	19.400	19.400
Kapitalrücklage	23.849	23.849
Gewinnrücklagen	110.210	105.710
Bilanzgewinn	11.497	7.420
	164.956	156.379
Sonderposten	5.129	5.934
Rückstellungen	61.701	68.210
Verbindlichkeiten	10.135	8.453
Rechnungsabgrenzungsposten	12.438	12.645
	254.359	251.621

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2012

(alle Beträge in T€)	2012	2011
Umsatzerlöse	150.900	141.471
Andere aktivierte Eigenleistungen	52	50
Gesamtleistung	150.952	141.521
Sonstige betriebliche Erträge	6.712	8.681
Materialaufwand	-118.340	-113.752
Personalaufwand	-10.743	-10.372
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-6.395	-6.246
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.813	-6.212
Ergebnis der Betriebstätigkeit	15.373	13.620
Beteiligungsergebnis	-5.523	-5.965
Finanzergebnis	8.756	7.415
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.606	15.070
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.229	-1.497
Jahresüberschuss	15.377	13.573
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	620	547
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-4.500	-6.700
Bilanzgewinn	11.497	7.420

Der vollständige, von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüfte Jahresabschluss per 31. Dezember 2012 der ZEAG Energie AG, dem der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und beim Unternehmensregister hinterlegt. Der vollständige Jahresabschluss der ZEAG Energie AG steht ferner unter www.zeag-energie.de zum Download zur Verfügung.

Mehrjahresübersicht

Kennzahlen (IFRS/IAS)		2012	2011	2010	2009	2008
Ergebnis						
Umsatz	Mio. €	156	141	131	125	123
EBITDA	Mio. €	16	14	23	31	23
EBIT	Mio. €	8	7	16	24	16
EBT	Mio. €	15	4	25	27	30
Ergebnis nach Steuern	Mio. €	12	4	18	20	24
Ergebnis je Aktie	€	3,11	0,99	4,80	5,39	6,31
Bilanz						
Langfristige Vermögenswerte	Mio. €	251	254	284	226	209
Kurzfristige Vermögenswerte	Mio. €	86	79	63	111	108
Bilanzsumme	Mio. €	337	333	347	337	317
Eigenkapital	Mio. €	236	228	240	233	211
ZEAG-Aktie						
Operating Cashflow je Aktie	€	0,37	1,93	3,31	4,91	5,68
Ausschüttung	Mio. €	11	6	10	10	13
Dividende je Aktie	€	3,00	1,80	2,55	2,55	3,40
Kennzahlen						
Eigenkapitalquote	%	69,9	68,5	69,2	68,9	66,4
EBIT-Marge	%	5,4	4,8	12,5	19,5	13,2
EBITDA-Marge	%	10,3	10,0	17,4	24,9	18,4
Finanzen und Investitionen						
Operating Cashflow	Mio. €	1	7	13	19	21
Abschreibungen	Mio. €	8	7	7	7	6
Investitionen	Mio. €	10	11	17	13	9
Energieabsatz						
Strom	GWh	1.131	780	864	864	891
Gas	GWh	223	238	255	250	291
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt						
		168	169	174	175	177

Wichtige Hinweise

Kein Angebot und keine Anlageempfehlung

Dieser Bericht wurde lediglich zu Ihrer Information erstellt. Er stellt kein Angebot, keine Aufforderung und keine Empfehlung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Wertpapieren dar, deren Emittent die ZEAG Energie AG ist. Dieser Bericht stellt auch keine Bitte, Aufforderung oder Empfehlung zu einer Stimmabgabe oder Zustimmung dar. Alle Beschreibungen, Beispiele und Berechnungen wurden lediglich zur Veranschaulichung in diesen Bericht aufgenommen.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf aktuellen Annahmen, Plänen, Schätzungen und Prognosen der Geschäftsleitung beruhen. Solche zukunftsgerichteten Aussagen ergeben sich aus dem Kontext, sind darüber hinaus jedoch auch an den Begriffen *kann*, *wird*, *sollte*, *plant*, *beabsichtigt*, *erwartet*, *denkt*, *schätzt*, *prognostiziert*, *potenziell* oder *fortgesetzt* sowie ähnlichen Ausdrücken zu erkennen.

Naturgemäß sind zukunftsgerichtete Aussagen mit Risiken und Unsicherheiten behaftet, die durch den Konzern nicht kontrolliert oder präzise vorhergesagt werden können. Tatsächliche Ereignisse, zukünftige Ergebnisse, die finanzielle Lage, Entwicklung oder Performance der ZEAG Energie AG und der Gesellschaften des ZEAG-Konzerns können daher erheblich von den in diesem Bericht getätigten zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Deshalb kann nicht garantiert oder sonst dafür gehaftet werden, dass sich diese zukunftsgerichteten Aussagen als vollständig, richtig oder genau erweisen oder dass erwartete prognostizierte Ergebnisse in der Zukunft tatsächlich erreicht werden.

Keine Verpflichtung zur Aktualisierung

Die ZEAG Energie AG übernimmt keinerlei Verpflichtung jedweder Art, in diesem Bericht enthaltene Informationen und zukunftsgerichtete Aussagen an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen oder sonst zu aktualisieren. Dieser Geschäftsbericht steht auch im Internet als Download zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber

ZEAG Energie AG, Weipertstraße 41
74076 Heilbronn, www.zeag-energie.de

Gestaltung und Konzeption

projekt X Aktiengesellschaft, Oststraße 81
74072 Heilbronn, www.projekt-x.de

Druck und Bindung

Illig Druck & Medienwerkstatt GmbH,
Dieselstraße 1, 74223 Flein, www.illigdruck.de

Bildnachweis

- Umschlag, S. 7, S. 14, S. 16, S. 19, S. 20, S. 22–23, S. 24
Deutsches Museum, München
- S. 8 EnBW Energie Baden-Württemberg AG
- S. 120 EnBW, Timo Buchheister
- Umschlag, S. 1, S. 2–3, S. 5, S. 7, S. 8, S. 14–15, S. 16, S. 19, S. 20, S. 23, S. 24, S. 27, S. 28–29, S. 54–55, S. 64–65, S. 120, S. 125
projekt X AG, Heilbronn
- Umschlag, S. 2–3, S. 5, S. 7, S. 8, S. 14, S. 19, S. 23, S. 24, S. 27, S. 28, S. 54–55, S. 64, S. 120–121, S. 124
ZEAG Energie AG, Heilbronn

